Brüggemann.

Meine Leitung

der

Kölnischen Zeitung

und die

Krisen der preussischen Politik

von 1846—1855.

Von

Karl Heinrich Brüggemann.

Leipzig.

Verlag von Hermann Schultze.

1855.

Mit dem 31. März dieses Jahres habe ich die Leitung der Kölnischen Zeitung, nachdem ich dieselbe nahezu zehn Jahre lang durch wechselnde politische Krisen geführt hatte, auf Verlangen der preußischen Regierung niederlegen müssen. Ich glaube, daß dieser Vorgang, in seinen wahren Gründen und Anläßen aufgefaßt, genug allgemeines Interesse bietet, um mich zu rechtfertigen, wenn ich eine genauere Darstellung desselben hiermit veröffentliche.

Der jüngste Entschluß der hohen Behörde, welcher meinen Rücktritt unumgänglich nothwendig machte, war nämlich ein schon lange vorbereiteter. Die brutalen Drohungen der bethörten Menge gegen die Kölnische Zeitung hatten mit dem Ablaufe des Jahres 1848 kaum aufgehört, da begannen gegen sie schon wieder die ersten Anfänge der öffentlichen Verdächtigungen und Verläumdungen in der Presse des entgegenstehenden Extrems, und diesen folgten dann auch — in gar nicht langer Frist — die von jener Presse erstrebten Bedrängungen von Seiten der hohen Behörden. Wohl brauchte das Blatt nicht mehr, wie vor 1848, einem amtlichen Censor vorgelegt zu werden; aber dafür schwebte über dem ganzen Unternehmen, das zugleich einen bedeutenden industriellen Werth repräsentirt, bereits seit dem Sommer 1851 das Schwert der gewerbepolizeilichen Vernichtung. Die administrative Bedrängung steigerte sich seitdem von Jahr zu Jahr, und meine Lage war fortwährend eine überaus peinliche. Freunde und Parteigenossen vermißten in der Kölnischen Zeitung jene Offenheit und Geradheit des Kampfes für die Consequenzen der gemeinsamen politischen Ueberzeugung, welche sie von einer freien Presse zu erwarten berechtigt waren, und nicht alle waren dabei immer so billig, wie jetzt das Preußische Wochenblatt.*) Und doch wurden gleichzeitig die politischen Gegner nicht müde, mit planmäßiger Entstellung und selbst mit offenbaren Lügen mich und die ganze Haltung meiner Redaction unabläßig anzufeinden. Am liebsten griffen sie in eine Vergangenheit zurück, für welche die Widerlegung ihrer Verläumdungen in dem Gedächtnisse der

*) Dieses sagt bei Besprechung meines Rücktritts über die Haltung der Kölnischen Zeitung: „Wenn jenem öffentlichen Organ wegen seiner Haltung in wichtigen Fragen mancher Vorwurf hat gemacht werden müssen, so verdient es doch den am wenigsten, daß es seinen Ansichten in rücksichtsloser und provocirender Weise Ausdruck verliehen hätte. Es konnte eher im Gegentheil der Kölnischen Zeitung vorgeworfen werden, daß sie nicht immer mit der Unabhängigkeit und Offenheit in den äußeren und inneren Fragen auftrat, welche die Consequenz ihrer Ueberzeugungen gebot. Die schwierigen Verhältnisse, in welchen sich ein so großes commercielles Unternehmen bewegte, gaben den Schlüssel zu dieser oft unbefriedigten Haltung — und *mußten sie zugleich entschuldigen*."

Leser minder nahe zur Hand lag.*) Meinestheils würde ich trotz alledem dennoch auf meinem ernsten Posten willig ausgeharrt haben, — wohl wissend, daß der edle Baum der Preßfreiheit überall nur langsam seine breite schützende Krone gewinnt. Aber diesmal war mein Rücktritt der einzige Ausweg, die völlige Unterdrückung der Kölnischen Zeitung abzuwenden. In einigen Zeitungen ist es bereits versucht worden, diese Thatsache zu verdunkeln. Ich wiederhole deshalb ausdrücklich: — es ist dem Eigenthümer und Verleger, Herrn Joseph Dümont, am 9. März d. J. die bestimmte Alternative des Redactionswechsels oder der administrativen Concessionsentziehung amtlich eröffnet worden.

Ich kann natürlich kein Bedürfniß empfinden, vor den regelmäßigen Lesern der Kölnischen Zeitung hier noch mit einer besondern Vertheidigung meiner Gesinnungen und Motive hervorzutreten. Könnte auch vor ihnen eine besondere Vertheidigung meines Patriotismus noch nothwendig sein, — dann müßte ich eine solche Vertheidigung eben deshalb schon für unmöglich halten. Aber in Bezug auf Einzelheiten muß im Verlaufe mehrerer Jahre dem Gedächtnisse, selbst der regelmäßigsten und aufmerksamsten Leser, Manches bereits so weit entschwunden sein, daß von den unermüdlichen Verläumdungen der Gegner doch auch bei ihnen leicht Einiges haften geblieben sein könnte. Beweise dessen sind mir, nicht sehr zu meiner Freude, mehrfach vorgekommen. Und vollends kann ich solchen fernerstehenden Ehrenmännern und hohen Behörden, die nie ganz regelmäßige Leser der Kölnischen Zeitung waren und an deren guter Meinung mir doch gelegen ist, nur durch eine ausführlichere Darstellung der von mir durch wechselnde Krisen mit Treue verfolgten Ziele und der dabei bestandenen Kämpfe ein eigenes ungetrübtes Urtheil möglich machen.

Es ist dabei für mich freilich unvermeidlich, daß ich aus dem Angeklagten gewisser Maßen selbst zum Ankläger werde gegen eine Partei, welche — um mit der Berliner Voß. Zeitung zu reden, — „sich nicht scheuet, die kleinlichsten und gehässigsten Mittel tendentiöser Verdächtigung und Wahrheitsverdunkelung anzuwenden und zu ihrem Zwecke auszubeuten, das Urtheil zu trüben und zu verfälschen und ihre Denunciantenfäden überall anzuknüpfen und auszuspinnen, wo sie einen günstigen Winkel dafür zu erspähen glaubt ..." Aber dieser Streit der freien Presse gegen die Coterie der Kreuzzeitung und der mit ihr in engerem oder weiterem Zusammenhange stehenden gesammten „neupreußischen" Partei geht dafür auch das gesammte deutsche Bürgerthum als seine eigene Sache an! Jene Coterie, welche die letzten Jahrhunderte der preußischen Geschichte auslöschen würde, wenn sie es vermöchte, strebt nämlich — mit übrigens anerkennungswerther Consequenz — nach nichts Geringerem, als nach einer durchgeführten

*) Wenn meine Ausdrücke hart scheinen, so werden die folgenden Blätter, z. B. da, wo von meinem „Fliegenlassen des Adlers" und von meiner „Drohung mit dem Abfall der Rheinprovinz" die Rede sein wird, die genügende Rechtfertigung dieser Härte bringen.

Fälschung der öffentlichen Stimme. Während sie sucht, die ihr widersprechenden Stimmen in der Presse durchweg zum Schweigen zu bringen, bringt sie gleichzeitig selber Opfer — oder erpreßt auch dieselben von andern — um für sich neue Organe zu gründen und diese sodann als Beweise der: „umgewandelten Stimmung des Landes“ anzuführen. Da muß die ganze preußische Reform-Gesetzgebung von 1807/1820 sich für „undeutsch“ und die Kölnische Zeitung, weil sie dieselbe vertritt, für „tief entartet“ verschreien lassen, während ein subventionirtes Winkelblättchen, wie die Patriotische Zeitung in Minden, als Beweis dafür citirt wird, daß die westphälischen Abgeordneten in der Kammer nicht die wahre öffentliche Stimmung Westphalens vertreten *). Auf diese Weise wird eine planmäßige Täuschung bis an die Stelle emporgetragen — wohin möglichst nur Wahrheit gelangen zu lassen, die erste Pflicht der sonst nur vergeblich im Munde geführten Ehrerbietung und Loyalität wäre. Darin liegt aber eine Gefahr für Preußens und Deutschlands gesunde Entwicklung, welche von Seiten der entgegenstehenden Stände vielleicht noch nicht genügend gewürdigt wird.

Wohl auch noch ein anderes Interesse werden manchem Leser die folgenden Blätter darbieten. Sie bringen eben eine gedrängte Darstellung der letzten „zehn Jahre der preußischen Politik“, und zwar spiegeln sie die verschiedenen ewig denkwürdigen Wendungen dieser Politik in dem kritischen Spiegel einer ganz bestimmten politischen Partei-Auffassung, d. h. sie zeigen dieselben alle gemessen an dem Maßstabe eines bestimmten nach allen Seiten ausgeführten politischen Zeitungsprogramms. Eine solche Darstellung wird den Leser zu eigenem — vielleicht oft von dem meinigen abweichendem Urtheile mannigfach anregen.

---

*) Mein Nachfolger in der Leitung der Kölnischen Zeitung, Herr Dr. Kruse, hatte in seiner Antrittserklärung unter Anderem gesagt: „Jedem Unbefangenen muß es klar werden, daß die Zeitungen den Rheinischen Liberalismus so wenig geschaffen haben, wie den Rhein selbst.“ Dazu bemerkte alsbald die Neue Preußische Zeitung: „Allerdings war es nicht die Presse, welche jene „„freisinnigen Gesetze, Einrichtungen und Sitten““, namentlich die „„Theilung des Bodens““, zuerst am Rhein eingeführt hat. Es geschah dieses durch noch eine viel größere revolutionäre Macht, durch die blutbefleckte Französische Revolution, und es wurde vollendet durch Französische Eroberung und Gewaltthat. Kann die Presse heute ein Werk von solchen Grundlagen wohlgefällig betrachten, so vermögen wir darin nur eine tiefe Entartung, ja eine gänzliche Verleugnung jedes vaterländischen Gefühls zu finden. ... Wohl oder übel wird die liberale Presse deshalb auch die Thatsache hinnehmen müssen, daß von conservativer Seite, und jetzt namentlich auch von Westphalen aus, unser altgeschichtlicher Boden gegen die Lehrsätze des „„rheinischen Liberalismus““ und gegen die Uebergriffe der Industrie, mit neuen, vielleicht etwas unbequemen Kräften vertheidigt wird.“ „Unbequem“ indeß ist Lindenberg mir nie gewesen! Mag man ihn subventioniren, mag man ihm für Privatinjurien Begnadigungen verschaffen — die K. Z. hat gar nicht Anlaß gehabt, Notiz davon zu nehmen — und ich erwähne denselben hier nur des oben dargestellten weitergreifenden Zusammenhanges wegen.

I. Meine Ziele und mein Redactions-Programm.

1. Frühere Erlebnisse.

Bevor ich das seiner Zeit veröffentliche Programm meiner Redaction urkundlich darlege, muß ich um die Erlaubniß bitten, einen Augenblick bei einigen früheren Erlebnissen zu verweilen. Meine neupreußischen Gegner versuchen nämlich, wie ich höre, ihrer öffentlichen Anklage einer preußenfeindlichen und franzosenfreundlichen Tendenz meiner Redaction noch dadurch eine besondere Unterstützung zu geben, daß sie an geeigneten Orten insinuiren, — ich habe leider aus „früheren Erlebnissen" eine unverbesserliche „bittere Verbissenheit" nach Köln hin schon mitgebracht. Zugleich mag eine kurze Erwähnung jener angeblich so schlimm nachwirkenden früheren Erlebnisse hier noch um so mehr am Platze sein, — weil eine auf dieselben sich stützende Verdächtigung schon vor meiner wirklichen Uebernahme der Redaction mir eine vorsorgliche ministerielle Verwarnung in Bezug auf dieselbe zugezogen hat.

Den allerdings bitteren Kern meiner angeblich so „verbitternden" früheren Erlebnisse bildet eine von mir bestandene achtjährige Gefängnißhaft.

Nachdem ich auf dem Gymnasium zu Münster mich vorbereitet, bezog ich im Herbste 1829 neunzehn Jahre alt die Universität zu Bonn und im folgenden Herbste die zu Heidelberg. Die Rückwirkungen der französischen Revolution äußerten sich, wie auf die süddeutschen — besonders die bairischen und badischen — Kammern und auf die Presse (Eisenmann's „Volksblatt", Wirth's „Tribüne" u. s. w.) so auch sehr lebhaft auf die empfängliche akademische Jugend, und zumal auf die seit 1817 auf deutschen Universitäten nie ausgestorbenen burschenschaftlichen Verbindungen. Freiheit der Presse und politische Einheit des deutschen Vaterlandes waren vor allem die Ziele unserer damaligen jugendlichen Begeisterung. Die erstere sollte eben zugleich das Mittel sein, die letztere, wenn auch nur allmälig, so doch unwiderstehlich herbeizuführen. In Betreff der damaligen Gründung von „Preß"- und „Vaterlands-vereinen" in ganz Süddeutschland gestattet mir der Raum hier keine ausführlichen Darlegungen. Dafür aber will ich sofort gern eingestehen, daß, soweit es sich um die Gesammtstimmung und Gesammtrichtung meines Lebens handelt, die tiefergreifenden Jugenderlebnisse der Jahre 1831 und 1832 wahrscheinlich nicht ohne dauernde Nachwirkung

geblieben sein mögen. Von den Tagen an, da ich im schönen Heidelberg — unter Rau meinen Adam Smith und David Ricardo studirte und daneben mit meinen burschenschaftlichen Freunden an den „Reden“ Fichte's oder dem „Briefwechsel“ unseres Paul Pfitzer mich erbaute, von jenen Tagen an haben, ich bekenne es, meine patriotischen Strebensziele und socialen Grundanschauungen sich wenig geändert.

Aber recht böse Tage reiheten sich für mich und für viele meiner Freunde an diese schönen Tage jugendlicher Begeisterung und — allerdings auch jugendlicher Verirrung, unmittelbar an. Wie berechtigt auch die Ziele waren, schon die Form einer geheimen Studentenverbindung war vor dem damals noch bestehenden Gesetze von 1819 schwer strafbar. Mich persönlich hatten außerdem einige Reden, die ich auf den bekannten „Volksfesten“ von Hambach und Wilhelmsbad gehalten, (die aber doch blos den gesetzlichen Weg, den Weg der Presse, der Kammern und der freien Ueberzeugung empfohlen hatten) vor Andern eifrig und schuldig erscheinen lassen. So erfolgte schon im Juni 1832 meine Verhaftung zu Heidelberg, während erst nach dem Frankfurter Attentate vom 3. April 1833 ausgedehntere Untersuchungen über die gesammten burschenschaftlichen Verbindungen Deutschlands eröffnet wurden. Nachdem in Preußen diese Untersuchungen fast vier Jahre gedauert hatten, folgte dann der Spruch des Kammergerichts zu Berlin, der unser einige sechszig junge Leute mit — Todesstrafe belegte! Gleichzeitig indeß wurde uns Allen eine königliche „oberstrichterliche“ Reformation des Urtheils auf theils dreißigjährige, theils lebenslängliche Festungshaft kundgemacht, zu der schon in den nächsten Jahren wiederholte Begnadigungen auf kürzere Fristen hinzutraten. Und auch diese kürzern Fristen haben wir nicht zu überstehen gehabt, indem — nach dem Thronwechsel von 1840 Seine Majestät, unser jetzt regierender König durch eine allgemeine und überaus hochherzige, ganz rückhaltlose Amnestie uns sämmtlich der Freiheit und einem thätigen Leben zurückgab.

Ganz gewiß konnte eine solche achtjährige Gefängnißhaft während der entwicklungsvollsten Lebenszeit, wie ich sie von meinem 22. bis zu meinem 30. Jahre bestanden habe, nicht vorübergehen, ohne lange nachbleibende Spuren auch dem Geiste aufzudrücken; — nur gerade eine „bittere Verbissenheit“, die hat dieselbe, das darf ich frei behaupten, bei mir selbst für die allerkürzeste Frist nicht zurückgelassen. Das allerdings etwas wundersame Urtheil des Kammergerichts und die Strafen, die dasselbe ausgesprochen hatte, will ich nicht juristisch kritisiren; die Strafe aber, die ich wirklich zu überstehen gehabt habe, war in dem damals geltenden Strafgesetze von 1819 gegen geheime Studentenverbindungen vollkommen gegründet. Warum denn oder wozu denn Erbitterung gegen Preußen? Gerade im Gegentheil! Preußen als Staat ist durch die Geschichtsstudien der stillen Gefängnißzellen mir nur noch immer mehr der Staat meiner Liebe und meiner deutschen Hoffnungen geworden — wie das eben auch meine Redaction der

Kölnischen Zeitung gezeigt hat, für Jeden wenigstens, der sehen kann! Und was blos die gemüthliche Stimmung, was insbesondere den hinterlassenen Eindruck der persönlichen Begegnung mit Denen betrifft, in deren Amtsgewalt wir Preußen unmittelbar entgegen trat, auch da habe ich — wenigstens während meiner Haft auf der Festung zu Posen, — nur des wohlthuendsten Eindrucks der größten Güte und Freundlichkeit mich zu erfreuen gehabt, so daß die spätere Erinnerung gerade in dieser Beziehung für mich weit überwiegend eine angenehme, eine mit Dank, statt mit Erbitterung erfüllte geblieben ist. Alle, die mich persönlich näher kennen, wissen, wie treu diese Versicherung ist, und wie wenig meine Erinnerung der hier erzählten Schicksale in mir jemals eine „verbitterte" war.

Der Freiheit und dem bewegteren Leben zurückgegeben, war meine nächste Absicht, mich in Berlin für den staatswissenschaftlichen, besonders aber den staats- und volkswirthschaftlichen Katheder zu habilitiren. Eben damals erschien Dr. List's „nationales System der politischen Oekonomie", welches mich zu einer kritischen Gegenschrift*) veranlaßte. Dieser meiner ersten Schrift ist leider eine das Verständniß einigermaßen erschwerende abstracte Schulsprache philosophischer Speculation und eine Schwerfälligkeit des Satzbaues eigen, welche beide allerdings eine Folge der zu langen einsamen Gefängnißstudien sein mochten. Gewiß aber war in dem wesentlichen Inhalte, d. h. in den leitenden Grundgedanken und praktischen Tendenzen der Schrift nur durchaus das Gegentheil von „Preußenfeindlichkeit" zu finden. Die culturgeschichtlichen Ausführungen, welche in dem Buche vorwiegen, laufen überall gerade auf die höchsten Erwartungen von Deutschlands und besonders Preußens historischem Berufe hinaus und verweilen bei diesem immer mit sichtlicher Vorliebe. Es wurde mit besonderer Liebe dargestellt, wie sich Deutschland geistig und ökonomisch, wenn auch langsam, doch immer mit besonderer Allseitigkeit und Tiefe entwickelt und wie es sich dadurch die „Grundlagen einer mit innerem Frieden und glücklicher allgemeiner Freiheit besonders reich ausgestatteten Zukunft bewahrt" habe. Und weiter wurde ebenso mit Liebe dargestellt, wie von Preußen der Beruf zur Vollendung des künftigen deutschen Staatenbaues auf diesen Grundlagen seit lange übernommen und im Ganzen bisher treu verwaltet sei. Als ein wichtiger Schritt zum Ziele wurde die Gründung des deutschen Zollvereins anerkannt, dessen erste Keime (von 1816 und 1818) sich selber wieder unmittelbar an die preußische ökonomische Gesetzgebung von 1807—1812 anlehnen. Zur Unterstützung Preußens bei Vollendung seines deutschen Berufes aber verlangte ich von Preußens Staatsmännern allerdings die bereitwillige Förderung des Entstehens einer lebendigeren öffentlichen Meinung in

---

*) Dr. List's nationales System der politischen Oekonomie, kritisch beleuchtet und mit einer Begründung des gegenwärtigen Standpunkts dieser Wissenschaft begleitet. Von K. H. Brüggemann. Berlin im Verlage von W. Cornelius. 1842. 320 S.

Deutschland und darum namentlich eine Erweiterung der Preßfreiheit. Ueber diesen Punkt heißt es dort*) wörtlich also: „Preußen kann für seine Interessen durchaus keinen sicherern Bundesgenossen haben, als eine recht bewegte, laute öffentliche Meinung in Deutschland. Ohne die — vielleicht von muthloseren Politikern als eine Schwächung betrachtete, französische Julirevolution, ohne ihre Auffrischung des politischen Lebens auch im deutschen Volke würde z. B. der Zollverein seinen gegenwärtigen Umfang wahrscheinlich bei weitem noch nicht erreicht haben. Meiner Ansicht nach konnten Preußens Staatsmänner keinen größeren Fehler begehen, als den sie durch den Rückzug vor der Presse, d. h. durch die Zulassung der Censur in Deutschland begangen haben." — Spiegelt sich nun wohl in dieser Auffassung der Stellung Preußens eine Spur von verbissener Preußenfeindlichkeit? Und doch ist eben in diesen Sätzen — wie überhaupt in der ganzen Schrift — sofort jenes politische Programm öffentlich ausgesprochen, zu dem ich mich auch heute noch ohne Wanken bekenne.

Diese Erstlings-Schrift erfuhr trotz ihrer mannigfachen Schwerfälligkeit einige ziemlich günstige Recensionen und vermittelte so, daß ich ständiger Mitarbeiter an den in Stettin erscheinenden Börsen-Nachrichten der Ostsee und bald auch Correspondent einiger politischen Zeitungen wurde. Die mit dem Thronwechsel von 1840 in Preußen begonnene neue Periode ständischer Entwickelung erregte mit allen ihren sich bald häufenden Kämpfen und Mißverständnissen meine wärmste Theilnahme. Die nächste Folge aber der sehr lebhaften Kämpfe in der damaligen jungen Tagespresse war für Preußen — daß das Verdammungs-Geschrei über den „subversiven" Charakter der neuen Presse und über den heillosen Geist der „jüdischen und judenfreundlichen Literaten" in den öfficiösen Organen des Ministeriums Eichhorn zum gewöhnlichsten Kennzeichen guter Gesinnung gemacht und daß die 1841 als Christabend-Geschenk vom Könige verliehene „mildere Handhabung der Censur" durch eine Kabinets-Ordre vom 4. Februar 1843 schon wieder zurückgenommen wurde. Diese Kabinets-Ordre, gefolgt von der Unterdrückung mehrerer Blätter, veranlaßte mich zu einer neuen Schrift, welche vor allem die Presse vertheidigen und dabei über Preußens historische Stellung und Aufgabe ein Wort der Verständigung versuchen sollte**). Die neue Schrift wollte allen Theilen ein größeres Vertrauen zu dem schließlichen Resultate der eben entbrannten Kämpfe und inneren Gährungen der öffentlichen Meinung empfehlen und einer unduldsamen gegenseitigen Verbitterung der Parteien mit dem Versuche einer höheren historischen Auffassung der einander bekämpfenden Gegensätze entgegentreten. Sie legte aber zugleich ziemlich ausführlich meine eigene Auffassung der von Preußen zu befolgenden Politik und zu erstrebenden

*) Dr. List's nationales System. S. 318.
**) Preußens Beruf in der deutschen Staatsentwicklung — und die nächsten Bedingungen zu seiner Erfüllung. Von K. H. Brüggemann. Berlin 1843, bei W. Besser. S. 146.

Verfassung dar. Sie ist an dieser Stelle darum um so mehr zu erwähnen, weil ich zwei Jahre später, bei meinen Verhandlungen mit dem Herausgeber und Eigenthümer der Kölnischen Zeitung, gerade auf sie, als auf mein schon veröffentlichtes politisches Programm hinweisen konnte, um eben darüber sofort gar keinen Zweifel zu lassen, — daß ich bei meiner Redactionsführung den französischen Schein-Constitutionalismus nicht zu vertreten, vielmehr denselben entschieden zu bekämpfen gedenke. Denn eben in diesem Sinne spricht sich die kleine Schrift ganz unzweideutig aus! So heißt es über die „Scheinverfassungen nach französischem Muster“ wörtlich: „Diese Kammern ohne Grundlage freier Gemeinden, ja in Deutschland meistens selbst ohne eine durch öffentliche Gerichte geschützte persönliche Freiheit, ohne Oeffentlichkeit in der Verwaltung und ohne freie Presse — schienen zunächst nur ein neues Rad in der alten Staatsmaschine und so nur eine neue Aufgabe für die Kunstübung des Maschinenmeisters, des tausendkünstlerischen Ministers. So urtheilen denn Manche, z. B. der alte Görres, es sei nur „„die Willkür, die jetzt die Appretur gewonnen, wie sie die Mode der Zeit verlangt, wieder ein gangbarer Modeartikel geworden.““ ... Allein der Erfolg war doch auch hier der gerade umgekehrte solcher Absicht. Der öffentlichen Freiheit in den näher liegenden Interessen der Gemeinde 2c. beraubt, verfällt das Volk seinerseits hierbei (bei den Kämpfen zwischen Ministern und ohnmächtigen Kammern) leicht, ja nothwendig in das beklagte „„leere Politisiren““ und den „„hohlen Liberalismus,““ indeß auf der andern Seite die Vertheidigung dagegen beständig zu Staatsstreichen drängt. Juli-Ordonnanzen und Juli-Revolutionen sind die natürlichen letzten Dinge dieser in der Luft schwebenden Verfassungen ohne corporative Grundlagen“*). — Es möchte also wohl scheinen, daß die politische Anregung, welche die Juli-Revolution in meine Jugend geworfen, mich doch keineswegs so völlig zu „undeutscher Bewunderung des überrheinischen Liberalismus“ hingerissen habe, wie die neupreußischen Blätter gern glauben machen wollen!

Uebrigens konnte allerdings schon dieses Schriftchen 1843 in Berlin nicht an's Licht der Oeffentlichkeit gelangen, ohne daß es der Berufung an höhere Censur-Instanzen bedurft hätte. Dasselbe bekämpfte, bei aller Anerkennung der seit 1840 für Preußen begonnenen neuen Bahn einer größeren Oeffentlichkeit im gesammten Staatsleben, doch zugleich sehr lebhaft das gleichzeitig aufgetretene Streben für Herstellung eines (in der That nie wirklich gewesenen) „christlich-germanischen“ Ideals, das allen in den lebendigen Bedürfnissen der Gegenwart wurzelnden Bestrebungen je mehr und mehr feindlich zu werden drohte. Bereits war auch ich selber bei den Weisen des Ministeriums Eichhorn auf die Liste der „subversiven“ und „judenfreundlichen“ Literaten gekommen. Ich übernahm deshalb die mir im Juli 1845 angebotene Redaction der Kölnischen Zeitung um so eher, als sich für

*) Preußens Beruf ... S. 51.

mich die Aussichten auf eine ersprießliche Universitätslaufbahn in Preußen seit 1840 eben nicht gebessert hatten.

Aber schon bevor ich nach Köln abreiste, sollte ich noch einen neuen Beweis erhalten, wie leicht die abgeschmacktesten Verdächtigungen gegen einen Menschen Eingang finden, den man einmal, wenn auch noch so grundlos, für verletzt und erbittert hält.

Zur Zeit der (1844) in Berlin abgehaltenen ersten deutschen Industrie-Ausstellung war der Gedanke, einen großen und lokal-gegliederten „Verein zum Wohle der arbeitenden Klassen“ zu gründen, mit allgemeiner Begeisterung ergriffen worden. Die Bemühungen zur Bildung des erforderlichen „Lokalvereins für Berlin“ hatte auch mich zu einem ersten mehr persönlichen Heraustreten veranlaßt. Den Werth der in den Programmen des „Centralvereins“ an die Spitze gestellten Spar- und Prämien-Kassen durchaus anerkennend, hatte ich doch vor der stattfindenden Versammlung zweierlei wesentliche Ergänzungen verlangt, nämlich: 1) eine stärkere Betonung des moralischen Zweckes dieser Kassen und deshalb eine umfänglichere Anwendung des „Princips der Selbstverwaltung“ bei denselben, denen man zugleich Versicherungskassen (wie zunächst für Krankheitsfälle, so weiterhin auch für das Alter und sonstige Arbeitsunfähigkeiten) beizugeben suchen wollte, und 2) eine „geregelte Verbindung zwischen dem Verein und der öffentlichen Armenpflege,“ der Art, daß letztere dadurch einen mehr vorbauenden Charakter annehmen, und (bei ihren Unterstützungen mehr nach Würdigkeit verfahrend) indirekt einen gewissen heilsamen Spar- und Versicherungszwang ausüben könne. Der nächste Erfolg meiner in der ersten Generalversammlung vorgetragenen Auseinandersetzung war meine Wahl in den Gründungsausschuß mit bei weitem den meisten Stimmen unter allen Gewählten gewesen. Aber eben dieses persönliche Heraustreten in die Oeffentlichkeit hatte in polizeilichen Kreisen arge Mißdeutung gefunden. Als nun Ende August 1845 meine bevorstehende Uebernahme der Kölnischen Zeitung bekannt wurde, da beschied mich eines Abends der damalige Minister des Innern, der Freiherr von Bodelschwingh zu sich, um mir warnend anzukündigen, daß eine etwaige „communistisch-subversive“ Tendenz meiner Redaction sofort eine Unterdrückung der Zeitung unfehlbar zur Folge haben würde, indem die Censur nur zur Beseitigung einzelner Auswüchse, nicht aber gegen beharrliche gefährliche Tendenzen der Presse ausreiche. So wußte ich doch nun officiell und unmittelbar aus dem Munde des Ministers, wessen ich verdächtig war! Der „Communismus“ war ja damals gerade die allerneueste Mode. Von Frankreich her strömte er in zahlreichen Broschüren zu uns, und in Schlesien hatte Herr Stieber ihn soeben als leibhaftige Verschwörung entdeckt. Besonders letzteres schien auf Herrn von Bodelschwingh einen lebhaften Eindruck gemacht zu haben. Ich konnte mich bei solcher fabelhaften Vorhaltung einer sehr schmerzlichen Empfindung nicht erwehren. Ich stand vor einem Manne, für den ich schon als Knabe, da er noch Landrath des

Kreises Tecklenburg war, die größte Verehrung gehegt hatte und mit dem ich damals wiederholt in freundliche Berührung gekommen war. Ich hatte ihn in Berlin niemals wieder aufgesucht, aus Scheu, zudringlich zu erscheinen; jetzt hatte er selber mich rufen lassen und — aus solchem Grunde! Es wurde mir nicht schwer, den Minister einigermaßen zu beruhigen. Er erinnerte sich von selbst freundlichst meiner Eltern und meiner selber aus seiner landräthlichen Zeit und ließ sich bald überzeugen, daß mein politisches und sociales Streben sehr mißdeutet worden sei. Ich konnte mich darauf berufen, daß meine Schriften überall schwarz auf weiß Zeugniß genug ablegten, wie meine Gedanken gerade im Gegentheil alle auf Kräftigung der individuellen Selbstständigkeit und der wesentlichsten Bedingung dieser, der Achtung vor der Freiheit des Eigenthums abzielten. Herr von Bodelschwingh begriff auch, wie von einem Manne, der die Schutzzoll-Forderungen des Dr. List und seiner Anhänger gerade im Namen der Freiheit des Eigenthums bekämpfte, eine plötzliche Hinneigung zum Communismus oder zum neufranzösischen „Socialismus“ à la Louis Blanc nicht wohl zu begreifen sein würde. Er sah ein, daß ich 1844/45 in den Versammlungen und in dem Comité des Lokalvereins in der That nichts anders erstrebt hatte, als genau eben das, was ich auch bereits 1842 forderte. Damals schon hatte ich wörtlich drucken lassen: „Aber vor allem wird die Rettung der Proletarier aus der Schmach und Noth des Pöbelthums unsere Aufgabe sein. Es muß dem Proletarier der Geist der Ehre und der Freiheit eingehaucht, und der Teufel des ehrlosen Leichtsinns und der leeren Genußsucht ausgetrieben werden. Er soll nicht als erniedrigendes Almosen empfangen, was ihm im Lohne rechtmäßig gebührt! Freilich läßt sich solche Umwandlung nur sehr allmälig schaffen. Das Mittel ist: die Gründung von Versicherungskassen (Krankenkassen, Pensionskassen, Wittwenkassen) selbst mit Zwangsbeiträgen und zunächst unter Oberleitung der Behörden, aber jedenfalls auch vom Anfange an mit einiger und zwar sich immer erweiternder Ehre der Selbstverwaltung. Hier liegt das einzige irgend gründliche Heilmittel und Präservativ gegen Communismus rc.“ *) Und an einer andern Stelle: „Vor allem wollen wir uns vor Pöbelthum und Proletariat bewahren. Wir wollen unserm Arbeiterstande Muth und Ehre einflößen, und wenn einst mit männlicher Besonnenheit ein Theil der Jugend dieses Standes, um eine selbstständige Familie würdig gründen zu können, zur harten Auswanderung sich entschließen müßte; so sei diese Jugend durch die ganze nationale Erziehung dazu ausgerüstet mit Kraft und Muth, und so begleite sie unser Segen noch als thätige Fürsorge, auf daß auch sie die treue und dankbare Liebe zu Volk und Fürst des Mutterlandes gern bewahren. Dies allein ist die Art von „„Colonien,““ deren auch in kommenden Jahrhunderten Europa wahr-

---

*) Dr. List's nationales System. — S. 308.

scheinlich noch viele gründen wird.“ *) Herr von Bodelschwingh entließ mich mit der wohlwollenden Versicherung, daß er allerdings glauben müsse, in Bezug auf meine socialen Ansichten und Bestrebungen mißverständlich berichtet worden zu sein, und daß meinen politischen Erörterungen, wenn solche nur auf freiere und mehr beschleunigte Entwicklung der in Preußen bereits gelegten Verfassungsgrundlagen gerichtet blieben, ein billiger Spielraum niemals verkümmert werden solle. Dennoch lag in dem betonten „wenn“ für mich eine sehr bittere Erfahrung. Wenn bei einem Manne, an dessen persönliches Wohlwollen ich glauben durfte, — sachliche Gründe von so beweisender Natur, wie ich sie vorgetragen hatte, nicht ausreichten, einen leichtfertigen Verdacht, der jedes wirklichen Anhaltspunktes entbehrte, völlig zu zerstören — wie sollte ich da hoffen dürfen, planmäßige Verläumdungen niederzuschlagen, bei welchen vielleicht, wie doch leicht möglich, die Umstände nicht immer ganz ebenso klar zu meinen Gunsten lägen? „Er hat acht Jahre gesessen, — er ist verbittert — man kann ihm Alles zutrauen!“ gegen eine solche bündige Argumentation ist, fürchte ich, bei manchen Leuten selbst mit einem Urkundenbeweise nicht aufzukommen!

Indeß, am Ende wird die Wahrheit sich dennoch Bahn brechen, und — sollte es nicht der Fall sein, so muß man auch das zu tragen wissen! Mit gutem Muthe ging ich denn also nach Köln.

2. Das Programm.

Im October 1845 trat ich die Redaction der Kölnischen Zeitung an, und mein Erstes war, ein gedrucktes, jedoch vertrauliches Circular an die sämmtlichen Mitarbeiter der Kölnischen Zeitung zu erlassen, in

*) Dr. List's nationales System. S. 319. — Diese letztere Stelle notire ich hier aus einem besondern Grunde. Außer meinem Wirken im „Lokalverein“ wurde auch mein Wirken im damaligen großen Berliner „Handwerkerverein“, in welchem ich den Gesellen volkswirthschaftliche Vorlesungen hielt, — besonders mit praktischer Tendenz für Freihandel und Gewerbefreiheit, — communistischer Tendenzen verdächtigt. Nun ist es gewiß kein Wunder, wenn Ereignisse, wie die von 1848 mit der folgenden Noth und Geschäftslosigkeit in Berlin — in vielen und selbst edleren Naturen die Keime gesunderer wirthschaftlicher Begriffe verdunkelten und die von Noth bedrängten Gemüther in die Schlingen socialistisch-revolutionärer Quacksalber fallen ließen. Sehen wir doch die allergebildetsten Personen der allergebildetsten Stände nicht selten gegen unheilbare und doch schwer erträgliche körperliche Uebel zu den abgeschmacktesten „sympathetischen Mitteln“ greifen und dem haarsträubendsten Aberglauben verfallen! Solche Erscheinungen sollten uns bedenklich machen, wenn wir gegen einen von Nahrungsnoth gepeinigten Arbeiter, der gläubig den Schwindeleien socialistischer Volksbeglücker lauscht, einen Stein aufheben wollen! Aber ein tüchtiger Kern jenes Berliner Handwerkervereins der Johannisstraße ist 1848 — unter der Führung meines lieben Freundes und mehrjährigen Stubengenossen, Otto Schomburgk — wirklich nach Adelaide ausgewandert und hat sich dort, freilich nach mancher Noth und manchen schwer überwundenen Schwierigkeiten, eine durchaus selbstständige, gesicherte, bei vielen selbst recht wohlhäbige Lage gegründet.

welchem ich denselben mit Anzeige meines Antritts und — neben einigen andern mehr technischen Wünschen und Bedenken — sofort auch in gedrängter Fassung mein politisches Redactionsprogramm kund machte. Den Kern desselben bildete die Hinweisung auf das Ziel eines „von der Ortsgemeinde bis zum Staate und bis zum nationalen Reiche“ durchgeführten **„Selfgovernment,“** — im Gegensatze zu dem französischen „Scheinconstitutionalismus mit seiner blos theoretischen Theilung der Gewalten, und in unmittelbarer Anlehnung an die bestehenden noch lebensfähigen Zustände, und zwar für Preußen insbesondere an die Stein-Hardenberg'sche-Gesetzgebung der Regenerationszeit.“ Ich verwies dabei auf das sogenannte „politische Testament des Freiherrn vom Stein“ als sehr geeignet, unsere beständige „petition of rights“ zu bilden. Da ich aber die Zeitung damals noch nicht unterzeichnete und da deshalb der stattgehabte Redactionswechsel keineswegs einen ebenfalls den Lesern des Blattes in feierlicherer Form kund zu machenden Abschnitt begründete, so schien die Veröffentlichung eines förmlichen Antrittsprogrammes, das in der Zeitung selber schon durch die Ueberschrift ausdrücklich als solches bezeichnet wäre, nicht recht am Platze. Ich verwendete die ersten Monate nur dazu, mich mit dem mehr Technischen der Redaction vertraut zu machen und erst nachdem ich hierin die nöthigste Sicherheit gewonnen zu haben glaubte, wagte ich es, mit dem Beginn des neuen Jahrgangs mein ausführlicheres Redactions-Programm in einer kleinen Reihe längerer Artikel, die ich als Um- und Rückblicke bezeichnete, dem Leser öffentlich vorzulegen.

Die ersten dieser Artikel (in den Blättern vom 10. und 11. Januar 1846) legten — unter der Ueberschrift: „Unsere Zeit“ — meine Auffassung des Strebens und des historischen Berufs der Gegenwart erst im Allgemeinen dar, ohne schon auf das eigentlich politische Gebiet genauer einzugehen. Hierbei wurde z. B. ausgeführt, daß, — wenn man vom heutigen Staate volle Religionsfreiheit selbst auch für die Nichtchristen fordere, diese Forderung doch wesentlich eine Forderung des christlichen Geistes sei, die in dem Sinne, in welchem wir sie stellen, auch nur von dem christlichen Staate gewährt werden könne. — Die zweite Abtheilung dieser Artikelreihe besprach die — damals eben besonders lebhaften „Bewegungen in der Kirche“ mit flüchtigen Hinblicken auf Kunst und Wissenschaft; — sie berührt uns hier nicht. Die dritte endlich (in den Nummern vom 7. 8. und 9. Februar) besprach ausschließlich die Bewegungen und Bestrebungen auf dem Gebiete der „innern Politik“ und sie enthält ausführlich jenes eigentlich politische Programm, um welches es hier sich handelt.

Gleich der erste Artikel gibt Aufschluß über meine allgemeine Stellung zur Schule des sogenannten „historischen Rechts.“ Der Gegensatz von „historischer“ und „rationalistischer“ Schule war damals noch ein sehr beliebtes Thema, — besonders in der Eichhorn'schen officiösen Presse. Ich hielt es deshalb für Pflicht, auch zu dieser mehr theoretischen Frage sofort eine bestimmte Stellung zu

nehmen. Zu dem Ende lehnt der angezogene Artikel den von den Gegnern als „rationalistisch“ oder „revolutionair“ bezeichneten Standpunkt, auf welchen die französische Revolution von 1789 sich stellte, ausdrücklich ab, vindicirt aber dafür dem „historischen“ Standpunkte mit Nachdruck seine rechte Auffassung. Der Artikel sagt in dieser Beziehung: „Man faßte damals (1789) die Aufgabe ein wenig einseitig. Man meinte von allem bestimmten Vorhandenen absehen und gleichsam aus dem Nichts, blos aus dem reinen vernünftigen Willen heraus, die alte Welt umschaffen und mit einem Anno I. die Zeitrechnung einer neuen Welt beginnen zu müssen. In der That jagt aber diese Vorstellung eines reinen und aller geschichtlichen Beschränkung enthobenen Willens und Rechtes einem leeren Schatten nach. Der Wille, welcher uns irgend wo wirklich entgegentritt, ist allemal ein unter bestimmten geschichtlich gewordenen Zuständen entwickelter und er ist immer auf solche bestimmte geschichtliche Zustände, auf ihre Erhaltung einerseits, auf ihre Reform-andererseits, gerichtet. Wenn man denselben in Gedanken von allem diesem besondern Inhalte entleert hat, so hat man eben nichts Wirkliches mehr an ihm, sondern äfft sich selbst mit einem bloßen Gedanken-Dinge.“ *) Hierauf gibt der Artikel eine kurze Skizzirung des Verlaufs der Revolution bis zur Gründung des Kaiserreichs und dann eine Charakterisirung der, unter dem Drucke des letztern sich ausbildenden, schon 1789 von Burke angeregten entgegengesetzten „historischen“ Auffassung. Schon Burke, heißt es dort, hat es richtig erkannt: „Das wahre Recht, bilde sich in nie beendeter Entwicklung tagtäglich fort durch die Anerkennung der Parteien selber und im täglichen Kampfe des alten vorhandenen Rechts mit den neuen Bedürfnissen und Ansprüchen; die rationalistische Ansicht vergesse über ihrem leeren und blos formellen Freiheitsbegriffe ganz die Naturseite des menschlichen Willens, den treibenden Grund desselben, das concrete Bedürfniß, und sie übersehe damit alle bewegende Kraft des wirklichen Rechts.“ Von dieser so erfaßten historischen Ansicht rühmt der Artikel noch besonders: „Diese Ansicht, indem sie kein gewordenes Gesetz und keinen irdischen Zustand für absolut hält, ist der politischen Intoleranz durchaus abgeneigt und sieht es nicht für Rebellion an, wenn von Zeit zu Zeit neue Interessen nach Anerkennung ringen und mit Volksversammlungen, Geldeinschüssen 2c. auf's Großartigste in's Feld rücken, so lange diese neuen Ansprüche nur nicht das Recht der bestehenden Zustände absolut verwerfen und gleich mit politischen Bannbullen auftreten.“ **) — Hiermit war also von mir allen politischen Gegnern Achtung bei ehrlichem Kampfe ausdrücklich angeboten, und jene bescheidene Stellung ausdrücklich eingenommen, die sich eigentlich bei jedem politischen Parteikampfe ganz von selber verstehen sollte.

Die beiden folgenden Artikel dieser politischen Abtheilung geben

*) K. Z. 1846. N. 37.
**) K. Z. 1846. N. 37.

dann das eigentliche Programm für die Fragen der deutschen und besonders preußischen innern Politik.

Ich werfe zuerst einen vergleichenden Blick auf Frankreich und England. Dabei heißt es über Frankreich unter Anderm: „Die Restauration hat weder die Freiheit des Eigenthums, noch die gleiche Erbtheilung unter den Kindern, noch die volle bürgerliche Gleichheit aufheben können, und nachdem ihre letzten zu kühnen Versuche zu der Katastrophe von 1830 geführt hatten, ist auch das politische Privilegium der erblichen Pairie wieder ausgestoßen worden. Aber ohne ernstere Anerkennung der Rechte der Individualität und des Vergleichs der wirklichen Interessen hat sich eine lebendige innere Politik bisher noch nicht entwickelt, — und die bureaukratische Centralisation, die Unmündigkeit der Gemeinde, die Unterdrückung der Association, die leichtfertige Allbefugniß der Polizei 2c. 2c. bestehen fort. Ein tiefes Gefühl der Nichtbefriedigung hat sich der edelsten Seelen bemächtigt, und wir können uns nicht versagen, die neulich in der Deputirten-Kammer gelegentlich der Universitäts-Debatte gesprochenen Worte Agenor de Gasparin's herzusetzen, welche derselbe der Thiers'schen bonapartistisch-liberalen Ansicht von der nothwendigen „„Einheit"" alles Unterrichts entgegensetzte. „„Meine Herren, sagt Herr von Gasparin, „„wir sind Kinder in Angelegenheit der Freiheit. Wenn auf der andern Seite des Kanals ein Premier-Minister die Einheit des Unterrichts als eine Nothwendigkeit dargestellt hätte, man würde ihn für einen Narren erklären."" — England dagegen hat dieses Vertrauen zur aufrichtigen Freiheit und darum auch diese Befriedigung in der Freiheit, welche Frankreich fehlt. Darüber heißt es: „Gerade die Kraft, welche uns in Frankreich verhältnißmäßig schwach erscheint, die Schätzung und die entschiedene Behauptung der individuellen Persönlichkeit, die zeigt sich in Großbritannien vorherrschend. Sie erzeugt dort einerseits die Abneigung gegen eine absolutistische Gesetzgebung und noch mehr gegen eine übergreifende, Alles sicherstellende und dafür auch Alles bevormundende Polizeigewalt, aber andererseits dem entsprechend auch die Achtung vor der fremden Persönlichkeit und den redlichen Kampf bis zum beiderseits befriedigenden Vergleiche. Weiten Spielraum des Berathens und Tagens hat sich das englische Volk bewahrt. In den Continentalstaaten würde schon alle Verwaltung vor blasser Furcht verwirrt und gelähmt sein, wenn nur einen kleinen Monat lang ein O'Connel in ihnen seine Monster-Meetings halten oder ein Cobden oder Sturge seine Korngesetz- oder Mittelklassen-Agitation mit Geldsammlungen, Volksreden, Flugschriften 2e. organisiren sollte." *) Es wird sodann aber auch zugleich weiter hervorgehoben, wie jedoch neuerdings in England selber das Streben nach Reformen in Verwaltung und Rechtspflege erwacht sei — und wie auch dort nicht länger verkannt werde, daß neben den überragenden Vorzügen der

*) K. Z. 1846. N. 38.

englischen Freiheit, doch ebenfalls die Centralisation der Continentalstaaten, — wofern sie nur in den richtigen Schranken gehalten werden könne, — ihre eigenthümlichen sehr schätzbaren Vorzüge habe.

Ueber des deutschen Vaterlandes Lage und Aufgabe rücksichtlich seiner inneren Politik heißt es darauf also: „In Deutschland hat sich die Landeshoheit zur monarchischen Vollgewalt entwickelt und vollends unter dem Einflusse der französischen Revolution hat sich diese längst begonnene Entwicklung sehr rasch vollendet. Was an widerstrebenden Privilegien noch übrig blieb, ist doch ohne Leben und wird fast nur durch künstliche Schonung von Seiten der Staatsgewalt in einer gewissen Scheinexistenz aufrecht erhalten. Die einheitliche Staatsgewalt selber hat sich eine eigenthümliche Festigkeit gegeben durch die würdige Stellung eines eigenen, zu bedeutender Selbstständigkeit organisirten Staatsdienerstandes, wie eine solche in der Art bei keiner andern Nation sich findet. Aber — dieser Stand, der seiner Bestimmung nach das Interesse des Allgemeinen zu seinem besondern Berufe haben soll, ermangelt noch der seiner Bestimmung entsprechenden beständigen, geschäftsordnungsmäßigen Verbindung und Vermittlung mit den verschiedenen anderen Berufen in der Gesammtarbeit der Nation. So kommt es, daß dieser Stand selber gleichsam von dem Nahrung und Kraft gebenden mütterlichen Boden der bürgerlichen Gesellschaft getrennt bleibt, während auf der andern Seite das politisch unmündige und polizeilich bevormundete Bürgerthum — gebannt in den engen Kreis des Gewerbes — keine lebendige Betheiligung am Allgemeinen hat, außer etwa an der Kirche, an Kunst und Wissenschaft. Es gibt bei einer solchen bureaukratischen, einseitigen Trennung des Staates und des bürgerlichen Verkehrs weder auf der einen noch auf der andern Seite eine lebendige praktische Einsicht in die jedesmaligen Bedürfnisse beider Seiten; daher auf beiden viel praktische Unbeholfenheit, Energielosigkeit und Neigung zu träger Gleichgültigkeit oder eitler Phantasterei. Gleich nach den deutschen Niederlagen von 1805—1807 drang die richtige Einsicht über den vorstehenden Grund der politischen Schwäche Deutschlands, vornehmlich bei einigen großen Staatsmännern Preußens zum Bewußtsein durch. Es wurde damals in Preußen die Städteordnung gegeben; Communal- und Kreisordnungen für den befreieten Bauernstand sollten folgen, und gleichfalls eine allgemeine Repräsentation des Volkes sollte vorbereitet werden. Allein nach dem Siege verwirrte sich das Urtheil wieder. Das Ausgeführte blieb Bruchstück und das Beabsichtigte wurde höchstens so unvollständig ins Werk gerichtet, daß nichts ineinander greifen konnte. Indeß seit 1840 stehen wir in ganz Deutschlaud wieder in einer Periode des Fortschritts, und es werden sich Staatsmänner finden — so mögen wir hoffen — welche die Verheißungen der Männer von 1807—1813 jetzt wieder aufnehmen.“ *)

*) K. Z. 1846. Nr. 39.

Das also war mein Redactionsprogramm für die innere Politik. Man mag nun prüfen, ob es — „undeutsch“ einem „französischen Liberalismus“ huldigt!

Aber auch in Beziehung auf die auswärtige Politik enthielten jene Artikel von 1846 einige allgemeine Andeutungen, die hier für uns ein Interesse haben, weil sie gerade auf die gegenwärtige europäische Weltfrage Anwendung leiden. Es heißt nämlich zum Schlusse der Betrachtungen über die Bewegung der „inneren Politik“ bei den drei großen Nationen des europäischen Abendlandes dort noch weiter:

„Es läßt sich bereits bemerken, daß diese Bewegungen in den verschiedenen Nationen einander fördern, und es läßt sich deshalb hoffen, daß der steigende geistige und commercielle Verkehr die Herstellung der . . . in der Reformation vollends zerrissenen Einheit des abendländischen Völkerbundes herbeiführen werde. Hierzu muß fördernd mitwirken das gemeinsame Interesse gegen den gemeinsamen Feind . . . . Seit die Moskowiter die Ostseeküste gewonnen hatten, entwickelte sich in Petersburg eine so zu sagen mongolische Civilisation, ohne Seele, aber von gewaltigem Eroberungsdrange, mächtiger Schlauheit, rücksichtsloser Energie und fanatischem Gehorsam, welche von nun an in der Weltgeschichte die Rolle des offensiven Widerstandes gegen den freien Geist des Abendlandes übernahm . . . . Nach der Theilung Polens stießen Russenthum und Deutschthum unmittelbar geographisch aneinander zu einer beiden Theilen unheimlichen Nachbarschaft. Der Russe kann nicht anders, als den unpraktischen, nach seiner Ansicht disciplin- und gehorsamlos schwärmenden deutschen Geist seiner Untüchtigkeit wegen verachten, indeß er doch wieder einer gewissen heimlichen Furcht vor dem unbegriffenen Wesen desselben sich nicht entschlagen kann. Der Deutsche kann ebenso nicht anders, als die größte Indignation empfinden, wenn er den Mangel an aller innerlichen, selbstständigen Persönlichkeit sieht, bei der weder Selbstachtung noch Achtung Anderer dort Platz findet. „„Bei den Russen,““ wie Fallmerayer in seinen Fragmenten aus dem Orient sagt, „„sind Religion und Wissenschaft nach der im Lande geltenden Ordnung nicht viel mehr als zwei gefällige Diener, die nebenher auch das Kupplergeschäft für das Weltliche zu besorgen haben. Der Deutsche dagegen baut der Religion einen Thron in seinem Herzen wie einer Königin, und huldigt der Wissenschaft wie einer großen, weltgebietenden Macht. Zwischen solchen Völkern ist der Haß instinctartig und jedes Verständniß eine Unmöglichkeit, besonders wenn sie als Nachbarn in täglicher Berührung sind. Der gottesfürchtige ritterliche Sinn, die Achtung vor dem Weibe und vor dem Menschen als Individuum, sind sie nicht aus den deutschen Wäldern ausgegangen und bilden sie nicht einen bleibenden Gegensatz, — zugleich Schreckbild und Ironie — des Russenthums?““ Das ist aber ein Gegensatz, an welchem das ganze Abendland Theil nimmt, und er wird früher oder später der Ursprung einer heiligen Allianz des Abend-

landes werden, deren erstes Streben die Herstellung eines selbstständigen Staates der lateinischen Slaven sein dürfte.“*)

In Beziehung auf den leitenden sittlichen Geist, welcher das Reich des Abendlandes und das zu gründende Völkerrecht erfüllen werde, und in Beziehung auf den Beruf und Genius der deutschen Nation in dieser Hinsicht heißt es schon in einem früheren Artikel: „Das große Band der Einen Kirche und des Einen Kaiserthums ist zwar, nachdem es schon lange locker geworden, vor drei Jahrhunderten äußerlich zerrissen; aber es ist darum doch nicht innerlich verloren gegangen. Das Bewußtsein der Humanität und des Völkerrechts ist, wie oft es auch von der Leidenschaft mag getrübt worden sein, immer als Bürgschaft der Wiedervereinigung und eines wahren Friedens lebendig geblieben. Die Nationen haben sich losgerissen und mit Verwerfung jedes über ihnen waltenden Richters sich in den Kampf des Egoismus gestürzt; — aber in all dieser Trennung und Feindseligkeit ist der Gedanke der Einheit des Menschengeschlechts nie untergegangen, vielmehr nur freier und tiefer hat er sich entwickelt... Von Napoleon's, mit obligaten Logenreden gefeierten Organisationsversuchen bis zu den Versuchen der legitimen heil. Allianz und ihren Congressen einerseits und den revolutionären Planen eines „„jungen Europa““ andererseits ist das Streben nach einem inhaltreichern humanern Völkerrechte in beständigem Wachsen an Kraft und Ausbreitung begriffen .... Wahrlich, der Kosmopolitismus ist bereits so drängend in der Gegenwart, daß in ihr nothwendig die Nation den mächtigsten geistigen Einfluß erwerben muß, welche seiner am freiesten mächtig ist.“**) Dabei sollte aber keineswegs die Ansicht vertreten werden, als werde Deutschland sich mit seinem mächtigen „geistigen“ Einflusse in Kirche, Kunst und Wissenschaft für immer zu begnügen haben. Es wird im Gegentheil die Ansicht ausgeführt, daß die deutsche Nation, wenn gleich andere Nationen ihr in politischer und ökonomischer Machtentwicklung zuvorgekommen seien, doch manchen Vorzug und unangebrochenen Schatz sich bewahrt habe, welche ihr auch in Hinsicht solcher äußeren Machtentwicklung eine schöne und ruhmvolle Zukunft zu hoffen und zu erstreben gebieten. So heißt es, — nach Beleuchtung einiger schwächenden Mängel und Einseitigkeiten in den Zuständen Frankreichs und Englands: — „Seine nationale Einheit hat Deutschland verloren ... Indeß es ringt, den Mängeln seiner nationalen Verfassung und Ausrüstung abzuhelfen. In allen großen Gestaltungskämpfen der Gegenwart — wie in dem innerlichen Vermittlungskampfe zwischen Glauben und Wissen, in dem Kampfe um die rechte Verwaltung im Staate, ebenso in dem Kampfe um die

*) K. Z. 1846. Nr. 39. Ich erinnere schon hier, wie ja auch der General v. d. Knesebeck 1814 als erste Bedingung der Sicherheit der deutschen Ostgrenzen und der Verbürgung des europäischen Gleichgewichts eine solche Herstellung gefordert hat.

**) K. Z. 1846. Nr. 10.

Theilnahme an Weltherrschaft und Welthandel und um die hierzu erforderliche nationale Einheit, — zunächst mittels Ausdehnung und Ausbildung des Zollvereins — ist der deutsche Geist mit allseitigem Eifer thätig ....“ *)

So also lautete 1846 mein ausführliches Redactionsprogramm. Lebendige Bestimmtheit, Fleisch und Blut, erhält dasselbe erst durch seine Anwendung auf die concreten Fragen der Politik, welche der Lauf der Jahre mit seinen wechselnden Ereignissen brachte. Darum bleibt die Hauptsache, zu sehen und zu zeigen, — ob in den sehr verschiedenartigen und oftmals sehr drangvollen politischen Lagen und Krisen, welche die Zeit von 1846 bis 1855 für Preußen und Deutschland gebracht hat, meine Redaction ihrem Antrittsprogramm treu geblieben ist und wie sie selber dasselbe durch die Anwendung ausgelegt hat. Hierbei sind aber drei sehr wesentlich verschiedene Zeiträume getrennt zu halten. Auf einen glücklichen ersten Zeitraum stätig fortschreitender Verfassungsentwicklung (1846 bis März 1848) folgt ein stürmischer und an heftigen Kämpfen reicher zweiter Zeitraum wechselnder Täuschungen und Enttäuschungen, während dessen die Regierung selber wechselnde Ziele aufpflanzt und wieder niederreißt, und dadurch unendliche Verwirrung stiftet und eine wuchernde Saat unseligen Mißtrauens aussäet — (vom 18. März 1848 bis November 1850). Diesem wechselvollen Zeitraume der Illusionen folgt sodann der dritte und letzte Zeitraum, der einer vorläufig siegenden Reaction, während dessen die Presse fortschreitend mehr gefesselt wird und der in jeder Weise das traurigste Gegenbild des ersten, so hoffnungsreichen Zeitraums bildet (vom November 1850 bis 31. März d. J.).

*) K. Z. 1846. Nr. 11.

II. Zeitraum der stätigen Verfassungs-Entwicklung.

1. Die Zeit des langsamen Fortschritts. Von October 1845 bis Ende Februar 1848.

Während des ersten der angedeuteten so verschiedenen Zeiträume, der von Antritt meiner Redaction im October 1845 bis zum 18. März 1848 dauerte, sammelte sich das politische Interesse Deutschlands und aller Kampf, wie in der deutschen Tagespresse überhaupt, so ganz besonders auch in der Kölnischen Zeitung fast ausschließlich um die weitere Ausbildung der Verfassung in Preußen, wie solche mit dem Thronwechsel von 1840 und besonders durch das allerhöchste Propositionsdecret vom 23. Februar 1841 in Angriff genommen war und ihre ganz bestimmten nächsten Ziele vorgezeichnet erhalten hatte. Die ganze Lage, die Bestimmtheit der nächsten Ziele und die Stätigkeit der bereits im Gange begriffenen Fortbewegung, gab dem damaligen Kampfe eine sehr vortheilhafte Concentration. Meinestheils setzte ich hierbei in der Kölnischen Zeitung nur eben dasselbe Werk fort, an dem ich, namentlich auch durch die oben gedachte Brochüre von 1843: „Preußens Beruf ꝛc." — schon früher mich mit ganzer Seele betheiligt hatte. Zwei nächste Zielpunkte glaubte ich vor allen anderen jetzt fest im Auge behalten zu müssen: 1) den Gewinn eines *repräsentativen Centralorgans* für Preußen, in welchem die mannigfach abweichenden Ansichten und Interessen seiner acht Provinzen sich aneinander abreiben und *ausgleichen* könnten, so daß dadurch zugleich ein auch über Preußens Grenzen hinaus anziehender und dominirender Mittelpunkt deutscher Gesetzgebung würde gewonnen werden, und 2) den Gewinn eines *festern „Rechtsbodens"* für die ständische Einwirkung, damit nicht länger alles Recht eine widerrufliche Gnade und der „ständische Beirath" schließlich doch nur ein unmaßgebliches Gutachten bleibe. Um den *zweiten* Punkt, der den gewohnten Vorstellungen absoluter Regierungsgewalt am schroffsten widersprach, mußte es zu harten Kämpfen kommen, und ich konnte wohl voraussehen, daß während derselben die Gegner mich mit dem Vorwurfe einer „unmonarchischen" und „unloyalen" Gesinnung nicht verschonen würden. Aber — die Ueberzeugung, daß ohne solches „festes Recht" für

Deutschland niemals ein beruhigter und innerlich friedevoller Zustand auf längere Dauer noch möglich sein werde, war in mir selber zu mächtig, als daß ich hätte zweifeln mögen, für dieselbe alle ehrlichen Gegner mit der Zeit gewinnen zu können. So ging ich mit dem heitersten Muthe in den Kampf hinein.

Den Jahrgang der Kölnischen Zeitung von 1846 eröffnete ich mit einem Rückblicke auf das eben endende Lustrum 1840—1845. Ich hob die wachsenden Erfolge hervor, welche innerhalb desselben von den Provinziallandtagen in Preußen und den Landtagen in verschiedenen anderen deutschen Staaten errungen waren, so wie insbesondere auch jene Uebereinstimmung aller dieser Landtage in ihren wesentlichsten Zielen, welche an einer fortschreitenden Heranbildung eines gemeinen deutschen Rechts auch auf dem Gebiete der Verfassungsentwicklung nicht mehr zweifeln lasse. Hieran schloß sich sofort — in den ersten Monaten des Jahres beginnend und fast das ganze Jahr hindurch fortdauernd — eine lebhafte Streitverhandlung mit der damaligen officiösen Presse — dem Rheinischen Beobachter (in Köln) und der Zeitung für Preußen (in Königsberg) über die eben erschienenen „Preußischen Landtagsabschiede.“ Es handelte sich dabei besonders um die Frage, wie weit die Competenz der Provinziallandtage gehe; denn es war klar geworden, daß — wenn sich die Ansprüche derselben in Bezug auf ihre Competenz nicht wesentlich wieder herabstimmen ließen, die Schöpfung ausgleichender Centralstände von der Regierung selber nicht länger entbehrt werden könne. Das führte auf die Frage der „authentischen Interpretation“ der Gesetze von 1823 und 1824 einseitig durch die Regierung allein — und dadurch auf den Streit: ob die Regierung loyaler Weise verpflichtet sei, wenn sie eine die bisherige factische Auslegung „berichtigende“ d. h. beschränkende Interpretation gegen die Ansicht der Provinziallandtage erlassen wolle, dann hierüber mit den Ständen zusammen die durch Bundesbeschluß vom 30. October 1834 geschaffene Compromißinstanz des Bundes anzurufen. Meine wiederholte und nachdrückliche Bejahung dieser Frage veranlaßte schon damals einen Gegner in der officiösen Presse, mit außerordentlichem Einschreiten der Regierung gegen meine — „alle Rücksichten auf die Ehre und Unabhängigkeit Preußens“ keck aus den Augen setzende Redaction zu drohen. Dennoch erfolgte zunächst von Berlin aus noch nichts wider die Kölnische Zeitung, obwohl schon im Juli 1846 die Bremer und die Weserzeitung in Preußen waren verboten worden. Der Streit wurde ja von der Kölnischen Zeitung unter Aufsicht der preußischen Censur geführt. — Dem Hauptkampfe um die Verfassungsfragen ging eine Unterstützung der preußischen Regierung zur Abwehr der süddeutschen Schutzzollforderungen, und ein wiederholtes Hervorheben der Gerechtigkeit und der Vortheile einer Ausdehnung und consequenteren Durchführung des Grundsatzes der Religions- und Cultusfreiheit fleißig zur Seite. Es war mir dabei zugleich auch um möglichste Entfernung dieser beständigen Anlässe zu schwächendem Hader zwischen den Provinzen,

Ständen und Confessionen zu thun, — was dann auch, wie mir im Herbste der Herr Geh.-R. Mathis zugab, von der Regierung als verdienstlich anerkannt wurde.

Es war nämlich zu einer Verwarnung des Eigenthümers und Herausgebers der Kölnischen Zeitung und zu bedenklichen Andeutungen bezüglich der „Concession" zur Herausgabe des Blattes im Herbste des Jahres 1846 doch noch wirklich gekommen! Der nächste Anlaß dazu war ein sehr unbedeutender und im Grunde rein localer gewesen. Gesteigerter Kirmeßmuthwille der Knaben auf der kölner Altenmarkts-Kirmeß hatte (am 3. August 1846) das endliche Einschreiten des Militairs veranlaßt, und dieses hatte, — bei jedenfalls nicht besonders geschickter Ausführung — mit mehrfachen Verwundungen (darunter einer tödtlichen) und vielfachen Beleidigungen, angeblich auch ganz unschuldiger Personen, geendet. Die Folge war eine große Aufregung. Es bildete sich eine „Bürgerschutzwehr" rc. rc. und die ganze Angelegenheit bekam allmälig einen sehr übertriebenen Schein von Wichtigkeit, — wobei die öffentliche Meinung in Köln namentlich auch der höchsten staatlichen Civilbehörde die Schuld zuschrieb, bei einem starken Mangel praktischen Taktes und besonnener Geistesgegenwart, mindestens durch Unterlassungen, zur Steigerung des Uebels erheblich mit beigetragen zu haben. Der Censor, der bisher sein Amt leidlich verständig und loyal geübt hatte, strich mir jede, auch die allerwohlwollendste und vorsichtigste Besprechung der Angelegenheit. Er that das, meiner Meinung nach, nur seinem Regierungs-Präsidenten zu Liebe, — und ich fand mich daher veranlaßt, was ich bisher noch nie gethan hatte, Berufungen an das Obercensurgericht einzulegen. Darauf müssen, wohl von Köln aus — zu Berlin bei den höchsten Behörden Anklagen gegen die ganze Tendenz der Kölnischen Zeitung erfolgt sein, und die oben gedachten Verwarnungen und Andeutungen veranlaßt haben. Ich begab mich, um mündlich meine Vertheidigung zu führen, persönlich nach Berlin. Hier setzte ich dem Herrn Geh. Rathe Mathis, der damals das Ministerial-Referat in Preßangelegenheiten hatte, die wahren Strebensziele meiner Redaction und insbesondere auch meine Kämpfe um die Verfassungs-Entwicklung ganz offenherzig auseinander, eben so, wie ich sie vorstehend dargestellt habe; denn — meine „unpreußische" Berufung auf das Bundesschiedsgericht fand sich jetzt allerdings ebenfalls unter den Anklagepunkten. Zugleich machte ich geltend, daß ein Blatt, wie der Rheinische Beobachter, in der Rheinprovinz niemals Wurzel schlagen und deshalb auch die Regierung niemals wirklich stärken könne, — während, wenn die Regierung auch im übrigen die Kölnische Zeitung unter meiner Redaction mitunter unbequem finden möge, sie in derselben doch wenigstens eine aus aufrichtiger Ueberzeugung hervorgehende und vielleicht auch auf die Ueberzeugung der Leser einwirkende warme Vertheidigerin der Zukunft Preußens und seines deutschen Berufes besitze. Ich hatte mit voller Offenheit mich ausgesprochen und ich nahm auch den Eindruck von

Herrn Mathis mit mir fort, — verschiedene Vorurtheile gegen meine Tendenzen zerstört und nicht ganz vergeblich mich bemüht zu haben. Zugleich genieße ich in diesem Augenblicke die Genugthuung, daß ich Herrn Geh. R. Mathis und alle Gegner von damals auf meine Wirksamkeit in den stürmischen Zeiten des Jahres 1848 hinweisen kann, wo sie dann selber urtheilen mögen, ob ich wohl 1846 „unpreußische" und „unmonarchische" Gesinnungen gehegt haben könne! Die folgenden Blätter werden das erläutern!

Mit Befriedigung konnte auch in Preußen die Partei des bürgerlichen und staatsbürgerlichen Fortschrittes am Beginn des Jahres 1847 auf das verflossene zurückblicken. Die Juli-Gesetze hatten einen verheißungsvollen Anfang der erstrebten allgemeineren Proceß-Reform gebracht — mit Annahme der Anklage-Maxime statt der Inquisitions-Maxime, der Mündlichkeit, statt der Schriftlichkeit und mit Einführung einer zwar noch beschränkten, aber doch schon bahnbrechenden Oeffentlichkeit. Zugleich waren die Vorarbeiten zu anderen wichtigen Gesetzen, z. B. zur Einführung gerichtlicher Civilstands-Bücher für kirchliche Dissidenten, wie bereits zuverlässig verlautete, ihrem Abschlusse nahe gebracht — und auch für den Organismus der ständischen Verfassung wurde die endliche Krönung durch Centralstände für nunmehr sehr nahe bevorstehend gehalten. Im ersten Artikel ihres neuen Jahrgangs sprach in diesem Sinne die Köln. Zeitung dem in Preußen stattfindenden zwar langsamen, doch stätigen Fortschritte ihre freudige Anerkennung aus. Und es erschien auch nach wenigen Wochen schon wirklich das erwartete so wichtige allerhöchste Patent: „Die ständischen Einrichtungen betreffend" (vom 3. Febr.) — mit seinen begleitenden drei Ausführungs-Verordnungen. Diese Gesetzgebung vom 3. Febr. bildete von da ab eine längere Zeit den fast ausschließlichen Mittelpunkt für den Kampf der gesammten deutschen Presse.

Das Patent gewährte einen neuen Anknüpfungspunkt und ein neues Organ für die weitere Entwickelung der „ständischen Verfassung"; aber definitiv Befriedigendes enthielt es wenig oder gar nichts. Nur für Anleihen und Steuererhöhungen war der vereinigten Landesvertretung eine entscheidende Stimme gewährt, sonst aber weder für die Gesetzgebung noch für das jährliche Budget. Ja, für die „vereinigten Landtage" war nicht einmal eine bestimmte „Periodicität" festgesetzt, vielmehr das ganze Institut blos auf allerhöchste Berufung nach Maßgabe des Bedürfnisses gestellt. Es fehlte darum nicht an Stimmen in der liberalen Presse, welche die ganze Gesetzgebung vom 3. Febr. (als völlig ungenügend und als mit den maßgebenden Gesetzen von 1820 nicht in aufrichtigem Einklange) vollständig „abgelehnt" haben wollten. Die Kölnische Zeitung aber sprach sich von Anfang an für eine vertrauensvolle „Annahme" der Königlichen Gabe aus; nur — daß sie sofort die noch mangelnden Verfassungs-Rechte aus der Gesetzgebung von 1815 und 1820 durch eine eben so feste, wie ehrfurchts-

volle „petition of rights“ vom berufenen „vereinigten Langtage“ selber „gewahrt“ wissen wollte. Sie widmete im Februar und März dem Gegenstande sogleich eine längere Reihe von Artikeln,*) in welchen ich die Gesammtheit der preußischen Verfassungsfrage und alle einzelnen wichtigern Bestimmungen der Erlasse vom 3. Februar historisch, juristisch und politisch erörterte und endlich zu dem Resultat gelangte: — es möge die Regierung, um ihren Zweck zu erreichen und Preußen in sich selber und in seinen Beziehungen zu Europa wahrhaft zu kräftigen, soviel Vertrauen zum guten Geiste ihres Volkes fassen, daß sie demselben alle jene festen politischen Rechte gewähre, welche 1815 und 1820 versprochen und welche seitdem bereits zum so zu sagen „gemeinen Verfassungsrecht“ des gesammten „constitutionellen Deutschlands“ geworden seien.

Natürlich entzündete sich hieran wieder eine Polemik auch mit der officiösen Presse, in welcher diesmal die „Allgemeine Preußische Zeitung“ (die eigentliche Staatszeitung) in ruhiger und würdiger Haltung selber auf den Kampfplatz trat, so daß die gehaltlosen Invectiven von Blättern, wie dem Rh. Beobachter und die Zeitung für Preußen deshalb von mir um so mehr stillschweigend übergangen werden konnten. In ihrer Nr. vom 19. Febr. erklärte die A. Pr. Z.: „Mit Freuden nehmen wir den Zuruf der Köln. Zeit. auf: „„also Vertrauen — aber von beiden Seiten!““ indem wir zugleich dafür halten, daß Offenheit der beste Weg sein wird.“ Später jedoch, als die Artikel der K. Z. zu ihren bestimmteren Resultaten gelangt waren, war das officielle Blatt nicht mehr ganz so gut zufrieden. Es meinte dann: die K. Z. sei — bei dem von ihr einmal richtig gewählten Standpunkte auf der gegebenen historischen Grundlage des Staats zwar davor gesichert gewesen, in ein fremdes Gebiet hinüber zu gleiten; es habe sich aber an das strenge, fast starre Festhalten geschichtlicher Grundlagen ein anderer Fehler angeknüpft, nämlich eine den Geist verletzende Buchstaben-Treue. Die K. Z. sei, weil sie den Buchstaben überschätzte, unmittelbar in die Verkennung, ja in die gänzliche Mißdeutung desselben hineingerathen, ohne gewahr zu werden, „daß die natürliche Hoheit der Staatsfrage erniedrigt wird, wenn sie von der politischen Tribüne auf die Gerichtsbank verstoßen wird, um hier von dem feinen Gewebe buchstäblicher Spitzfindigkeiten umsponnen zu werden.“ — Hierauf konnte ich mit Recht entgegnen, daß die gerügten Argumentationen aus dem Buchstaben von mir „durchaus nicht als die wichtigsten zur Begründung unserer Ansprüche in den Vordergrund gestellt sind, sondern nur gleichzeitig mit anderweiten Gründen von mehr politischer Natur vorgebracht und betont wurden, als die muthmaßlich förderſamsten“.**) Ich hatte in jenen Erörterungen (bei

*) K. Z. 1847. Nr. 41, 43, 45, 51, 54, 56, 59, 62, 64, 66, 69, 71, 73, 76 und 78.

**) K. Z. 1847. Nr. 97.

Erwähnung der Notabeln von 1811 und der Proteste von Beeskow-Storkow gegen die Stein-Hardenberg'schen Reformen) ausdrücklich genug hervorgehoben, wie freilich das „neue Recht" eigentlich überall nur werden solle in Vereinbarung mit dem „alten Rechte" und wie die formelle Rechtmäßigkeit des Fortschrittes ein immer zu erstrebendes unschätzbares Gut sei, — wie aber doch andererseits ein eigensinniges Steifen auf ein formelles Buchstaben-Recht eben das gewöhnlichste Hinderniß der strengen Bewahrung des formell rechtlichen Weges der Fortbildung sei. Diese Polemik blieb von beiden Seiten in den anständigsten Schranken und ich weiß, daß damals der Herr Minister Ernst von Bodelschwingh selber sich mündlich sehr zufrieden über die Köln. Zeitung ausgesprochen hat.

Am 11. April wurde der erste „vereinigte Landtag" eröffnet. Die Theilnahme in ganz Deutschland war ungeheuer, und ein Zeichen der gespannten und freudigen nationalen Hoffnungen, die sich an ihn knüpften. Die Kölnische Zeitung ließ sich die Berichte eine Strecke weit durch eigene Staffeten befördern und druckte dieselben allnächtlich in einer besondern zweiten Ausgabe mit einer — jetzt nur noch den stenographischen Kammer-Berichten eigenen Vollständigkeit. Wen müßte nicht ein sehr schmerzliches Gefühl ergreifen, wenn er die Dürftigkeit der Kammerberichte in den heutigen Blättern damit vergleicht! So haben Hoffnung und Theilnahme sich vermindert!! — Auch mit eigenen Leitartikeln begleitete die K. Z. die wichtigern Verhandlungen, und nachdem am 25. Juni der Landtag — nicht ohne einigen Mißklang — war geschlossen worden, beeilte sich die K. Z. ihre verhältnißmäßige Befriedigung und ihre guten Hoffnungen auf den ferneren Fortgang des begonnenen Verfassungsbaues auszusprechen. Der Artikel ist für meine Auffassung der damaligen Situation bezeichnend. „Es waren" heißt es da — „zwei einander entgegenstehende Klippen, die uns beide schienen dem Landtage einigermaßen gefährlich werden zu können. Die Eine Klippe war der constitutionelle Doctrinarismus. Er konnte unter einem Theile der Abgeordneten, und zwar gerade unter dem Theile, auf welchen wir unsere meisten Hoffnungen zu setzen hatten, um sich greifen und zu einem Verkennen der in der Gesetzgebung vom 3. Febr. dargebotenen werthvollen Anfänge und Handhaben und in Folge davon zu einer Ablehnung des königlichen Geschenks, d. h. zu einer „„Incompetenz-Erklärung"" führen. Wir hatten zwar für unsere Auffassung des allerhöchsten Patents und seines Werthes die Presse des ältesten und erfahrensten europäischen Verfassungsstaates zum Genossen; aber wir hatten in Männern, wie Heinrich Simon und wie Gervinus auch einflußreiche und würdige Gegner. Und wirklich — selbst nach Eröffnung des Landtags, eben nach der Thronrede — sollen die freisinnigsten Abgeordneten von Schlesien und fast alle wackern Männer aus Preußen zwischen „„Annehmen"" und „„Ablehnen"" noch geschwankt haben. Das war die Eine der von uns gefürchteten Klippen. Die andere

war die Verwechselung jenes höheren Vertrauens, welches als ein ungetrübter Friede der innersten treuen Gesinnung über den Entwicklungskämpfen schwebt, mit jenem falschen „„Vertrauen““, welches als Surrogat fester politischer Formen auftreten und den Kampf der politischen Elemente und der ihnen entsprechenden politischen Parteien entbehrlich machen soll. Gerade dieses falsche, unmännliche Vertrauen wurde von vielen Seiten gepredigt. Wir kannten die Reife der Abgeordneten aus den mittlern Provinzen noch nicht genug, um uns versichert zu halten, daß dieselben nicht die nothwendige Wahrung des Rechtsbodens aus der Gesetzgebung von 1815, 1820 und 1823 vielleicht für kleinliche Buchstabenklauberei, und die jeder lebendigen ständischen Vertretung unentbehrliche strenge Wahrung der power of the purse vielleicht für krämerhafte und allzu eigensinnige Aengstlichkeit ansehen könnten. Das war die andere Klippe, die uns gefährlich schien. . . . Der Landtag hat sofort in der Adreßdebatte sich gleichweit von beiden entfernt gehalten, — und hat, indem er in sich sofort die Reichsstände von 1820 anerkannte, aber zugleich wegen der ihm als solchen nach früheren Gesetzen zukommenden, noch nicht völlig überantworteten Rechte ehrerbietige Verwahrung einlegte, — genau in das richtige und sichere Fahrwasser einzulenken gewußt. Er hat in seiner Mehrheit die rechte Linie keinen Augenblick verlassen, wie lockende Ziele sich auch zur Seite zeigen mochten. Er hat der Wohlthat der Landrentenbanken pflichtgetreu entsagt und den ersehnten Bau der großen Ostbahn mit schwerem aber männlich entschlossenem Herzen abgelehnt.“*)

Im letzten Augenblicke war der vereinigte Landtag von der Bahn strenger Consequenz in soweit abgewichen, als die Mehrzahl — mit oder ohne Verwahrung — die Wahlen zu dem „vereinigten Ausschusse“ und zur „Staatsschulden-Commission“ doch noch vorgenommen hatte. Die Köln. Zeit. besprach wiederholt**) die augenblicklichen Unklarheiten in der Stellung und Competenz des „vereinigten Ausschusses“, rieth aber auch in dieser Sache, daß die Erwählten im Ausschusse getrost erscheinen sollten, — um wenigstens Rath zu geben, soweit sie competent seien, und nur abzulehnen, was über ihre Competenz hinausgehe. Die Stimmung war fortwährend noch eine ruhighoffnungsvolle und in meinem Sylvester-Rückblick auf das Jahr 1847 glaubte ich noch mit patriotischem Stolze sagen zu dürfen: „Deutschland ist in diesem Einen Jahre mächtig in der Achtung des civilisirten Europa gestiegen. . . . Die englische Presse deutete mit uns auf die power of the purse als den eigentlichen Kern der eben vollzogenen Mündigsprechung des preußischen Volks. . . . Es handelte sich in der ganzen politischen Arbeit dieses Jahres eben um diese erste Befestigung eines sichern „„Rechtsbodens““, um das: da figere pedem.***)“ — Von

*) K. Z. 1847. Nr. 184.

**) z. B. die Leitartikel K. Z. 1847. Nr. 346 und 351.

***) K. Z. 1848. Nr. 1.

diesem archimedischen Punkte aus, konnten wir — so hoffte ich — ruhig und stätig weiter bauen. Die erstrebte Gewissens- und Cultus-Freiheit hatte durch das Patent vom 30. März 1847 über die Civilstands-Acte der Dissidenten einen wichtigen Schritt vorwärts gethan; die Errichtung von Landrentenbanken und Hülfskassen, Steuerreformen und ein neuer Strafgesetzentwurf waren von der Regierung selber angeregt: wie hätten wir an einem weiteren stätigen Fortschreiten auf der betretenen Bahn zweifeln sollen? Italien lebte in den Honigmonaten frischer Regenerations-Hoffnungen; in der Schweiz war der Sonderbund gestürzt; in Süddeutschland veröffentlichte der Fürst Emil Karl zu Leinigen eine „Denkschrift“ an seine Standesgenossen, die deutschen Standesherren, — in welcher er sie ermahnte, auf die Zeichen der Zeit zu achten, und zu sehen, wie sie sich für unhaltbare Privilegien politische Peers-Rechte eintauschen möchten!

Da plötzlich kam der Sturm aus dem Westen und warf unsere so friedlichen und fast idyllischen Hoffnungen alle über den Haufen. Jedoch das nicht plötzlich. Zunächst blähete er nur unsere Segel, und ich schmeichelte mir noch, — er würde uns dienen, desto rascher auf der alten Bahn zum Ziele zu gelangen.

2. Gefahr im Verzuge. Anfang März 1848.

Der „vereinigte Ausschuß“ war noch in Berlin versammelt, — da brach die Kunde von der Pariser Februarrevolution herein. Schichten der Gesellschaft, welche man bisher noch in keinem Staate an solcher Stelle gesehen, hatten in Frankreich eine unmittelbare Theilnahme an der Regierung an sich gerissen. Aber so wenig sich auch noch über den nächsten Verlauf der Dinge in Frankreich selber vorher sagen ließ, — so unmittelbar einleuchtend war es doch, daß das gewaltige Ereigniß die Kreise seiner erschütternden Einwirkung auch über Deutschland ausdehnen werde.

Das erste Wort, welches die Kölnische Zeitung sprach, hieß: — festes Anschließen an das deutsche Vaterland, und Abwehr jeder Propaganda! Gleich für das nächste Blatt, das nach Ankunft genauerer Nachrichten aus Paris erschien, schrieb ich einen Leitartikel: „Deutschland und die Ereignisse in Frankreich.“ Darin hieß es: „Die Republik, welche wir gewohnt waren, in Europa höchstens noch für Stadtgebiete und kleine Landschaften, unter dem Schutze großmüthig bewilligter ewiger Neutralität für möglich gelten zu lassen — die soll nun plötzlich als Staatsform des gewaltigen Frankreichs mitten in das ohnehin wankende Staatensystem unsers Welttheils hineintreten. Und dann — welche Republik! welche provisorische Regierung! . . . Zunächst haben wir nur das festzuhalten: jener gefährliche Versuch mit seinem Segen oder Unsegen, den er bringen mag, ist eine rein französische-Angelegenheit, so lange die Franzosen strenge innerhalb ihrer anerkannten geographischen Grenzen sich halten, und wir können so lange ruhig den gewiß

lehrreichen Entwickelungen ihrer innern Geschicke zuschauen. Daß sie aber wirklich innerhalb ihrer Grenzen sich halten, daß sie wenigstens uns in den unsrigen trotz aller ihrer Propagandagelüste unangetastet lassen, — dafür nöthigenfalls mit Gut und Blut zu kämpfen und dazu alsbald uns in Bereitschaft zu setzen, das ist jetzt unsere allererste und allerheiligste Pflicht; von ihrer treuen Erfüllung hängt unsere Ehre und die nächste Zukunft unseres Vaterlandes ab .... Die allererste Forderung der Freiheit ist die, daß alles Recht und jedes Reich geschaffen werde heraus aus dem „„ureignen Geiste““ eines jeden Volkes selber. ... Unter aller einstweiligen Ungewißheit, allen theils hoffnungsvollen, theils besorgten Ahnungen der kommenden Ereignisse halten wir uns für jetzt mit unerschütterlicher Gewißheit an die Eine Wahrheit: es kann nie die Freiheit auf Kosten der Unabhängigkeit und Ehre des Vaterlands erkauft werden! Wir stimmen aus innigster Ueberzeugung und mit aller Kraft des Gemüths den mahnenden Worten unsers Dichters bei: An's Vaterland, an's theure schließ' dich an, das halte fest mit deinem ganzen Herzen, dort sind die starken Wurzeln deiner Kraft!*)

In zwei weitern Artikeln sprach ich nach wenig Tagen meine Ueberzeugung in Betreff der für Deutschland zu ergreifenden „nächsten Maßregeln" aus. In ihnen verlangte ich Vorkehrungen für eine rechtzeitige Kriegsbereitschaft Deutschlands, daneben aber auch die alsbaldige Berufung der deutschen Volksvertreter um die deutschen Throne. Denn: „dieses Eine Wort muß von allen deutschen Regierungen alsbald erklärt werden: der deutsche Bund soll in seinem ursprünglichen guten Geiste und in allen seinen von diesem belebten Artikeln fortan eine offenbare Wahrheit sein." ... Von Preußen insbesondere verlangten jene Artikel, — die Regierung solle (durch Bewilligung der Periodicität des Landtags und durch Umbildung der unpopulären Vertretungsgrundlage sowohl, wie der Competenzbestimmungen nach Maßgabe der modernern Verfassungen des übrigen constitutionellen Deutschlands) jetzt mit äußerster Beschleunigung ein „gemeines deutsches Staatsrecht schaffen helfen, das den Ansprüchen der aufgeregteren öffentlichen Meinung genüge und so auf's schleunigste die gemäßigte constitutionelle Opposition selber fest um die Regierung sammele. Der Artikel schloß: „Wir hoffen, es werden so die Regierungen die Initiative festhalten und werden jedem tumultuarischen Fordern und Petitioniren dadurch zuvorkommen, daß sie das Nähere über alle diese Punkte mit ihren ordentlichen Ständen in Berathung nehmen. Der treubewahrte feste Rechtsboden ist für Völker und Fürsten gleichsehr ein überaus köstliches Gut!"**)

Leider aber hinkten statt dessen alle Entschlüsse der Regierungen

---

*) K. Z. 1848. Nr. 60 (29. Februar).

**) K. Z. 1848. Nr. 62 und 63 (2. und 3. März).

und namentlich auch die der preußischen Regierung fortwährend den fortschreitenden Ereignissen nur schwächlich nach.

In unserer nächsten Nr. der K. Z. (3. März) brachten wir mit großer Freude die bekannte, unter dem ersten März vom „Bundestage" erlassene und vom Grafen Dönhoff unterzeichnete, „Proclamation," in welcher dieser genau dasselbe sagte, was auch wir, nämlich: — „Deutschland wird und muß auf die Stufe erhoben werden, die ihm unter den Nationen Europas gebührt; aber nur der Weg der Eintracht, des gesetzlichen Fortschrittes und der einheitlichen Entwicklung führt dahin." Aber es war hohe Zeit, daß die That überall dem Worte auf dem Fuße folge, wenn die Initiative der Regierungen noch sollte gerettet werden können. Das eben war auch wieder meine ungesäumte Antwort auf diese Proclamation.*) Es lag eben unverkennbar die höchste „Gefahr im Verzuge!" In Baden, Nassau, Würtemberg ergaben sich die Regierungen bereits auf Gnade und Ungnade. Auch in Köln selber begannen die Massen — zuerst unter der Bearbeitung zweier Ex-Lieutenants (Anneke und Willich) — bereits wild zu gähren und die Mittelklassen in schlimme Beunruhigung zu bringen. Am 3. März schon hatten tumultuarische Haufen, unter der Führung der oben Genannten und eines Dr. Gottschalk, den Gemeinderath belagert und demselben eine Sturmpetition eingebracht, welche z. B. auch „Garantie der Arbeit" und „Erziehung aller Kinder auf öffentliche Kosten" enthielt. Bei dieser Gelegenheit schon waren gegen die Köln. Zeitung die ersten tumultuarischen Drohungen versucht worden. Am folgenden Abende darauf wurde, unter hauptsächlichem Einfluß des Herrn Raveaux, eine Bürgerpetition zu Stande gebracht, welche unter anderm — „Aufhebung der stehenden Heere und Einführung einer Volksbewaffnung mit freier Wahl der Führer durch das Volk" begehrte! In diese Lage hinein langte am 7. März aus Berlin die „Thronrede" in Köln an, mit welcher der König am 6. März die Sitzungen des „vereinigten Ausschusses" geschlossen und die Bewilligung der „Periodicität des vereinigten Landtags" verkündet hatte. Von Deutschlands Stellung in Europa, von Bundesreform und von militairischem Schutze der Freiheit und der Ordnung nach allen Seiten — von allem dem, worüber aus Berlin bald etwas zu hören alle Patrioten am Rheine und in Süddeutschland schmachteten und lechzten, — von alle dem war da noch gar keine Andeutung! In Berlin glaubte man noch immer Zeit vollauf zu haben.

Mit wahrer Herzensangst drang die Kölnische Zeitung, die hierin nur die Stimmung aller intelligenten und notabeln Patrioten vom Rheine aussprach, auf eine thatkräftigere Initiative Preußens. Gleich nach Ankunft des Wortlauts der gedachten „Thronrede" erklärte ich in meinem nächsten Leitartikel: „In dem größten und gegenwärtig bei weitem wichtigsten Theile des gemeinsamen größeren Vaterlandes,

---

*) K. Z. 1848. Nr. 64 (4. März).

im ganzen Süd-Westen Deutschlands, wird heute das Gefühl — nicht erfüllter Hoffnung sicherlich das überwiegende sein. . . . Vor wenigen Wochen wären die vom Throne herab verkündeten Zugeständnisse wahre Boten des Friedens, der Einigkeit und Kraft für alle Provinzen und Stände der Monarchie gewesen; heute sind die politischen Bedürfnisse — durchaus ganz andere geworden. . . . Nur wenn in Preußen die Regierung auch jetzt wieder, wie 1813, sich mit muthigem Vertrauen an die Spitze der unter ihrer Führung zu regelnden Bewegung stellt, nur dann möchte für Deutschland im Innern und nach Außen . . . ein hinlänglich kraftvoller Mittelpunkt aller Autorität und alles Patriotismus erhalten bleiben." *) Drei Tage später wiederholte ich: „Die Freiheit und ausgedehnte bürgerliche Regierung bedarf, damit sie nicht in Anarchie ausarte und so sich selber zerstöre, einer den Gränzstreit der Befugnisse schlichtenden, den öffentlichen Frieden und das gemeine Recht unbeugsam schirmenden ungebrochenen Macht und Hoheit der Staatsgewalt, und Alles ist bedenklich, was den Bestand dieser gefährden kann. Wer aber will leugnen, daß die jüngst vergangenen und großentheils noch fortgehenden deutschen Ereignisse diesen Bestand moralisch zu untergraben drohen? . . . Wenn wir sähen, daß Preußen die Lage (die „Ohnmacht der Kleinstaaterei") richtig würdigte, so würden uns die Dinge in Deutschland keineswegs beängstigen; im Gegentheile, wir würden uns freuen, daß Deutschlands Entwicklung endlich einmal einen rascheren Gang angenommen hat; aber . . . conservativ ist gegenwärtig nichts, als die besonnene Entschlossenheit, conservativ für Preußen ist nichts, als der Entschluß, sich an die Spitze der Bundesrevision zu stellen!" . . . **) — Folgenden Tages kam uns aus Berlin das inzwischen (am 13. März) erschienene „allerhöchste Patent," welches den vereinigten Landtag auf den — 27. April nach Berlin berief und die deutschen Fürsten zu einer Conferenz wegen der „Regeneration des deutschen Bundes" auf den 25. März nach Dresden einlud. Namentlich sollte aber bezüglich des letzteren Werkes — Oesterreichs Stellung nicht präjudicirt werden. Als ob noch immer Zeit genug zu verlieren, noch immer die unlöslichsten Knoten gemächlich diplomatisch hin und her zu schieben seien! Die „rothe Revolution" hatte selbst Rußland den Muth bereits gelähmt und Metternich's affectirte Ruhe und Unthätigkeit konnte die nationale Gährung im österreichischen Kaiserstaate niemals niederschlagen. Jetzt oder nie — so glaubten die intelligentesten Männer am ganzen Rheine — jetzt oder nie war es für Preußen die gelegenste Zeit — Entschlossenheit zu zeigen und sich und Deutschland durch eine von der Noth gebotene kühne Usurpation gründlich zu retten. Noch Ein Mal mahnte deshalb die K. Z. an die Dringlichkeit des Augenblicks, die langwierige Fürstencongresse nicht mehr zulasse, und rief aus: „Möchte

---

*) K. Z. 1848. Nr. 71 (11. März).
**) K. Z. 1848. Nr. 74 (14. März).

deshalb Preußens König nun seine Bundesgenossen alsbald einladen, von Dresden mit ihm nach Frankfurt aufzubrechen und dort, gemeinschaftlich und mit Zuziehung hervorragender Volksvertreter, Deutschlands Wiedergeburt zu unternehmen. Dies wäre — der entscheidende, rettende Schritt, den zugleich ein erläuternder Aufruf allem Volke verständlich zu machen hätte."*)

In denselben Tagen war auch eine Deputation Kölns und anderer rheinischen Städte nach Berlin abgegangen, um gleichermaßen vom Könige Beschleunigung und kühnere Initiative zu erbitten; aber es war zu spät! Metternich in Wien war bereits gewaltsam gestürzt und auch in Berlin hatte unsere rheinische Deputation nur noch einem Umsturze der Dinge beizuwohnen, — der uns die alten Fortschrittsbahnen für's Erste verschüttete.

*) K. Z. 1848. Nr. 78.

III. Zeitraum der deutschen Täuschungen.

1. Der Umsturz und die Reichs-Proclamation. Vom 18. März bis Mai 1848.

In Wien war am 14. März der Fürst Metternich und sein System gestürzt. Der Oesterreichische Beobachter hatte folgenden Tages der Welt verkündet: „Durch eine Bewegung in den Gemüthern der Einwohner Wiens ist eine Veränderung in der Verwaltung dieses Landes herbeigeführt, welche in dem naturgemäßen Gange der europäischen Länder zu liegen scheint.“ Diese Ansicht von dem: „naturgemäßen Gange“ kam dem Oest. Beobachter etwas spät! Dafür war die alte Kaiserstadt jetzt unter die Herrschaft der Aula gefallen. — Zugleich mit solcher Kunde aus Wien kam nach Köln (am 20. März) aus Berlin — das Allerhöchste Patent vom 18. März, durch welches nun wirklich der „vereinigte Landtag“ schleuniger berufen und alle wesentlichen Forderungen einer ernstlichen Bundesrevision von Sr. Majestät adoptirt waren. Leider aber brachte uns mit dem Patente die zurückkehrende Deputation sogleich die erste Nachricht von einem bedenklichen Straßenaufruhr auch in Preußens Hauptstadt. Die Post des folgenden Tages (21. März) überbot alle Befürchtungen durch die königliche Proclamation vom 19. März und die Kunde von dem befohlenen Abzuge der Garnison. Sofort, am selben Tage noch, wurde auch in Köln die dreifarbige Fahne auf dem Domkrahnen aufgepflanzt, und die Demokraten verstärkten, die Ultramontanen begannen ihre preußenfeindlichen Wühlereien. „Preußens Macht ist gebrochen, das Königthum in Berlin ist todt,“ — so hieß es in allen Kaffehausclubs und Wirthshausversammlungen, wo nun (vom 20. März ab) alle Tage so zu sagen „souveraines Vorparlament“ gespielt wurde.

Was that unter diesen anarchischen Umständen die Kölnische Zeitung? Der Verleger war mit mir einverstanden, daß Preußen und die Constitutionelle Monarchie für Deutschland noch nicht verloren seien und daß es bei dieser Ueberzeugung für uns Gewissens- und Ehrenpflicht bleibe, unser altes monarchisches und preußisches Banner hochzuhalten. Nur die Umstände hatten für uns gewechselt, unsere wesentlichen Ziele blieben die alten. Hatte die Kölnische Zeitung früher ein festes Recht für

3

die Volksvertretung verlangt; jetzt schien es Zeit, für das feste Recht der Krone zu streiten, — mit Vorsicht zwar, doch vor allem auch mit Muth.

Mein erster Leitartikel nach Ankunft der Schreckenskunde aus Berlin ermahnte sofort: „Verkennen wir es nicht: durch die Ereignisse von Wien und noch mehr durch die folgenden von Berlin ist unsere heutige Lage und nächste Aufgabe eine ganz neue und ganz andere geworden! . . . . Es wird nunmehr der festesten Zusammenschaarung aller einsichtigen Freunde des Vaterlandes um den bedrohten Thron bedürfen, wenn auf dem Straßenpflaster von Berlin nicht Edleres verbluten soll als die moralisch längst gerichtete absolute Monarchie." Die Regierung in Berlin beschwor der Artikel — Alles zu vermeiden, was Mißtrauen in die Aufrichtigkeit der von ihr gemachten Concessionen hervorrufen könnte, und er bedauerte in dieser Beziehung sehr, daß gerade jener Graf Arnim an die Spitze des neuen Ministeriums berufen war, der noch vom ersten vereinigten Landtage her in dem allgemeinsten Rufe listiger Feinheit stand. Das gesammte rheinische Bürgerthum dagegen mahnte derselbe Artikel: „Verkennen wir nicht, daß die einzige noch wirklich zu fürchtende Gefahr die Anarchie ist. Die rasche Regeneration Deutschlands beruht ganz vorzüglich darauf, daß Preußen stark und mächtig — der König durch das Volk, das Volk durch den König gestützt — das Werk beginnen könne. Wir wollen als freie und treue Männer helfen, daß das Ziel erreicht werde. Wir wollen im entscheidenden Augenblicke beweisen, was wir in andern Zeiten nicht aufgehört haben zu behaupten, daß die Rheinländer Verlangen tragen nach der Freiheit, daß aber dies Verlangen im Bunde geht mit dem ernsten Entschlusse, festzuhalten an der Monarchie, festzuhalten an Preußen. . ." *)

Da erreichten uns des Königs neue Proclamation vom 21. März und die Schilderungen des bekannten königlichen „Umrittes" in Berlin. Die neue Proclamation hob unsere liebsten Hoffnungen. Der König erklärte: „Deutschland ist von innerer Gährung ergriffen und kann durch äußere Gefahr von mehr als Einer Seite bedroht werden. Rettung aus dieser doppelten dringenden Gefahr kann nur aus der innigsten Vereinigung der deutschen Fürsten und Völker unter Einer Leitung hervorgehen. Ich übernehme heute diese Leitung für die Tage der Gefahr. Mein Volk, das die Gefahr nicht scheut, wird mich nicht verlassen, und Deutschland wird sich mir mit Vertrauen anschließen. Ich habe heute die alten deutschen Farben angenommen und Mich und Mein Volk unter das ehrwürdige Banner des deutschen Volks gestellt. Preußen geht fortan in Deutschland auf. Als Mittel und gesetzliches Organ, um im Verein mit Meinem Volke zur Rettung und Beruhigung Deutschlands voranzu-

*) K. Z. 1848. Nr. 82.

gehen, bietet sich der auf den 2. April bereits einberufene Landtag dar. Ich beabsichtige in einer unverzüglich näher zu erwägenden Form, den Fürsten und Ständen Deutschlands die Gelegenheit zu eröffnen, mit Organen dieses Landtags zu einer gemeinschaftlichen Versammlung zusammen zu treten 2c."

Die Kölnische Zeitung begrüßte „des Reiches Wiedergeburt"; sie mahnte aber auch, dem großen Worte eine entsprechende That gleich folgen zu lassen und die „Mannschaften des Reichs" alsbald in Kriegsbereitschaft unter die Fahne zu rufen. Entweder ein auswärtiger Krieg mußte in der Nation alle andern Rücksichten vor der Einen nationalen verstummen lassen und die deutschen Heere sofort verschmelzen, oder aber die Anarchie im Süden mußte so wachsen, daß die dortigen Hauptstädte preußischen Schutz mit Freuden anrücken sahen. Auf jeden Fall, wenn die Proclamation, d. h. die übernommene „Leitung" wahrgehalten werden sollte, so mußte man in Berlin Plane alsbaldiger kühner Machtentfaltung gefaßt haben; daran konnten wir damals noch nicht zweifeln. Deshalb wagte die Kölnische Zeitung es unbedenklich, indem sie das neue Banner als ein künftiges segensreiches „Friedensbanner" begrüßte, doch sofort frischweg hinzuzusetzen: „aber — es wird das neue schöne Friedensbanner seine Weihe sich im Blute seiner Feinde holen müssen."*) In Süddeutschland schürte alsbald wirklich der Particularismus mit den Republikanern und den Ultramontanen einträchtigst zusammen am Preußenhasse, und Alles erging sich dort gemeinsam in den ausschweifendsten Schmähungen. In Berlin wie in mehreren Provinzial-Hauptstädten Preußens tagten die Clubs und beriethen, als „souveraines Volk," was sie den Provinzial- und Staatsbehörden befehlen wollten. Unterdessen aber that die Central-Regierung zu Berlin — von Anstalten zur versprochenen „Leitung Deutschlands" ganz zu schweigen, — selbst im eigenen Lande so gut wie gar nichts, und — die betreffenden Provinzialregierungen halfen ihr dabei! Von Köln kann ich erzählen, wie es da aussah. An der Spitze der Regierung stand die ersten Tage noch immer derselbe Herr von Raumer, welcher schon 1846 sich so rathlos gezeigt hatte. Das „souveraine Volk", das sich im Stollwerk'schen Kaffeehause zu versammeln pflegte, sandte ihm seine Deputationen und Petitionen, und der Herr Präsident versprach dann etwa, dieselben telegraphisch nach Berlin zu spediren und telegraphisch Antwort zu besorgen, oder dergl. Die Kölnische Zeitung aber, verlassen von jeder Ermuthigung und jedem Schutze der obersten Civil-Behörde, — sie schaffte Waffen und Befestigungsmittel in's Haus, um unsere Personen und vor allem ihre Pressen gegen Gewalt mit Gewalt zu vertheidigen. Die Beschlüsse des „souverainen Volks" unter den localen Nachrichten mitzutheilen, konnte sie nicht ablehnen; aber durch keine Drohung hat sie sich jemals ein dieselben lobendes Raisonnement aufdrängen lassen und niemals

*) K. Z. 1848. Nr. 84.

hat sie das alte preußische und monarchische Banner ihrer Leitartikel verhüllt! Hätte in jenen Tagen der Herr Regierungspräsident nur halb so viel Muth und Festigkeit gezeigt, wie der Verleger und Herausgeber der Kölnischen Zeitung, Herr Dümont, so würde unsere Lage eine wesentlich leichtere gewesen sein. Aber auch so hielten wir unsere Fahne aufrecht! Das sind Thatsachen, deren man sich in Berlin eben so gut noch erinnern sollte, wie in Köln; — statt dessen aber darf sich dort jetzt die schnödeste Lüge gegen die Kölnische Zeitung breit machen!

Wir stehen hier nämlich bei eben den Tagen, in welchen, wie die N. Pr. Zeitung später hundertmal ihren Lesern erzählt hat, „die Kölnische Zeitung den preußischen Adler fliegen ließ“ und damit — „Preußen absagte.“

Es ist richtig, daß die Kölnische Zeitung mit dem 1. April 1848 einen neuen Titelkopf erhielt, und zwar ohne den bisherigen Adler. Der Titelkopf mußte erneuert werden, weil der Adler verschlissen war; jeder typographische Sachverständige wird das bestätigen, der den Adler des letzten Quartals sich ansehen will. Aber der einfachere Titel ist ohne jeden Nebengedanken und ganz arglos und harmlos angenommen. Die Art, wie von den Gegnern die Aenderung ausgebeutet wird, zeigte uns allerdings hinterher, daß der Augenblick nicht gut gewählt war. Indeß, den direktesten und genügendsten Beweis, wie die Kölnische Zeitung selber nicht daran dachte, mit dieser Aenderung „Preußen absagen“ oder auch nur ihre bisherige preußische Farbe und Fahne verbergen zu wollen, den liefern vollständig und schlagend die gleichzeitigen Leitartikel. In dem Blatte vom 30. März, also eben am Vorabende des Titelkopf-Wechsels, besprach ein Leitartikel von mir „das künftige Bundes-Oberhaupt.“ Der Artikel erklärte sich gegen den Gedanken eines Wahlkaisers und ganz entschieden für das Kaiserthum bei der Krone Preußen. Da hieß es, nach versuchter Widerlegung einiger süddeutschen und ultramontanen Gegengründe gegen die Person des gegenwärtigen Trägers der preußischen Krone, wörtlich also: „Allein auf alles das kommt es nicht an. Es kommt auch nicht darauf an, daß der König unläugbar ein „„Herr von großen Gaben des Geistes und Gemüthes ist““: es kommt nicht sowohl darauf an, welche Person, als welcher deutsche Staat an die Spitze von Deutschland trete. . . . Hier spricht nun aber Alles für Preußen, zunächst schon, daß es der mächtigste der rein-deutschen Staaten ist.“*) In dem Blatte vom 1. April, also in dem ersten ohne Adler, brachte ich einen Artikel über das „Constitutionelle System“, in welchem ich die alte Fahne des „festen Rechtsbodens“, die ich 1846 bis 1847 so oft gegen die Parteigänger des Absolutismus vertheidigt hatte, jetzt gegen die Parteigänger der Revolution abermals hoch emporhob. Der Artikel bekämpfte die, welche für Preußen

*) K. Z. 1848. Nr. 90.

eine Constituirende Versammlung ohne vorherige Genehmigung derselben durch einen wiederberufenen „vereinigten Landtag" verlangten. „Wir sind," hieß es in demselben — „vor wie nach die treuen Vertreter des Rechtsbodens; wir verkennen auch heute die Wahrheit nicht, die 1811 den Protesten der Ritter von Beeskow-Storkow zum Grunde lag. Wir halten dafür, es sei wünschenswerth, daß der vereinigte Landtag baldigst zusammentrete, um zur erforderlichen Wahlreform seinen verfassungsmäßigen Beirath zu geben, damit der bisher gewahrte legale Weg auch ferner gewahrt bleibe, und damit die Reaction, die sich in den mittlern Provinzen schon bedenklich regt — auch keinen Schein formellen Rechts erhalte."*) Und gleich am folgenden Tage besprach einer meiner Mitredacteure, unter dem Titel: „Oesterreichs Lage" — abermals die Nothwendigkeit eines kräftigern Preußischen Principats. „Dunkle Gewitterwolken," sagte er „stehen an unserm Horizonte; es gilt, daß eine kräftige Hand das erschütterte Staatsschiff durch den Sturm hindurch führe. Es ist keine Zeit, Experimente zu machen und das gesunde Urtheil durch romantische Rückerinnerungen und die leidenschaftliche Erregung des Augenblicks trüben zu lassen. Preußen ist der Staat, der heute allein der Gefahr gewachsen ist, und Deutschland muß sich an jene Versöhnung anschließen, die in Berlin zwischen dem Könige und seinem Volke, zwischen dem Heute und der Vergangenheit in großartiger Weise durchgeführt worden ist; es muß die Gefühle und Erinnerungen, welche ihr ein preußisches Principat nicht wünschenswerth machen, um des Wohls des Vaterlandes willen zum Opfer bringen."**) — So hat die Kölnische Zeitung damals Preußen abgesagt!!

Aber Preußen schien selber — sich „abgesagt", wenigstens sich verloren zu haben. Ganze Wochen waren verflossen seit der Proclamation vom 21. März, — und noch war nicht die geringste entsprechende That gefolgt oder auch nur sichtbar vorbereitet! Wohl hatte Preußen das Reichsschwert für Schleswig-Holstein übernommen. Die Gelegenheit war da. Europas feindliche Hauptmächte waren von Revolutionsfurcht gelähmt, und in Deutschland brannte in allen Gemüthern der Wunsch, Preußens geordnete Macht an die Spitze der nationalen Wiedergeburt treten und die wachsende Anarchie der Geister durch den gewaltigen Ruck eines glorreichen Entschlusses beendet zu sehen. Aber — die erwartete allgemeine Mobilmachung kam nicht! In Posen war nichts als Verwirrung, in Holstein nichts als Zögern und Competenzbedenklichkeit! Ueber letztere schrieb ich am 19. April: „Wir sind treue Anhänger des „„Rechtsbodens"" und wo er durchbrochen ist, wünschen wir ihn überall bald möglichst hergestellt; wir haben dem vereinigten Landtage die Rechte gewahrt, die er noch üben konnte; wir wollen, daß der Bundestag, so weit es ohne Verzögerung geschehen

*) K. Z. 1848. Nr. 92.
**) K. Z. 1848. Nr. 93.

kann, dem Nothwendigen seinen formellen Segen mitgebe; — aber wir können keinen völligen Götzendienst mit der Form treiben! Wir wollen nicht das Leben dem Tode, die Sache dem Scheine opfern, nicht zur Vermeidung der Usurpation der Anarchie in den Rachen steuern! In den Zeiten der Gefahr — da ist das Recht bei der Kraft, nicht bei dem Auftrage. Man protestirt gegen die „„usurpirte Hegemonie"". Wohlan! — wen das Wort verletzt hat, die That wird ihn versöhnen. Das Wort ist dem Mißverständnisse und dem Zweifel ausgesetzt; die That führt die rechtliche und politische Evidenz mit sich! Deshalb — nur nicht geschwankt, nur frisch gehandelt! . . . Das vorzüglich haben Preußens Staatsmänner jetzt zu bedenken — in Schleswig, Polen, daheim, allüberall will man vor allem Andern Muth und entschiedenes Handeln sehen, und alle Seelen vertrauen ihnen, sobald sie sich nun selbst vertrauen. Ja, die Initiative, die „„Usurpation"" — gerade die Usurpation ist es, welche die ganze deutsche Nation verlangt, fordert, um aus den Halbheiten einmal wieder zu klaren, einfachen und entschiedenen Verhältnissen zu kommen, aus den zweifelhaften, ängstigenden Möglichkeiten zu ermuthigender, thatkräftiger Wirklichkeit! . . . Wohlauf denn, ihr preußischen Staatsmänner, werft hinweg die diplomatischen Bedenklichkeiten! Das Volk, dessen Gedanken ängstlich anarchisch umherschwärmen, findet alsbald sich wieder, sobald ihr zeigt, daß ihr euch gefunden habt! es — wenigstens der überwiegende, treue und kernhafte Theil desselben — wird zu allen Opfern bereit sein, sobald ihr ihm bestimmt sagt, welcher Opfer ihr bedürft! Und es wird sich bereichern durch diese Opfer; denn sie erwerben ihm den Hort alles Reichthums, den Schatz des Vertrauens zu sich selber, zu dem Staate, den es trägt und von dem es getragen wird! . . . Thaten! oder — die Worte vom 21. vorigen Monats hat bald der Wind verweht!"*)

Dies war indeß nicht mehr der Ausdruck frischer Hoffnung, sondern nur noch das Anklammern der beginnenden Verzweiflung. Die Worte vom 21. März hatte bereits der Wind verweht, — darüber konnte man sich damals schon nicht mehr täuschen. Auf eine andere, längere Bahn zum Ziele mußte der Blick sich richten!

2. Die Verfassungs-Vereinbarung in Berlin. Vom Mai bis December 1848.

Die Hoffnung auf eine rasche Wiedergeburt des deutschen Reichs mittels solcher kühnen Initiative Preußens, wie die Proclamation vom 21. März dieselbe in Aussicht gestellt hatte, mußte schon in den letzten Wochen des April aufgegeben werden. Man mußte von nun an zusehen, was die inzwischen nach Frankfurt und nach Berlin einberufenen beiden Verfassungsparlamente schaffen, und ob nicht innerhalb derselben die verschiedenen, weit auseinandergehenden Ansichten, die in der Nation

*) K. Z. 1848. Nr. 111.

vorhanden waren, sich auch ohne jede wahrhaft geniale Initiative von oben vielleicht ausgleichen möchten. Vielleicht konnten sich ja günstigere Stimmungen durch neue Ereignisse unerwartet ergeben!

Zunächst war meine Zuversicht nicht eben groß. Daß man nun gar beide Versammlungen gleichzeitig wollte tagen lassen, das mußte jede Hoffnung noch mehr herabstimmen. War es der Regierung in Berlin mit dem Programme vom 21. März noch Ernst, dann mußte sie, — so schien es — nachdem die damals angekündigte Berufung der deutschen Reichsversammlung nach Berlin mißlungen war, alle ihre Kraft und Aufmerksamkeit auf Frankfurt concentriren und Alles aufbieten, dort in einer provisorischen Centralregierung die Leitung der Versammlung in die Hand zu bekommen. In diesem Sinne sprach sich noch der Leitartikel der Köln. Zeitung vom 8. Mai*) aus. Allein — man wollte nicht zu Berlin. Warum wohl wollte man nicht? Jedenfalls glaubte ich jetzt, da auf dem gleichzeitigen Tagen beider Versammlungen von der preußischen Regierung hartnäckig bestanden wurde, der Berliner „Vereinbarungsversammlung" und überhaupt den dortigen Vorgängen die meiste Aufmerksamkeit zuwenden zu müssen. Sollte der Bau des Reiches gelingen, so kam, sofern nicht neue Revolutionen dazwischen traten, ohne Zweifel bei Weitem das Meiste auf die Kraft und den guten Willen der preußischen Regierung an.

In Berlin aber — sah Alles noch sehr trostlos aus! Nicht nur die Berichte über Straßen- und Zeltenclubs und tumultuarische Demonstrationen mit Geschrei über „Reaction" und „Verrath" wiederholten sich in kurzen Zwischenräumen, — auch innerhalb der Versammlung selber schien die Saat des Mißtrauens bald sehr reichlich aufzugehen. So gewiß ich wußte, daß die Behauptung falsch war, das Ministerium Camphausen begünstige wissentlich die „Reaction", so wollte es doch auch mir gar nicht einleuchten, daß der vom Ministerium vorgelegte Verfassungsentwurf so wenig Bestimmungen enthielt, welche (durch eine rasche Festsetzung des Ablösungswerks, der neuen Landgemeinde- und Kreisordnungen ꝛc.) für die schon im Stein'schen Testamente geforderten socialen Grundlagen des künftigen politischen Repräsentativsystems sorgten. Man mußte, so schien es mir, die gefürchtete Reaction rasch und factisch in ihren socialen Wurzeln zerstören, wenn nicht das ganze Gebäude von „Kammern" ꝛc. ein gebrechliches Kartenhaus bleiben sollte. Für den Augenblick freilich bildeten die Abgeordneten der östlichen Provinzen die fortschrittseifrigsten — zum Theil toll radicalen — Fractionen der Versammlung. Aber eben diese wilde Ueberstürzung mußte nur um so mehr zeigen, wie verderblich und verwirrend die dortigen socialen Verhältnisse wirken. Darum sprach sich die Kölnische Zeitung allerdings etwas mißmuthig über den von der Regierung vorgelegten Verfassungsentwurf aus.**) Aber völlig entschieden und offen

---

*) K. Z. 1848. Nr. 129.
**) K. Z. 1848. Nr. 148.

wahrte sie auch nach der andern Seite ihr Programm und ihren „echt constitutionellen“ Vereinbarungs-Standpunkt, in dem sie fest und scharf alle ganzen und halben Anträge auf „Anerkennung der Revolution“ bekämpfte,*) und eben so den damals sogar bis in die Rechte hinein populären Gedanken eines „suspensiven Veto's“ der Krone unbedingt verwarf. „Ein suspensives Veto“ — so erklärte die Köln. Zeitung in einem Artikel, in welchem ich zugleich das Zwei-Kammersystem gegen die Liebhaber nur Einer Kammer vertheidigte — „könnte sonst materiell vollkommen genügen, aber die ausdrückliche Begrenzung des Veto's mit der ausdrücklichen Annahme, die Krone könne ihr Veto weiter erstrecken wollen, müssen wir als durchaus unmonarchisch bekämpfen. Soll eine Monarchie sein — dann ist es unumgängliche Bedingung und im Begriffe der Monarchie selber enthalten, daß der Monarch als solcher nie formell gezwungen werden kann. . . . Taumeln wir nicht, in dem Wahne, wahre Freiheit zu gewinnen, der Tyrannei in die Arme! Mitregieren den ganzen Staat, das können nur Wenige; aber gegen übermäßiges Regiertwerden kräftig geschützt sein — das können und wollen wir Alle!“

Die Köln. Zeitung verfolgte eben bezüglich der Verfassungsfragen im Sommer 1848 zur Zeit der Vereinbarungsversammlung noch genau dieselben Ziele, wie im Sommer 1847 zur Zeit des „vereinigten Landtags“. Eben so entschieden, wie sie 1847 von der Regierung für die Volksvertretung einen gleich festen „Rechtsboden“ neben dem der Krone gefordert hatte, eben so entschieden forderte sie 1848, allen Souverainetätsgelüsten der Berliner Vereinbarungsversammlung entgegen, eine volle Anerkennung der monarchischen Ehre, wie solche in dem Musterlande der constitutionellen Monarchie, in England, Verfassung und Sitte durchdringt. Ist der Gedanke einer constitutionellen Monarchie nur eine Illusion; — wohlan, den Ruhm wird man mir doch lassen müssen, daß ich ehrlich für dieselbe gestritten habe, — unparteilich nach beiden Seiten, wie eben der Wechsel der Umstände den Wechsel der Frontstellung nothwendig machte!

Aber immer hoffnungsloser entwickelten sich die Zustände in Preußen. Die Demokraten wühlten in Berlin, wie im ganzen Süden und Westen Deutschlands, die Junker in Pommern, Preußen und der Mark, — und jeder Theil brauchte bei seinen Wühlereien die des Gegenparts als scheinbarsten Vorwand und wirksamsten Hebel! Die Junker mußten dabei natürlich am meisten gewinnen. Sie hatten reichere materielle Mittel und höhere persönliche Connexionen, welche den Demokraten vollständig fehlten, und sie konnten sich sogar zuversichtlich schmeicheln, den Mittelstand aus Demokraten-Furcht auf ihre Seite treten zu sehen, wenn es nur gelang, die Wühlerei und die

*) Z. B. in der Besprechung der Debatten über den bekannten Berend'schen Antrag. K. Z. 1848. Nr. 169 (13. Juni).

allgemeine Unsicherheit der Gemüther gehörig zu verlängern. Es ist für mich kein Zweifel, daß der zu Berlin hinter den Barricaden abgefaßte Graf Bresler nicht der Einzige war, der im Interesse der Reaction demokratische Wühlerei trieb! Unter diesen Umständen mußte der constitutionellen Partei Alles daran gelegen sein — den bürgerlichen Mittelstand fester organisirt zu sehen. Es bildeten sich die „constitutionellen Bürgervereine“ und der Verein in Köln wurde der „Vorort“ der verbündeten Vereine im Rheinland und Westphalen. Allein — in den östlichen Provinzen hatte unser maßvolles constitutionelles Programm keinen Beifall — und in unsern eigenen rheinisch-westphälischen Vereinen war bei vielen Mitgliedern weit mehr die „Heulerei“ d. h. die Demokratenfurcht — vorherrschend, als das ernste Streben, in geschlossener Phalanx und mit allen nothwendigen Opfern gegen Rechts und Links gleichmäßig Front zu machen. Ich schrieb einen warmen Artikel gegen die „Heulerei“ und „Piepmeierei“ — und mahnte zum thätigen Selbstvertrauen des Mittelstandes als dem einzigen Mittel — die öffentliche Stimmung zu beruhigen, Handel und Gewerbe wieder in Schwung zu bringen und die Zukunft zu sichern. Denn, sagt der Artikel: „Allerdings siechen Handel und Gewerbe, weil es am Vertrauen fehlt, aber es fehlt an keinem Anderen so sehr, als am — Selbstvertrauen! Die öffentlichen Zustände erscheinen uns darum so unsicher, weil wir auf unsern eignen Muth, unsre eigne Hingebung für die öffentliche Ordnung selber nicht fest zu bauen wagen! . . . Soll ich euch sagen, was der Fluch der jetzigen Zeit ist, — ein Fluch, den wir nicht abschütteln können und an dem wir mit Kind und Kindeskindern zu Grunde gehen werden — das ist unsere Feigheit, vermöge welcher Niemand wagt, seine Pflicht zu thun, sobald sie mit irgend einer Gefahr verknüpft ist . . . — Zurückkehren in eben jenen Polizeischutz, der uns so feig gemacht, der uns so kläglich demoralisirt hat, das dürfen wir nimmermehr, wenn das Uebel nicht unheilbar, und unsere Enkel nicht gehorsame Knechte — vielleicht des russischen Reichs sein sollen! Genesen können wir nur in der Luft der Freiheit.“ *) — Aber mit Zeitungspredigten ist einem Volke der Geist der Selbstberathung und der Selbsthülfe nicht einzuflößen, wenn ganze Generationen hindurch die öffentlichen Zustände und alle staatlichen Einrichtungen darauf gerichtet waren, diese moralischen Kräfte einschlafen und verkommen zu lassen!

Das Ministerium in Berlin arbeitete inzwischen, unsers Erachtens, den Junkern eben sowohl in die Hände, wie die Demokraten innerhalb und außerhalb der Versammlung. Camphausen war zurückgetreten, — R. v. Auerswald war der Präsident, Hansemann, wie man glaubte, die Seele des neuen Ministeriums. In den Centren der Versammlung waren schon, seit Camphausen's Rücktritt, die Anfänge einer bedenklichen Portefeuille-Jägerei sichtbar geworden. Noch mehr

*) K. Z. 1848. Nr. 170.

gerechtes Mißtrauen an dem gedeihlichen Ausgange der gesammten Verfassungsvereinbarung erzeugten die immer ärger sich häufenden Interpellationen und ungeschickten Anträge der Linken. Das Ministerium seinerseits, statt fort und fort auf die Vollendung der Verfassungs-Arbeit zu dringen und Tag und Nacht daran arbeiten zu lassen, über Grundlasten, Gemeinde- und Polizei-Verwaltung des platten Landes ꝛc. einige rasch ausführbare Gesetze zu entwerfen und durchzutreiben, um so der reactionären Wühlerei mit der demokratischen zugleich die Sehnen zu durchschneiden, — das Ministerium schien überwiegend darauf bedacht, gegen die Demokratie einige blos äußerliche Widerstandsmittel vorzubereiten. Zuletzt führte es selber, durch eine unverantwortliche Nonchalance in Behandlung der Versammlung, den unseligen September-Conflict wegen des bekannten (den reactionären Geist der Armee betreffenden) Stein'schen Antrags herbei. Die Kölnische Zeitung hat sich in dieser Krise mit aller Energie*) gegen die Souverainetäts-Gelüste der Versammlung, gegen die Grundsätze der Schulz und Bucher, gegen die Zweideutigkeit der Abstimmung Unruh's ausgesprochen; — aber das Verhalten des Ministeriums vertheidigen konnte ich nicht. Meine Ueberzeugung ist noch heute, wie damals, daß das Ministerium einen erheblichen Antheil an der Schuld jenes Conflictes trägt. Das Ministerium suchte bei seinem Rücktritte sogar noch dem unglücklichen Beschlusse vom 7. Sptr. den schlimmsten Sinn unterzulegen, statt seinem Nachfolger möglichst die Wege der Verständigung zu bahnen. Was bedeutete das? Was ging im Hintergrunde vor? Wir am Rheine wußten es nicht und noch heute ist es nicht völlig enthüllt. Ich aber hielt es für Pflicht — immer noch für allseitige Mäßigung, für loyale Vollendung der Vereinbarung zu schreiben, — so sehr auch von Tag zu Tag meine längst schon geringe Hoffnung noch mehr zusammenschwand. Die Presse des Bülow-Kummerow'schen Junker-Parlaments, das eben in Berlin tagte, und die „Preußenvereine" wurden immer kühner und höhnischer. Ende Septembers sagten wir es beklommenen Herzens voraus: „. . . Noch einige solche Wochen, wie diese letzten, und die Linke wird, — was bis jetzt nicht der Fall ist, die Majorität in der Versammlung bilden, und dann werden die neuen Forderungen auf eine Höhe steigen, daß Niemand mehr mit Sicherheit zu sagen weiß, was schlimmer sein wird, das Gewähren oder das Verweigern derselben."**) — Und so kam es —!

Das „außer-parlamentarische" Beamten-Ministerium Pfuel-Eichmann ward berufen. Daß dieses einen Theil der Versammlung, besonders das sogenannte linke Centrum mißstimmen mußte, war begreiflich. Um so mehr drang die Köln. Zeitung darauf, daß Ministerium und Versammlung beide dahin wirkten, die Verfassung zum Abschluß

---

*) Man sehe besonders die Leitartikel in K. Z. Nr. 253, 254, 256, 257, 259.

**) K. Z. 1848. Nr. 261 (22. September)

zu bringen und die Schranken des „Rechtsbodens vom 8. April“ gewissenhaft festzuhalten*). Das Ministerium zeigte aber statt Festigkeit die äußerste Schwäche, und die Versammlung schlug ebenfalls immer haltungsloser nach der Linken über, — während General Wrangel so eben mit seinen militärischen Vorbereitungen völlig fertig wurde und gleichzeitig die Straßen-Demokratie, gerade als ob sie dafür bezahlt gewesen wäre, ihre Excesse täglich steigerte. Dazu kam jetzt die Wiener October-Revolution mit der Flucht des Kaisers, der Agitation der Slaven und der schließlichen Eroberung Wiens durch die Generale Windischgrätz und Jellachich. Es kam in Berlin die berüchtigte „Vernagelung des Sitzungssaales“ der Versammlung und der November-Conflict mit seinem Ministerium Brandenburg-Manteuffel.

Welche Stellung behauptete da die Kölnische Zeitung in dieser traurigen Schluß-Krise der preußischen Vereinbarung?

Schon am 22. October hatten die Abgeordneten der „constitutionellen Vereine Rheinlands und Westphalens“ zu Köln getagt und unter Anderm fast einstimmig beschlossen, — „unsere Vertreter in Berlin um Beantragung eines dem (in Folge des September-Attentats zu Frankfurt beschlossenen) Reichsgesetze ähnlichen Gesetzes zum Schutze der preußischen National-Versammlung dringend zu ersuchen.“ Inzwischen aber war in Berlin ein solcher Antrag vor dem 31. October nicht durchzubringen gewesen. Ein Abgeordneter der Linken hatte dem westphälischen Abgeordneten Rehfeld, der auf das Bedürfniß eines solchen Gesetzes hingewiesen hatte, höhnisch zugerufen: wer sich fürchte, der könne ja zu Hause bleiben! Solcher Schamlosigkeit, wie sie in dieser Entgegnung lag, und solchem Skandal, wie dem am 31. October wiederholten, mußte die Regierung ein Ende machen, — dazu hatte sie eben so sehr die Pflicht, wie das Recht, mochte die Majorität der Versammlung nun dafür sein oder dagegen. Die erforderlichen Truppen durften und mußten einrücken, sobald die Nationalgarde sich weigerte, der Regierung für jene Pflicht starke Hand zu leisten. Statt dessen erschien bekanntlich der allerhöchste „Befehl“ der Vertagung und der Verlegung der Versammlung nach Brandenburg. Dieser Schritt war — den allgemeinen Umständen nach — ein entscheidender Schlag gegen die Unabhängigkeit der Versammlung von Seiten der Regierung her: das fühlte das ganze Land. Der Boden der „Vereinbarung“ war hiermit so gut wie zerschlagen. In der Kölnischen Zeitung konnte ich mich nur ganz der Erklärung anschließen, — welche die Abgeordneten Zachariä und Genossen abgaben: „Nicht die Verlegung der Versammlung, welche zugleich die bedrohlichsten Nachtheile im Gefolge hat, sondern die Unterdrückung der Excesse schien der geeignete Weg!“ und ich konnte nur mit dieser Erklärung weiter behaupten: „daß unter den in Berlin obwaltenden Umständen, wie sehr auch zu

---

*) K. Z. 1848. Nr. 267.

wiederholten Malen ein frevelhafter Terrorismus auf die National-Versammlung und deren einzelne Mitglieder geübt worden sein möchte, dennoch vorher dem Gesetze Achtung zu verschaffen und jenem Terrorismus eher mit Gewalt entgegen zu treten, als durch eine Verlegung der Versammlung auszuweichen war." Denn: „Gesetzt auch selbst, daß durch eine vorübergehende Verlegung die Beseitigung des Terrorismus erleichtert erscheinen konnte, so durfte dann diese Anordnung nur mit Zustimmung der Versammlung getroffen werden, nachdem vorher das dringendste Maß von Sicherung der freien Berathung und Stimmgebung ihr wäre verschafft worden."*) Die K. Z. rief ihrerseits noch immer nach einem „Compromiß" beider Theile, nach einem kräftigen Adresse-Sturm in diesem Sinne; — aber ich täuschte mich doch nicht mehr darüber, daß die „Vereinbarung" nur noch eine Komödie sein konnte, da die Mehrheit der Versammlung sich längst in der Achtung des ganzen Mittelstandes, — wenigstens des Mittelstandes der beiden westlichen Provinzen, viel zu tief herabgesetzt hatte, als daß sie in demselben noch eine ernste Stütze hätte finden können. Auch die „Reichsgewalt" konnte den Standpunkt loyaler „Vereinbarung" nicht mehr retten. Die Reaction hatte ihr erstes Spiel gewonnen, — die December-Octroyirung mußte als unvermeidlich hingenommen werden.

Dahin waren die Dinge gekommen! Vor sechs Monaten noch hatte die K. Z. mit allem Eifer für das „monarchische Princip," für das „absolute Veto" gestritten; jetzt mußte sie die „Octroyirung," mußte sie eine Verfassung als gleichsam eine Gnadengabe der Krone hinnehmen! Mein erstes öffentliches Wort über diese Gabe vom 5. Dec. war: „Die so eben uns verliehene Verfassung ist uns — in dieser Form — zunächst eine unerfreuliche Gabe . . . Wir wissen es wohl, Viele werden jetzt gegen die Octroyirung aufschreien, die früher selbst den „„Rechtsboden"" vom 8. April für eine Naivetät erklärt haben, die selber jedes edleren Sinnes für feste Gesetzlichkeit baar sind; wir wissen es wohl, viele Andere werden sich freuen, eine im Ganzen sehr demokratische und freisinnige Verfassung auf diesem Wege so rasch und ohne weitere Wirren erhalten zu haben und werden unsere Bedenken für Pedanterie halten: wir stehen beiden fern und — können nicht anders!"**)

Mein Glaube an eine volle Aufrichtigkeit der Octroyirung war bereits viel bankbrüchiger, als ich es — besonders der bevorstehenden Frühjahrs-Wahlen wegen, wo die Demokraten unsere Partei mit der Parole der bewiesenen „Treulosigkeit" der Regierung entgegentraten — öffentlich gestehen durfte. Nur die Hoffnung auf den edlen Ehrgeiz der alt-preußischen Patrioten und des Heeres hielt noch vor und ließ mich den Blick jetzt — sehnsüchtigst auf Frankfurt richten. Das

*) K. Z. 1848. Nr. 303.
**) K. Z. 1848. Nr. 327.

so eben kund gewordene österreichische Programm von Kremsier kam dieser Hoffnung ermuthigend entgegen.

3. **Der Frankfurter Reichsbau. Vom Mai** 1848 **bis Mai** 1849.

Durch Preußens Zaudern im April 1848 war die Zeit, da es möglich gewesen wäre auf einem „königlichen" raschen Wege die „Einheit Deutschlands" zu schaffen, verpaßt. Im Mai 1848 schien mir nichts mehr übrig zu sein als — Vorbereiten und Abwarten. Als die „deutsche National-Versammlung" in Frankfurt zusammentrat und der „Entwurf der Siebenzehner" veröffentlicht wurde, befiel mich deshalb die Besorgniß, daß die Versammlung ihre Macht überschätzen und einen zu frühen Conflict herbeiführen könnte. Das Gerathenste schien es mir, — nachdem einmal Preußen sein Programm vom 21. März gänzlich fallen gelassen hatte, abzuwarten, was in Italien und in Ungarn geschehen, was die „Aula" in Wien beginnen werde. Inzwischen mußte man geduldig und vorsichtig an der Begründung einer mit der unveränderten, alten Kleinstaaterei jedenfalls unverträglichen Freiheit, d. h. an den „deutschen Grundrechten" und an einer thunlichst schonenden Versöhnung der Mißstimmung des „Particularismus" zugleich voran arbeiten. In diesem Sinne sprach ich meine Ansicht von der nächsten Aufgabe der Frankfurter Versammlung damals in vier längeren Leitartikeln aus.

„In Betreff derjenigen Artikel des Entwurfs der Siebenzehner," meinte ich, „durch welche nur die alte Bundes-Acte von 1815, die so lange verfälscht und gehemmt wurde, endlich zur vollen Wahrheit werden würde, ... dürfte eine die Einführung möglich machende Zustimmung aller Stämme der deutschen Nation und ihrer Vertreter ohne Zweifel zu erreichen sein. ... Nicht so wird es sich in Betreff des von den Siebenzehnern vorgeschlagenen erblichen Kaiserthums verhalten. Wir zwar sind auch bei diesem Punkte völlig einverstanden mit dem, was das Vorwort der Siebenzehner über denselben anführt; aber wir fürchten, gegen ihn wird der Widerstand viel größer sein, als daß er mittels der in diesem Augenblicke vorhandenen, für die Einheit angeregten Nationalkräfte sich brechen ließe. Es darf in Bezug auf diesen Vorschlag des Kaiserthums nur die Frage sein: Kann die National-Versammlung die Macht sich zutrauen, die erforderliche Wärme und Aufregung hervorzurufen in den noch zu kühlen und zu spröden Provinzen und Schichten der Nation, und wird die in Fluß gebrachte Masse dann in diese Form sich drängen? ...."*) Zwei unmittelbar folgende Artikel führen diese Gedanken im Einzelnen weiter aus. Der letzte, vierte Artikel schließt: „Auf den theoretischen Streit über die größere Vollkommenheit eines erblichen Kaiserthums oder eines Wahlkaiserthums oder einer fürstlichen Directorial-Regierung 2c. 2c. lassen

*) So Artikel I. K. Z. 1848. Nr. 133 (12. Mai).

wir uns gar nicht ein, weil er uns sehr müßig scheint. Die Versammlung in Frankfurt hat keine leere Tafel vor sich, auf welcher ihre Baukünstler mit dem Stifte zu einem Abrisse des Reichsbaues Kuppeln oder Thürme nach ihren verschiedenen idealen Systemen hinzeichnen könnten; sie hat das noch immer in so und so gesinnte, so und so mächtige Staaten getheilte Deutschland vor sich! Wenn aus der Einheit des Reichs etwas Wirkliches werden soll, dann ist die Anerkennung der Hegemonie Preußens der einzige Weg, auf dem in diesem Augenblicke das Ziel zugänglich ist, oder es ist bis jetzt überhaupt noch auf keinem zugänglich . . . So lange die Gegner kein Mittel finden, die bestehenden deutschen Staaten aufzulösen, so lange werden sie sich gefallen lassen müssen, daß die Hegemonie von dem mächtigsten Staat des Reichs besessen werde, und dann werden sie bekennen müssen, daß gegenwärtig die materielle Macht, die militärische Organisation, die glorreichen historischen Erinnerungen, die Culturstufe des preußischen Volks, Preußen mit Naturnothwendigkeit die deutsche Hegemonie zuertheilen. Diese Hegemonie aber, die man nothwendig annehmen muß, wenn man überhaupt irgend etwas Haltbares von executiver Reichsgewalt schaffen will, ist noch sehr verschieden von dem erblichen „„Kaiserthum““, das der Entwurf aufstellt. . . . Wir unseres Theiles wünschen, daß die Stellung des Reichsoberhauptes in ihren Grundzügen so möge angenommen werden, wie der Entwurf sie hingezeichnet hat. Wir glauben aber auch, daß, wenn man in Frankfurt genöthigt wäre, vorläufig sich mit Minderem zu begnügen, dann die Entsagung auf das Bessere zu Gunsten des Guten dennoch nur eine einstweilige sein und daß bald genug die Ereignisse, die Verhältnisse der äußern Politik das Bedürfniß einer kräftigen Executive so verstärken würden, daß gerade dann wohl das Beste, nämlich noch mehr würde erlangt werden, als jetzt begehrt wird!“ *)

„Interim aliquid fit“ war damals die Maxime der Kölnischen Zeitung. Mit klopfendem Herzen blickte ich nach Wien und Berlin, nach den holsteinisch-deutschen und nach den österreichisch-italienischen Kriegsschauplätzen — und suchte in Bezug auf Frankfurt den ganzen Sommer und Herbst 1848 hindurch nur immer mit aller Anstrengung vor Conflicten zwischen Preußen und den noch ziemlich theoretischen und fictiven „Reichsgewalten“ zu warnen, oder wo sie dennoch ausgebrochen waren, in vermittelndem Sinne zum Guten zu reden. Von preußischem Standpunkte aus kann man der Kölnischen Zeitung auch für diesen Zeitabschnitt wahrlich keinen Vorwurf machen! Wie oft habe ich während dieser Zeit liebe Freunde und geehrte Männer schwer verletzen müssen, — weil ich Preußen und damit Deutschlands Zukunft das schuldig zu sein glaubte! Wie lebhaft trat ich z. B. dem Entwurfe des verehrten Dahlmann in Betreff des „Reichsheeres“ ent-

---

*) IV. Artikel. K. Z. 1848. Nr. 144 (23. Mai).

gegen, durch welchen man die Heere selbst Preußens und Oesterreichs schien auflösen und mediatisiren zu wollen, statt daß ich Preußens Heer als den eigentlichen Kernkrystall der künftigen Reichsexecutive wie einen Augapfel geschont und nimmermehr mit den Heeren der Kleinstaaten über einen Leisten geschlagen haben wollte. Die Köln. Zeitung lieferte eine Kritik des Entwurfs in vier Artikeln, die im Tone sich allerdings sehr von der bekannten heftigen von Griesheim'schen Kritik unterschied, in der speciellen Sache jedoch vielfach mit dieser zusammentraf. Ich erklärte schon damals kurz und rund heraus, — wenn man ein Reichsheer, überhaupt eine straffere Einheit schaffen wolle, so müsse man „zunächst Oesterreich mit seinen vielen außerdeutschen Staaten aus dieser strafferen deutschen Reichseinheit entlassen und dafür mit ihm, unserm ruhmreichen Grenzwächter der Südostmark, das weitere Band einer mehr staatenbundlichen ewigen Eidsgenossenschaft errichten" und müsse dann weiter „mit ruhigem und nüchternem Verstande einfach die einzige rein deutsche Großmacht, Preußen, mit der ersehnten einheitlichen Vertretung und Führung belehnen." *) Aber eben so lebhaft, wie die Köln. Zeitung den Gedanken bekämpfte, Preußen in einem Frankfurter Medeakessel mit Deutschland zusammenkochen zu wollen und eine ernstliche „Huldigung" von Preußen für eine fictive executive Reichsgewalt zu verlangen, die nicht sogleich einfach mit der Krone Preußens selber verbunden wäre, — eben so lebhaft warf sie der Regierung in Berlin deshalb eine engherzige Mückenseigerei und bedauerlichen „Mangel an Schwung und Muth" vor, weil das Ministerium nicht am 6. August die blos demonstrative Ceremonie des feiernden „Hurrah" der Armee für den Reichsverweser mit mehr Grazie und Glanz zu bewilligen und durchzusetzen wußte. **) Dagegen, als der Reichsverweser und der König von Preußen beide sich zum Dombaufeste in Köln treffen sollten, da waren es wieder unsere „constitutionellen" Freunde und Ansichtsgenossen, die dafür sorgten, daß der Plan der vereinten Ultramontanen und Demokraten, den Reichsverweser merklich vor dem Könige zu feiern, glänzend vereitelt wurde. Der König fühlte sich (nach den traurigen Vorfällen in Düsseldorf) durch den Empfang in Köln auch sichtlich gehoben. So glaubten wir in Bezug auf Frankfurt und seinen Reichsbau für's Erste nur — übrigens nach Kräften überall versöhnend und Gefahr abwehrend — zuwarten zu müssen, bis entscheidende Ereignisse etwa der Vollendung des großen Werkes zu Hülfe kämen.

Da kamen jene, die ganze Lage umgestaltenden Herbstereignisse: der Frankfurter Septemberaufstand, die wetteifernden Wühlereien der Revolution und Contrerevolution in Wien und Berlin und — die October- und Novemberkatastrophen. Die Regierungen beider Großstaaten waren in Folge derselben zum Widerstande gegen Frankfurt stärker

*) K. Z. 1848. Nr. 215 (2. August).
**) K. Z. 1848. Nr. 221 (8. August).

als vorher; — doch schien Oesterreich noch immer nicht in der Lage, die entscheidendsten Zugeständnisse absolut verweigern zu können, falls nur Preußens Regierung jetzt ganz offen für den — auch in der Köln. Zeitung immerfort vorbereiteten und schon im August rund und nett ausgesprochenen Gedanken eines verjüngten einheitlichen „Kleindeutschlands" (in ewiger Eidgenossenschaft mit einem verjüngten Oesterreich) mit rechtem Nachdrucke auftreten wollte. Noch war es Preußen, so schien es mir, das, sobald es nur endlich vollständig mobil machen wollte, die Bedingungen stellen konnte, die zugleich für Oesterreich die russische Hülfe gegen Ungarn unnöthig gemacht haben würden. In diese Lage der Dinge hinein traf dann des Fürsten Schwarzenberg berühmtes Programm von Kremsier, das völlig aus gleicher Auffassung hervorgegangen schien. Trennung Oesterreichs von dem deutschen Bundesstaate unter vorläufiger Erfüllung der alten Bundespflichten bis zur spätern Vereinbarung neuer, engerer völkerrechtlicher Beziehungen: das war es, was Fürst Schwarzenberg zu Kremsier proclamirt hatte. Mit lebhafter Freude begrüßte die Köln. Zeitung dies Programm sogleich bei seinem Kundwerden.*) Gegen die Treu- und Gutgesinnten unter den absoluten Nationalitätsschwärmern, — dem von mir persönlich sehr hochgeachteten Venedey z. B. — stritt die Köln. Zeitung mit aller Wärme, und mit frischer Hoffnung fühlte sie sich erfüllt, da ja auch Heinrich v. Gagern dieselbe Fahne inzwischen offen entfaltet hatte. Aber die östetreichischen Abgeordneten blieben in Frankfurt, trotz des Programms von Kremsier und stimmten mit ab über die Verfassung eines Bundesstaats, dem sie nicht angehören sollten, blos — um dieselbe (mit den extremen Particularisten, den Ultramontanen und den fortgeschrittensten Demokraten zusammen) verderben zu helfen! Schon am 4. Januar 1849 brachte v. Schmerling jene Note Oesterreichs, in welcher Fürst Schwarzenberg gegen jede Neugestaltung Deutschlands ohne Oesterreichs Zustimmung Protest einlegte — während er gleichwohl den österreichischen Einheitsstaat und die Absicht einer neuen Verfassung desselben, die mit dem alten Bundesrechte nicht im Mindesten verträglich war, festhielt. Die Köln. Zeitung stritt nun fast täglich gegen die österreichischen Umtriebe in Frankfurt, während sie gleichzeitig daheim für „conservative Wahlen" in Preußen zu kämpfen hatte. Letzteres war überaus schwer, da die Novembervorgänge am Rheine bei der Masse des Mittelstandes ein unheilbares Mißtrauen gegen die Aufrichtigkeit der Regierung zurückgelassen hatten, und da die Demokratie dafür um so rühriger war, von der Lauheit ihrer Gegner Vortheil zu ziehen. — Die preußische Regierung ließ dabei über ihre wahren Absichten in Bezug auf den Reichsbau sehr wenig entdecken. Ihre Noten vom 23. Januar und vom 4. Februar zeigten viel, so zu sagen, „verschämte" Lust nach der kleindeutschen Krone; aber sie hatten allerlei dunkle Vorbehalte in Betreff einer erforderlichen „Zustimmung

*) K. Z. 1848. Nr. 326 (7. December).

der verbündeten Fürsten", über deren Ernst und Tragweite damals Niemand klar zu sehen vermochte. Die preußische Note vom 16. Februar protestirte gegen die Restauration des Bundes und forderte als unumgänglich: die Herstellung einer „wirklich starken Centralgewalt". Was konnte das im Munde einer preußischen Regierung vernünftiger Weise anders heißen, als — das preußische Kaiserthum? War dies nicht die Meinung der Regierung, so mußte sie sich so bestimmt aussprechen, daß in Frankfurt der Bruch der conservativen Partei vermieden wurde. Eine mäßigere, höchst werthvolle Bundesrevision, welche auf die Zustimmung auch der Mittelstaatsregierungen zuversichtlich rechnen durfte, wäre damals von einer compacten conservativen Mehrheit der Paulskirche leicht zu Stande zu bringen gewesen. Aber — Preußens Regierung selber zeigte auf den Kranz eines größeren Erfolgs! Die früheren Parteistellungen wurden auseinander gerissen und nachdem Welker's Antrag für das preußische Kaiserthum durch die Stimmen der Oesterreicher unterlegen war, (nach Abzug der österreichischen Stimmen hätte er mit 251 gegen 169 gesiegt gehabt) — kam es endlich zu den „Compromißbeschlüssen" und der Kaiserwahl vom 30. März 1849.

Unsers Erachtens mußte von Preußen, trotz der bedauerlichen Compromißbeschlüsse, die deutsche Krone angenommen und die Executive des Reichs sofort ergriffen werden, und zwar unter einer Form, welche 1) die Revision der (von den Oesterreichern böswillig verdorbenen) Reichsverfassung und 2) „die formelle Freiwilligkeit des Beitritts der Einzelstaaten zum Reiche" vorbehielt. In diesem Sinne sprach sich die K. Z. sofort und wiederholt aus*) und tadelte, ebensowohl, wie die berliner Ablehnung, eben so auch die anfängliche frankfurter Störrigkeit.**) Unsere ganze „constitutionelle Partei" befand sich in der peinlichsten Lage. Auf den Abschluß der Reichsverfassung hatten wir uns und Andere vertröstet. Die Reichsverfassung sollte Deutschland die Einheit bringen, von der seine Macht und Würde nach Außen abhing. Aber sie sollte auch nach Innen zugleich den demokratisch-unterwühlten kleinern Staaten einen Schutz des gesetzlichen Rechts und des verständigen Maßes gegen den „souverainen Unverstand" von Unten, und Preußen selber eine Bürgschaft seiner Verfassung gegen etwaige weitere Octroyirungslust von Oben gewähren. Scheiterte das Werk von Frankfurt völlig, so waren wir in Deutschland und Preußen auf einen Stand zurückgeworfen, der uns unendlich gefährlicher erschien, als der vor dem März 1848. Der kleinere Bürgerstand am Rheine hatte großen Theils schon wegen der preußischen November-Enttäuschung an den jüngsten Wahlen sich nicht betheiligen wollen, ja, Viele, die im Frühjahr 1848 mit uns gewählt hatten, waren zu den Demokraten übergetreten. Gerade unter den intellectuellsten Männern mehrte sich

*) K. Z. 1849. Nr. 80 (4. April).
**) K. Z. 1849. Nr. 86 (11. April).

die Zahl derer von Tag zu Tag, welche erklärten, — unsere gemäßigten Ziele seien allerdings die wünschenswerthesten und auch allein haltbaren gewesen, aber — um dieselben zu erreichen, hätten wir zunächst die unverständigen Uebertreibungen der Revolution gewähren, ja fördern müssen, bis diese die Grundlagen der feudalen und absolutistischen Reaction erst gründlich zerstört hätten: jetzt müsse man die Dinge laufen lassen, und nur wünschen, daß die Reaction recht maßlos auftrete, was auch nicht lange mehr ausbleiben werde. Meinestheils mochte ich mich dieser pessimistischen Weisheit damals noch um so weniger gefangen geben, als in den preußischen Kammern nicht nur Herr v. Vincke, der doch in Frankfurt zur äußersten Rechten gehört hatte, noch fortwährend auf alsbaldige Uebernahme der Reichsoberhauptschaft drang, sondern selbst der Graf Itzenplitz*) noch Ende Aprils einen eben dahin zielenden Vermittlungs-Antrag gestellt hatte. Da plötzlich erfolgte zu Berlin (am 27. April) — die Auflösung der zweiten Kammer. Hiermit war genug gesagt! Daß ein octroyirtes neues Wahlgesetz folgen sollte, verstand sich von selbst.

Jetzt galt es zu versuchen, ob unsere „constitutionellen Bürger-Vereine", wohl schon einige Kraft hätten! Die Kölner Gemeinderäthe beriefen Collegen aus allen Gemeinden der Rheinprovinz auf den 5. Mai zu einem rheinischen Gemeinde-Tage nach Köln, und die Köln. Zeit. forderte die ganze constitutionelle Partei auf, in allen Provinzen Gleiches zu veranstalten. „Nur Ein Schrei geht durch das ganze Land: die Contrerevolution hat zu Berlin dem ganzen Volke va banque geboten .... In dieser Lage ist es Sache unserer Partei, d. h. der großen conservativ-liberalen Mitte der Nation, ganz entschieden und rasch zu handeln! Wir müssen sofort zeigen, daß wir das von der Reaction angebotene va banque wohl verstanden haben und es anzunehmen bereit sind! ... Insbesondere die constitutionellen Vereine ... sie müssen jetzt rasch und eindringlich ihre Ueberzeugung in Betreff der Lage des Vaterlandes an das Ohr des übelberathenen Königs bringen."**) Der Kölnische Gemeindetag hatte indeß kein unsern Wünschen ganz entsprechendes Resultat. Die „demokratisch-constitutionellen „Vereine", welche sich seit November 1848 von den unsrigen abgezweigt hatten, glaubten einen förmlichen eigenmächtigen „Widerstand" gegen die Einziehung der Landwehr zur Unterdrückung der süddeutschen Bewegungen für die Reichsverfassung organisiren zu können und zu müssen. Unsere Vereine dagegen hatten, aus verschiedenen Gründen, einen solchen Schritt verworfen und wollten „nur einen allgemeinen Adressen-Sturm" an den Thron gelangen lassen. Der „rheinische Gemeindetag" in Köln entschied sich in der Hauptsache für uns; aber die mitvertretenen „Demokratisch-Constitutionellen" brachten in die abzugebende „Erklärung" doch mehrere Sätze hinein, die an

*) K. Z. 1849. Nr. 99.
**) K. Z. 1849. Nr. 103.

einer bedauerlichen Zweideutigkeit litten, und die meisten Mitglieder unseres Verein-Verbandes verhinderten, die Erklärung zu unterzeichnen. Zu diesen gehörte auch der Schluß-Satz: „Die Unterzeichneten sprechen schließlich ihre Ueberzeugung dahin aus, daß bei Nichtbeachtung des Inhalts dieser Erklärung dem Vaterlande die größten Gefahren drohen, durch die selbst der Bestand Preußens in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung gefährdet werden kann." Der Oberpräsident, Herr Eichmann, erblickte in diesem Satze „die wenig verhüllte Drohung einer gewaltsamen Losreißung der Rheinprovinz von der preußischen Monarchie, also Rebellion und Bürgerkrieg." — Dieser Vorgang wurde von der ministeriellen Deutschen Reform in Berlin dahin ausgebeutet, daß sie der Köln. Zeit. vorwarf, — letztere habe „mit dem Abfall der Rheinprovinz gedroht." Ich beeilte mich, gegen die falsche Anschuldigung, welche dem notorischen Sachverhalte geradezu in's Gesicht schlug, auf der Stelle zu protestiren. „Wir haben", so erklärte ich sogleich in der nächsten Nummer der Köln. Zeit, „die Gesammtheit der von den Gemeinderäthen abgegebenen Erklärungen nicht zu vertheidigen; dieselben sind gerade in dieser Gesammtheit von den meisten Vertretern unserer Partei nicht unterzeichnet worden, und z. B. die sofortige Vereidigung der Heere auf die Reichsverfassung haben wir selbst alsbald an dieser Stelle entschieden bekämpft (nämlich in No. 111. d. K. Z.). Der von der gegenwärtigen preußischen Regierung auch in dieser deutschen Frage wieder — bewiesene Mangel an Offenheit und Geradheit in ihren Maßregeln hat ihr die Herzen in einem großen Theile des Rheinlandes tief entfremdet, namentlich in den südlichern Bezirken der Provinz. Dies ist Thatsache, und die Thatsache soll und muß die Regierung wissen. Im Uebrigen zweifeln wir dennoch nicht, daß die ganz richtigen Verstandesgründe der D. Reform am Ende auch in den südlichern Bezirken die Oberhand behalten werden, und von einer „„Drohung"" des Abfalls kann, namentlich bei unserer Partei um so weniger die Rede sein, als wir uns ein lebenskräftiges deutsches Reich ohne den Zutritt von ganz Preußen gar nicht denken könnten." Freilich fügte ich auch sofort als meine Anklage gegen das Ministerium, hinzu: „Das Ministerium konnte, nachdem es alle diese Fehler schon gemacht hatte — noch immer auf den Gedanken v. Vincke's oder wenigstens auf den des Grafen v. Itzenplitz eingehen und unter dem Schilde der Reichsoberhauptswürde Ordnung und Gesetz in Deutschland handhaben zum Danke aller Gutgesinnten der ganzen Nation; — statt dessen löste es die Kammern auf, enthüllte eine durchaus herzlose, kleinliche, contrerevolutionaire Gesinnung mit jedem Tage mehr und schleuderte Süddeutschland in den offenen Rachen der gräuelvollsten Umwälzungen und des Bürgerkriegs, während es in Norddeutschland (in Dresden) mit preußischem Blute Dienste leisten muß, für die Niemand ihm dankt, da eine großherzigere Politik dieselben völlig überflüssig gemacht haben würde! Die Art, wie man in Berlin das monarchische Princip vor Scheinverletzungen schützt, — ist ein erbärmliches

Mückenseigen, bei dem man Kameele verschlucken muß! Welche Gefühle müssen die Männer am Steuer ergreifen, wenn sie auf die treue Mark, wenn sie auf das aus tausend Wunden blutende Süddeutschland blicken und wenn sie sich dann sagen müssen, daß etwas mehr Muth und etwas weniger Fanatismus der Legitimität das Alles würde vermieden haben. Vielleicht ist es zu spät .... Mindestens glaube man nicht in verblendeter Selbstgerechtigkeit, die Treue im Rheinland und Westphalen so einfach Untreue schelten und etwa mit der Mark und Elberfeld in's Gericht gehen zu dürfen, als ob man selber rein und ohne Sünde wäre! Die Schuld, die eigentliche Schuld ist allein bei dem unseligen Ministerium!"*)

Dies ist die Geschichte der neben dem „Fliegenlassen des Adlers" von der neupreußischen Presse so oft aufgewärmten „Abfallsdrohung des rheinischen Klüngels und der Köln. Zeitung" — also ebenfalls eine grobe Lüge, die durch hundertfältige Wiederholung noch nicht Ein Mal wahr wird!

Inzwischen war bereits am 15. Mai von der preußischen Regierung selber eine neue Fahne aufgepflanzt, — und die Köln. Zeitung verfehlte nicht, sich sofort unter derselben in Reih und Glied zu stellen.

4. Die Allerhöchste Proclamation vom 15. Mai 1849 und die „Union". Vom Mai 1849 bis Ende 1850.

Unsere neue Fahne gab uns die Proclamation des Königs: „An mein Volk" vom 15. Mai 1849. Diese Proclamation verkündete: „Meine Regierung hat mit den Bevollmächtigten der größeren deutschen Staaten, welche sich Mir angeschlossen, das in Frankfurt begonnene Werk der deutschen Verfassung wieder aufgenommen. Diese Verfassung soll und wird in kürzester Frist der Nation gewähren, was sie mit Recht verlangt und erwartet: ihre Einheit, dargestellt durch eine Executivgewalt, die nach Außen den Namen und die Interessen Deutschlands vertritt, und ihre Freiheit, gesichert durch eine Volksvertretung mit legislativer Befugniß. Die von der Reichsversammlung entworfene Reichsverfassung ist hierbei zu Grunde gelegt, und sind nur diejenigen Punkte derselben verändert worden, welche aus den Kämpfen und Zugeständnissen der Parteien hervorgegangen, dem wahren Wohle des Vaterlands entschieden nachtheilig sind. Einem Reichstage aus allen Staaten, die sich dem Bundesstaate anschließen, wird diese Verfassung zur Prüfung und Zustimmung vorgelegt werden. Deutschland vertraue hierin dem Patriotismus und Rechtsgefühle der preußischen Regierung; sein Vertrauen wird nicht getäuscht werden."

Die Kölnische Zeitung schloß sich der so aufgepflanzten neuen Fahne sofort an. Die so feierliche Versicherung ließ sie erwarten, daß sie diesmal nicht wiederum nur einer neuen Täuschung sich hingebe,

---

*) K. Z. 1849. Nr. 116 (16. Mai).

— und jedenfalls war auf anderem Wege nichts mehr zu hoffen. Meine Gesammtansicht über die Lage hatte ich eben am Tage vorher, ehe die vorstehende neue Allerhöchste Verheißung in Köln bekannt wurde, dahin ausgesprochen: „Wir trinken den Becher der Galle bis zur Hefe; aber die Leidenschaft darf unsere Beschlüsse nicht bestimmen. Wir werden den Absolutismus nicht besiegen, so lange es nicht unserer constitutionellen Partei gelungen ist, das ganze Bürgerthum kraftvoll zu organisiren, so daß es jene Ausbrüche der rothen Anarchie, wie dieselben jetzt Baden beflecken und auch sonst überall (Elberfeld) jede rein-politische Bewegung alsbald lähmen und vereiteln, — aus eigener Kraft niederhalten kann." *) Das englische Bürgerthum hatte sich im vorigen Frühjahr gegen O'Connor's Chartisten-Banden muthvoll selber geschützt, indem aus dem ganzen Reiche die kräftigsten Männer aller Stände zahlreich nach London geströmt waren, um sich als Special-Constabler einschwören zu lassen; — in Deutschland ließ nicht nur jede Stadt die andere im Stiche, sondern in den meisten einzelnen Städten selber lechzten die „Bürgerwehren" darnach, von ihrem Posten gegen die „Rothen" — möglichst bald durch die Regierungssoldaten abgelöst zu werden, und halfen sich inzwischen wohl gar lieber mit Geldspenden und dergl., als mit dem Gebrauche ihrer nur zur Parade herumgeschleppten Waffen! Unter solchen Umständen — mußte man denn einstweilen Alles wieder von dem guten Willen der preußischen Regierung und der Tapferkeit unserer von ihr geführten ordentlichen Heere und Landwehren erwarten. Und — hierfür schienen zur Zeit der Allerhöchsten Mai-Proclamation die Umstände günstig. Preußens Heer und Landwehr mußten von der Mittel-Elbe bis an den Bodensee die bestehenden Regierungen aufrecht erhalten, und — Preußens Regierung konnte ohne Zweifel für diesen Dienst mit allem Fug und Recht den gehörigen Preis bestimmen. Oesterreich war noch durch den Krieg in Ungarn gelähmt und mußte wohl des Fürsten Schwarzenberg Worte von Kremsier wahrhalten, wenn Preußen nur ohne viel Fragens zu Werke ging und — als Reichsoberhaupt des Bundesstaates demnächst das fait accompli zugleich mit günstigen Concessionen präsentirte. In Erwägung dieser Umstände konnte die Mai-Proclamation allerdings ohne allzuviel Wagniß ein so positives: „soll und wird", und „in kürzester Frist" dem preußischen Volke und ganz Deutschland zurufen. Die Kölnische Zeitung aber betrachtete es als patriotische Pflicht, — die Regierung des Königs behufs Wahrhaltung der Proclamation vom 15. Mai nach Kräften zu unterstützen und anzueifern.

Die Kölnische Zeitung begrüßte deshalb nicht nur das Dreikönigs-Bündniß und die von demselben der Nation dargebotene berliner „Reichsverfassung" vom 28. Mai 1849 sofort mit warmer Zustimmung; auch das octroyirte preußische neue Wahlgesetz vom 30. Mai nahm sie hin und rieth ihre Freunde eifrig zur Wahl

---

*) K. Z. 1849. Nr. 187 (18. Mai).

— damit die Kammern der Regierung in ihrem deutschen Werke kräftigend zur Seite ständen. Vor allem aber drang die Kölnische Zeitung unablässig darauf, die „kürzeste Frist“ der Mai-Proclamation nicht zu vergessen und die Gunst der Umstände nicht ungenutzt entfliehen zu lassen. Gleich im Juni noch, nachdem jene Versammlung der Frankfurter Centren in Gotha (von welcher unsere „kleine-deutsche“ Partei bekanntlich den Namen der „Gothaer“ erhielt), — stattgefunden hatte, drang die Kölnische Zeitung wiederholt auf ungesäumte Berufung des verheißenen Reichstags. Es war ja eben abermals, wie im März 1848, — Gefahr im Verzuge! Auch um Oesterreichs und der Dinge in Ungarn willen, wo man von deutschem Standpunkte aus die Russen nur mit dem größten Unmuthe sehen konnte, war äußerste Beschleunigung zu wünschen. Am ersten Juli noch mahnte die Köln. Zeitung abermals in einem Leitartikel über „Deutschlands Stellung zum russisch-ungar'schen Kriege“: — „Das Schicksal hat an der mittlern und untern Donau ein Chaos kleiner Nationen durcheinander gewürfelt, die nach der Weltlage, wie sie einmal historisch gegeben ist, entweder sich zu einem großen Ganzen zusammenschließen oder vereinzelt eine Beute Rußlands werden müssen. Sie haben in dem österreichischen Kaiserstaate ihren Mittelpunkt und damit die Möglichkeit der Existenz gefunden. Oesterreich ist eines der nothwendigsten Glieder in der Mitte der europäischen Staaten, vor allen für Deutschland; existirte es nicht, man müßte es schaffen. ... So lange die Russen nicht da waren, konnte man hoffen, daß beide Parteien endlich doch einsehen würden, daß dieser Ausgang (Opferung des Gesammtstaates in Beziehung auf Ungarn) allein dem Chaos ein Ende machen könnte und in ihrem beiderseitigen Interesse lag; seit die Russen auf dem Kampfplatze stehen, ist an keine Vermittlung mehr zu denken, und gilt nur noch: Leben oder Tod. Wir können dies tief beklagen, wir können den Heldenmuth des kleinen Volkes bewundern, wir können die Schwarzenbergische Politik gegen Ungarn, wie gegen Deutschland verdammen: vom deutschen Standpunkte aus müssen wir dennoch den Sieg Oesterreichs wünschen. Daß wir daneben noch eine Verlängerung des Verzweiflungskampfes wünschen müssen, bis die deutsche Frage eine befriedigende Lösung gefunden hat und Oesterreich nicht mehr sein Veto sprechen kann, ist die bitterste Ironie auf die Politik, welche Preußen gegen Deutschland geübt hat.“*)

---

*) K. Z. 1849. Nr. 156. Die Kölnische Zeitung, und besonders ihr damaliger Mitarbeiter, der verstorbene Dr. A. Schwanbeck, hatten von manchen Seiten, nicht blos von Seiten der extremen Demokraten, Anfeindungen dafür zu erdulden, daß sie auch damals schon Oesterreichs Stellung im Osten eben so offen, als die Angelegenheit Deutschlands vertheidigte, wie sie die in Italien als unhaltbar und schädlich für Deutschland preisgegeben wissen wollte. Manche Stimmen hielten es für „zeitgemäßer“, — Oesterreichs Sträuben gegen Preußens Anerbietungen mit Begünstigung der Sache Kossuth's zu bezahlen. Redactionsmaxime der Köln. Zeitung blieb aber immer: — „Wahrheit und Aufrichtigkeit.“ Wenn in neueren Zeiten die N. Pr. Z. zuweilen Artikel (z. B. von

Doch nichts geschah! die Köln. Zeitung kämpfte eben noch mit den preußischen Wahlweigerern und suchte nach Außen hin in Betreff der Niederlage von Fridericia und des neuen dänischen Waffenstillstandes die Mißstimmung des übrigen Deutschlands gegen Preußen zu beschwichtigen, — da kam die Nachricht von Vilagos. Am 13. August hatte Görgey die Waffen vor Rüdiger's Truppen gestreckt. Preußen — hatte abermals seine Zeit verpaßt!

Man mußte die Erwartungen herabstimmen und zu größeren Concessionen an Oesterreich sich bereit halten. Die Kölnische Zeitung fand sich sogleich in diese Lage und schickte sich an, der Regierung auch auf diesem Wege unterstützend und aneifernd zur Seite zu bleiben. Diese Absicht sprach ich sofort aus, sobald von dem preußisch-österreichischen Vertrage über das bekannte „Interim“ verlautete.*) Ich freute mich über die vom „Verwaltungsrath“ endlich beschlossene Berufung des Reichstags; rieth aber zu „rascher weiteren Verständigung mit Oesterreich“ über ein Definitivum, als dessen Grundlage ich „den entschiedenen Dualismus der beiden deutschen Großmächte im weiteren Bunde“ und erweiterte Garantien für Oesterreich nach dem Osten, (d. h. in Bezug auf Ungarn und gegen die Russen) empfahl.**) Von dem trotz des Protestes von Hannover und Sachsen im November 1849 für den nächsten März 1850 wirklich ausgeschriebenen „Reichstage“ begehrte die Kölnische Zeitung allerdings noch die Enbloc-Annahme der Verfassungsvorlage, um wortbrüchigem Abfall keinen Vorwand zu geben, gestand aber zu, daß man nach diesem Abschluß des Rechts — zur verfassungsmäßigen „Revisions-Vereinbarung“ nachgiebigst bereit sein müsse.***)

Bei der Eröffnung des „Reichstags“ zu Erfurt zeigte die Botschaft des Verwaltungsrathes vom 26. März, wie schön sie durch Herrn von Radowitz auch gesprochen wurde, schon allzudeutlich ein unsicheres Zurückweichen. Die Enbloc-Annahme erfolgte allerdings (im Volkshause am 13. April) und gegen das Bedenken, daß der formelle Vertragsabschluß durchaus nicht für die Ausführung eine neue Bürgschaft hinzufüge, rief der gewesene Präsident des Verwaltungsraths, der frühere Minister Freiherr v. Bodelschwingh, mit aller Wärme sein: „Ein Wort ein Wort, ein Mann ein Mann!“ Das war nicht so gemeint, daß Hannover und Sachsen mit Gewalt der Waffen sogleich gezwungen werden sollten. Diese Frage des Zwangs sollte gänzlich den verständigen „Erwägungen der Reichsexecutive“ anheim gegeben

---

Moritz Hartmann), welche sich sehr ungünstig über türkische Zustände aussprechen, abdruckt und sich wundert, daß die K. Z. dergleichen ihren Lesern nicht lieber vorenthalte, so zeigt das nur, — daß die K. Z. nicht, wie die N. Pr. Z., die augenblickliche Partei-Convenienz höher stellt, als die Wahrheit. Mit Klopstock zu reden: — „Das hebt uns über sie!“

*) K. Z. 1849. Nr. 242 und 243 (10. und 11. October).

**) K. Z. 1849. Nr. 248 (17. October).

***) K. Z. 1849. Nr. 290 (5. December).

bleiben.*) In diesem Sinne war auch von beiden Häusern die sogenannte „Additional-Acte" nach dem Wunsche des Verwaltungsraths, d. h. der Regierungen, bereitwilligst angenommen worden. Aber — irgend Einen festen Rechtsboden wollten wir allerdings gelegt und gewahrt wissen, während die preußische Regierung gerade dies nicht zu wollen, gerade die Erhabenheit des monarchischen Willens über Gesetze und Staatsverträge als das eigentliche Kriterium des „monarchischen Princips" und obrigkeitlicher „Autorität" zu betrachten schien. — Die Bundesstaats- oder Unions-Fürsten wurden vom Reichsoberhaupt Mitte Mai zu einem „Fürsten-Congresse" nach Berlin geladen, hier aber nicht blos über das Wie der Ausführung, sondern auch noch über das Ob gefragt. Die Vorträge und die Reichsverfassung wurden behandelt, als wohne ihnen nicht die mindeste zwingende Verbindlichkeit inne! Damit — war natürlich der Ernst der „Union" völlig dahin.

Was nach dem Berliner „Fürstencongreß" in Bezug auf die Union noch erfolgte, war gänzlich ohne Ernst und ohne Aussicht: — aber es ist mit preußischem Gelde und, was schlimmer ist, mit preußischer Ehre theuer bezahlt worden!

Es braucht hier nicht das traurige Gemälde in's Einzelne ausgemalt zu werden, wie zu Berlin den ganzen Sommer 1850 hindurch bis Ende October nutzlose Unions-Protokolle und „Provisorien" einander folgten. Wie Oesterreich mit seinen Genossen in Frankfurt nicht blos Bundesbeschlüsse faßte, sondern auch Bundes-Executionen vorbereitete, und wie Herr v. Radowitz stolze Noten nach allen Seiten aussandte, an deren Ernst Niemand mehr glaubte, indeß die Gegner — ihre Truppen zusammenzogen: — das ist im Allgemeinen wohl noch in Aller Gedächtniß. Im Auslande wußte man es längst nur allzugut, wie es damals im Ministerium und überhaupt in den entscheidenden Regionen zu Berlin aussah. Die neue preußische Presse schrieb täglich: „Preußen darf nicht untergehen in Nassau und Waldeck!" Die „Union", selbst im schwächsten Umfange, war der neu-preußischen Partei über Alles verhaßt, weil diese Partei es begriff, daß die Abgeordneten der zu vertretenden Kleinstaaten mehr mit denen der westlichen als mit denen der östlichen Provinzen Preußens zusammengehen würden, und weil ein: „Preußen bis zur Elbe!" die geheime, vielleicht mehr mystisch als buchstäblich zu nehmende Parole der Partei war. Die Bibel wurde citirt, um die Sündlichkeit der Union zu beweisen und täglich wurde „Buße", — im Lexicon der Partei ein Euphemismus für Wortbruch — gepredigt, um die „Schande" und die Fesseln von 1848 und 1849 abzuwälzen! Täglich wurde Herr von Radowitz ein Fremder und ein Verräther, täglich wurden die Schleswig-Holsteiner, mit welchen unsere eigenen preußischen Truppen im selben Lager gestanden hatten, strafbare Rebellen, täglich der Kaiser von Rußland, der Preußen mit den härtesten Drohungen heimsuchte, der Hort des

*) K. Z. 1850. Nr. 98.

Conservatismus genannt. Natürlich wußten alle fremden Gesandten in Berlin viel besser als wir in Köln, was dies Alles zu bedeuten habe; und doch wußte auch ich schon im Mai und Juni recht gut, daß die Union todt sei, daß jedenfalls jedes fernere Zögern ihrer Constituirung und vor allem jedes Hinausschieben ernster Vorbereitungen zu einer entschlossenen Vertheidigung derselben mit mehr als blos „Noten" — uns unausbleiblich in Schimpf und Schande bringen müsse. Schon im Juli schrieb die Kölnische Zeitung: „Wir fürchten sehr, Oesterreich glaubt nicht mehr daran, daß Preußens Staatsmänner zu einer entschlossenen Politik sich aufraffen werden und — dieser Unglaube eben wird es von Einem feindseligen Wagniß zum andern treiben."*) Darum eben drang die Kölnische Zeitung von da an beständig darauf, daß man sofort „irgend eine", wenn auch noch so bescheidene — feste Grenze stecke, von der Preußen sich nur nach blutigen Niederlagen werde vertreiben lassen. Die Grenze näher zu bestimmen, konnte natürlich nicht Aufgabe der Presse sein; nur die Regierung konnte die sämmtlichen Umstände gehörig abwägen. Von allem dem geschah gar nichts, während doch die peinliche Verlegenheit der Lage mit jedem Tage wuchs. Die bayrischen und österreichischen „Bundes-Executionstruppen" standen an der kurhessischen Grenze und — am 3. November waren die „Strafbayern" wirklich in Kurhessen eingerückt, dem von Preußen offen aufgestellten „casus belli" offen trotzend. Preußen war der ganzen europäischen Presse bereits zum lauten Gespötte geworden. Die Brüsseler Independance schrieb: „Les Bavarois ont envahi l'Electorat. Que va faire la Prusse? Que vont devenir les ordres transmis au général de Groeben?" und sie antwortete: „La Prusse reculera une fois de plus!" Aus demselben Tone sprachen Times, Herald, fast die gesammte Presse des In- und Auslandes. Daß sich in diesen Tagen Schmerz und Unmuth auch in der Köln. Zeitung ein wenig wärmer und heftiger aussprachen, wen könnte das wundern? Drei Leitartikel dieser Tage,**) — nicht von mir geschrieben, jedoch ihrem wesentlichen Inhalte nach auch meiner Ansicht und Stimmung durchaus entsprechend, sind — wegen „Schmähung der Anordnungen der Obrigkeit" und wegen „Verletzung der Ehrfurcht gegen den König" vor Gericht gestellt, aber — freigesprochen worden.

Inzwischen war, nachdem Herr v. Radowitz am 3. November war entlassen worden, weil man eine Mobilmachung verworfen hatte, am 6. November dennoch eine allgemeine Mobilmachung wirklich beschlossen. Es gab in ganz Europa wohl nur wenige urtheilsfähige Männer, welche unter den obwaltenden Umständen dieselbe noch für mehr als eine — kostspielige Demonstration hielten. Was man ernstlich erreichen wollte und erreicht hat, die Stipulation von Olmütz,

---

*) K. Z. 1850. Nr. 178 (20. Juli).
**) Besonders Leitartikel, K. Z. 1850. Nr. 268 (8. November).

— das wäre auch selbst am 6. November noch ohne alle Mobilmachung zu haben gewesen. Indeß — die Köln. Zeitung hielt es nicht für patriotisch, diese Ansicht sogleich auszusprechen. Den diplomatischen Verhandlungen hätte man durch die größte Offenheit nicht schaden können; das Ausland wußte doch, wie es daran war. Aber man mußte fürchten, vielleicht die Abneigung der eingezogenen Landwehr gegen ein so nutzloses Opfer in einem Augenblicke aufzuregen, wo dieselbe gefährlich sein konnte. Die Köln. Zeitung unterstützte deshalb in dieser Zeit noch immer die Absichten der Regierung, welche diese in ihren Blättern zu bekennen für gut fand. Die ministerielle Deutsche Reform hatte eine „Ehrenvolle Lösung" vorgeschlagen, — derzufolge zuerst die bisherige preußische Union in Berlin und der österreichische Bund in Frankfurt gleichermaßen aufgehoben oder suspendirt, dann ein gemeinsamer „weiterer Bund" vorweg vereinbart, aber innerhalb desselben das „freie Unionsrecht" und damit die „Base der Union" — gewahrt werden sollten. Die Köln. Zeitung ging sogleich auf diesen Gedanken ein, — um nur noch etwas zu retten, wenigstens den Schein eines durch die Mobilmachung errungenen Resultates. In diesem Sinne redete sie, — da ja ein Mehreres doch nicht mehr zu erlangen war — sogleich zur Güte. „Wir wollen jetzt" — so schrieb ich sofort in Anschließung an den Reform-Artikel — um so weniger ein „aut Caesar aut nihil", weil unsere Regierung alle Vorbereitungen versäumt und uns ohne alle festen Allianzen dem verschworenen Absolutismus des gesammten Osteuropa isolirt gegenübergestellt hat .... So lange die Kleinstaaten in Deutschland fortbestehen sollen und Preußen nicht zerstückelt ist, kann es einen definitiven Rechtszustand für Deutschland gar nicht geben, als allein in der Gestalt des Bundesstaats, wie derselbe in seinen wesentlichen Grundzügen — der Frankfurter März- und der Berliner Maiverfassung gemeinsam ist. Es kann sich daher dermalen ja doch nur darum handeln, wie bald dies Definitivum erreicht werden soll, z. B. wie lange sich die größern unter den Kleinstaaten in einem blos völkerrechtlichen weiteren Bunde mit ihrem Constitutionalismus aufrecht erhalten können. Wenn Preußen auch auf eine vorgängige Reconstruction des „weiteren Bundes" eingehe, — so lange es nur das „„freie Unirungsrecht"" des Art. IX. der alten B.-A. so aufrecht erhalte, daß eine „„Union"" mit vereinigter Vertretung und einheitlicher Executive darauf sich gründen könnte, — so lange sei in der That die Einlösung des Königsworts vom 15. Mai mehr nur vertagt als aufgegeben. Darum könne solche Lösung also noch immer für „„ehrenvoll"" gelten und die Mobilmachung würde in ihr allerdings ein leidliches Resultat finden."*) Und genau in derselben Weise sprach sich wenige Tage darauf (21. November) auch die „Thronrede" selber aus. Das Ministerium ließ Se. Majestät den versammelten Kammern zur Eröffnung der neuen Session vom Throne erklären:

*) K. Z. 1850. Nr. 275 (16. November).

„Ich halte an dem Gedanken, der meinen bisherigen Bestrebungen zum Grunde liegt, in Hoffnung auf die Zukunft fest, werde aber dessen Verwirklichung auf neuen Grundlagen erst dann wieder aufnehmen, wenn über die künftige Gestaltung des gesammten deutschen Vaterlandes entschieden sein wird." Stark betonte die Thronrede zugleich die Rüstungen — „um die Summe der Rechte zu schützen, die Gott in unsere Hand gelegt hat." Man mußte bei diesen Worten an die Unions-Vorstandschaft denken; die alten Rechte Preußens von vor 1848 bedrohte ja Niemand. — Aber schon am 29. November kam es zu den bekannten Punctationen von Olmütz — und Preußen ging „besiegt" in die „freien Conferenzen" hinein! Zwei und dreißig Millionen Thaler — die achtzehn am 21. Februar 1850 zur Durchführung der Union von den Kammern bewilligten Millionen und noch vierzehn nicht bewilligte obendrein — waren ausgegeben, ohne irgend ein ersichtliches Resultat und der Eindruck dieser vergeblichen Mobilmachung auf die Stimmung der Landwehr wird, fürchte ich, noch sobald nicht wieder überwunden sein. Was wäre nicht mit einer allgemeinen Mobilmachung zu erlangen gewesen, wenn dieselbe damals, als die Köln. Zeitung sie hoffte, im April 1848 oder April und Mai 1849 beliebt worden wäre!

Hiermit war der Kreislauf der „deutschen Täuschungen", der mit der vom Grafen Dönhoff unterzeichneten Proclamation des Bundestags d. d. 3. März 1848 begonnen hatte, vollendet. Das Verhalten der Köln. Zeitung während dieses wahrlich drangvollen Zeitraums (von 1848 bis Ende 1850) ist offen dargelegt. Was man ihr sonst mag vorwerfen wollen, — den Vorwurf eines Mangels an deutschem und preußischem „Patriotismus" kann nur der verblendetste Parteiwahnsinn oder die schamloseste Verläumdung gegen dieselbe erheben!

IV. Zeitraum der siegenden Reaction.

1. Die „Reactivirungen“. Von 1851 bis 1853.

Und abermals begann eine ganz neue Zeit. Zu Olmütz waren die deutschen Einheits-Bestrebungen für's Erste auf unbestimmte Zeit begraben worden. Müßige Trauer aber steht Niemandem gut an, am wenigsten — einer Zeitung. Kaum waren die Nachrichten über die Vertragsbestimmungen von Olmütz so genau, daß sich an der gänzlichen Vollendung der Niederlage unserer Unionsbestrebungen nicht mehr zweifeln ließ, — da verkündete die Kölnische Zeitung auch sofort ein neues Programm, d. h. den Plan eines neuen Weges zu den alten Zielen. „Insbesondere“ — so erklärte sie — „kommt es jetzt für Preußen gerade darauf an, mit Vertagung des gescheiterten Einheitsgedankens, sich für den Freiheitsgedanken mit allen constitutionell-gesinnten deutschen Staaten — (vorzüglich Hannover) und ebenso mit dem antirussischen europäischen Westen (vorzüglich England) fest zu verbinden.“

Am 6. Februar 1850 bereits war im Rittersaale zu Berlin die revidirte Verfassung von dem Könige feierlich beschworen worden. Und diese Verfassung bot, — wie viel ihre Bestimmungen über die jährliche Budgetbewilligung, über den Erlaß provisorischer Gesetze auf dem Verordnungswege u. dgl. auch noch zu wünschen übrig ließen, jedenfalls schon einen weit breiteren Rechtsboden für die Volksvertretung, als 1847 der „Vereinigte Landtag“ besessen hatte. Insofern hätte man hoffen dürfen, das Werk einer stetigen Rechtsfortbildung eben da wieder aufzunehmen, wo die Märzstürme von 1848 dasselbe unterbrochen hatten. Aber — leider in andern Beziehungen hatten die Umstände sich gegen 1847 sehr verschlimmert. Während die Zahl derer, die, wie Herr v. Radowitz, von der Liebhaberei für phantastische Restaurations-Versuche zum Verständnisse einer wahrhaft „historischen“ Realpolitik fortgeschritten waren, leider sehr klein blieb im Vergleiche zu der Zahl derer, die sich von der Erbitterung gegen die Auswüchse und Rücksichtslosigkeiten des Jahres 1848 nun zu einer um so leidenschaftlichern Anklammerung an die Plane einer gründlichen „Contre-Revolution“ hinreißen ließen, während dessen zeigten zugleich die „gemäßigten“ Freunde des Fortschrittes, zeigte namentlich die Masse des

doch von der Contre-Revolution am meisten gehaßten und bedroheten Mittelstandes eine Mattigkeit, Bequemlichkeit und Muthlosigkeit, welche gegen ihre Haltung von 1847 jammervoll abstach, und die Gegner zu den kühnsten Planen ermuthigte. Darum war auch der Erfolg des neuen Kampfes auf dem alten Felde jetzt der ganz umgekehrte. Wie von 1840 bis 1848 langsam aber allseitig und unwiderstehlich der bürgerliche Fortschritt gesiegt hatte, so siegte seit 1851 in unwiderstehlichem Andrange die ritterschaftliche Reaction mit ihren — „Reactivirungen."

Hier muß ich etwas weiter ausholen und etwas genauer eingehen; — denn hier stehen wir an dem eigentlichen Mittelpunkte des Kampfes, in welchem meine Redaction zuerst gelähmt und gefesselt wurde. Hier finden wir die wahren Motive der gegen die Kölnische Zeitung und gegen mich erhobenen unerbittlichen Verfolgung!

Die ritterschaftliche Reaction in Preußen ging schon seit Herbst 1848 mit kecker Entschlossenheit zu Werke. Gleich am ersten Tage nach der Königl. Eidesleistung hatte die N. Pr. Z. sich nicht gescheut, dem Eide des Königs allerlei „Vorbehalte" anzudichten und dann noch hinzuzusetzen: „natürlich sind wir fern davon, gegen ein Gesetz uns aufzulehnen, so lange es die Weihe dessen trägt, dem wir von Alters her zum Gehorsam eidlich verpflichtet sind." Zu diesem sehr kecken „so lange" hatte an demselben Tage Herr v. Gerlach in der ersten Kammer den Commentar gegeben. Es wurde eben das Ablösungs-Gesetz verhandelt und der Reactionspartei war Alles daran gelegen, in den ihr tödtlich verhaßten Art. 42. der eben beschworenen Verfassung irgend eine, künftig zu erweiternde Bresche zu legen. Dazu sollte die Unablöslichkeit der „Renten frommer Stiftungen" dienen. Umsonst versicherte Herr v. Manteuffel, damals noch Minister des Innern, im Königreich Sachsen sei die Ablösung vollständig durchgeführt, „mit dem Beifalle der Berechtigten eben so sehr, wie der Verpflichteten", und man dürfe hoffen, daß dieser Beifall künftig auch in Preußen nicht ausbleiben werde; die eigentlichen Führer der ritterschaftlichen Partei wollten es eben zu einem versöhnenden Abschluß nicht kommen lassen! Es erklärte das vor- und rund-schauende Haupt jener extremen Coterie, welche einen versöhnlichen Abschluß und eine Consolidation auf der neuen Grundlage eben ausdrücklich nicht wollte, — Herr v. Gerlach (laut dem stenogr. Bericht) alsbald: „Die 150 Mill. Rentenbriefe, denen wir entgegengehen, werden zugleich dem Börsenspiel und der Demagogie anheimfallen. ... Da man mir und meinen Freunden den Verfassungs-Eid als etwas vorgehalten hat, so kann ich nicht umhin, am heutigen Tage, der auf den gefolgt ist, wo wir den Verfassungs-Eid geleistet haben, hier die Behauptung aufzustellen, daß, wenn ich zur Annahme dieses Gesetzes riethe, ich mich eines größern Bruches dieses Eides für schuldig halten würde, als wenn ich die Kassirung der Paragraphen der Verfassungs-Urkunde, die von den Kammern handeln, durch eine

Kabinets-Ordre empfehlen würde!" Diese extreme Coterie, welche in der Kreuzzeitung ihre Kanzel hatte und von der fast die gesammte — im Herzen gewiß viel gemäßigtere — östliche Ritterschafts-Partei sich leiten ließ, behielt sich eben vor, *jeden* beliebigen Artikel der Verfassungs-Urkunde, welcher zu ihren Tendenzen nicht paßte, für — „sündlich" zu erklären, und dann frisch weg von — „*Bußethun*" und „*Kassiren*" zu reden! —

Eine solche Partei, die ihr eigenes subjectives Gutfinden als: „Gottes Gebot" — über alles Gesetz und objective Recht hoch hinaussetzte, eine solche hatte es 1847, wenigstens öffentlich, noch gar nicht gegeben. Mit ihr mußte der Kampf in der Presse um so mehr baldigst ein sehr bitterer werden, weil sie ihre Feinde immer sofort als — „Feinde der Gebote Gottes" bezeichnet. Mit der Preßfreiheit kann Jemand, der sich einmal auf solchen Standpunkt gestellt hat, es niemals ehrlich meinen. Wenn die Wahrheit sich nicht aus dem Kampfe entwickelt, wenn die Eine Partei sich selber schon im vollständigen Besitze derselben glaubt, und darum auf Seiten ihres Gegners nichts mehr, als Lüge und Blendwerk der Hölle sieht, — dann allerdings kann für sie kein Grund vorhanden sein, der „Lüge" mehr Spielraum zu lassen, als sie durch die Ungunst der Umstände gezwungen wird. Wie Omar alle Bücher außer dem Koran verbrannte, so ist es nur consequent, wenn die Coterie darnach strebt, neben ihren Kreuzzeitungen keine andere Presse in Preußen zu dulden!

Nach dem Tage von Olmütz begann die gesammte Reactions-Partei alsbald mit verdoppelter Kühnheit das Haupt zu erheben. Der Sieg der Fremden über Preußen war ja ihr Sieg und — guten Theils auch ihr Werk gewesen! Der erste Streit zwischen ihr und uns erhob sich 1851 auf dem Gebiete des Verfassungsrechts. Die Verfassung enthält die *Verantwortlichkeit der Minister* und bestimmt, daß ein besonderes Gesetz die näheren Formen des Verfahrens regeln werde. Die Regierung legte den betreffenden Gesetzentwurf vor, die Partei widersprach. In der zweiten Kammer (in der Sitzung vom 1. Febr. 1851) stützte Herr von *Kleist-Retzow* seinen Widerspruch darauf, — daß die Verf. Urk. von 1850 „nicht unsere ganze preußische Verfassung enthält, daß es vielmehr Grundsätze giebt, älter, wichtiger, heiliger als irgend eine Bestimmung dieser Verfassungs-Urkunde. Lassen Sie mich nur Einen erwähnen, den: „„daß Preußen eine Monarchie ist, daß wir in Preußen einen König haben müssen. . . ."" Das versteht sich von selbst, daß solche Grundsätze unserer Verfassung, die durch diese Urkunde wohl modificirt, aber keineswegs ganz umgestaltet und neu begründet werden sollten, — mit unter diesen Paragraphen fallen! . . ." (St. Br. S. 129.) Die Zweite Kammer nahm mit geringen Modificationen den Entwurf an, — die Erste aber verwarf denselben, weil in ihr jene Partei die Mehrheit hatte, welche den Ministern auch für verfassungswidrige oder doch zweifelhafte Reactivirungen die Straflosigkeit sichern wollte. Diese Erste Kammer stimmte gleich

darauf auch wirklich einem Antrage Dentzin-Itzenplitz auf „Revision der Gemeinde-Gesetzgebung vom 11. März 1850" bei, und die Kreuzzeitung unterstützte diese Bestrebung in einer Weise, welche über die gewaltige Tragweite derselben nicht den mindesten Zweifel übrig ließ. Auch der königliche „Thron" könne nicht dauerhaft bestehen, lehrte sie, wenn nicht die „Obrigkeit" auch in den untern Kreisen hergestellt und die Gutsherrn in ihrer alten Autorität von Gottesgnaden wieder anerkannt würden. Aber solle gründlich geholfen werden, so müsse die gesammte bisherige „Staatsschulmeisterei" und das gesammte landrechtlich „inficirte Beamtenthum" gründlich umgewandelt werden. „Das Uebel im Staate" — versicherte jetzt schon die Kreuzzeitung — „hat seinen Grund in der ganzen Richtung unserer Zeit und der dieser entsprechenden theoretischen Bildung, welche unsere Beamten auf Schulen und Universitäten genossen und in der praktischen, welche sie später durch die Institutionen des Staats selber erhalten haben. . . . Unter allen Beamten aber sind die Richter und die mit den bäuerlichen Regulirungen beauftragten den größten Versuchungen ausgesetzt, denn sie leiden noch außerdem unter dem demoralisirenden Einflusse des mit revolutionären Irrlehren reichlich durchwebten allgemeinen Landrechts." Es war doch klar — wo das hinaus wollte!

Der Kampf in der Presse entbrannte und ich würde es für eine grobe Pflichtvergessenheit gehalten haben, wenn ich nicht in der Köln. Zeitung für den hier bedroheten wichtigen Punkt der Verfassung (Art. 42. d. V. U.) sogleich eine heiße und hartnäckige Vertheidigung eröffnet hätte. Andere Fragen mußten gegen diese für den Augenblick zurücktreten. Dafür aber wurde die Kreuzzeitung täglich erbitterter gegen das „Haupt-Organ des rheinischen Klüngels." Die verhältnißmäßige große Einmüthigkeit, mit der die Abgeordneten aus Rheinland und Westphalen den lebhaft auftauchenden Reactivirungs-Tendenzen sich entgegenstemmten, war der Partei höchst unbequem und eben darum auch die Aufmerksamkeit, mit welcher die Köln. Zeitung alle Kammer-Abstimmungen überwachte und die Pünktlichkeit, mit welcher sie den Wählern sofort Nachricht gab, sobald auf irgend einen der Herrn Abgeordneten die von der Kreuzzeitung gepriesenen Bekehrungsmittel: „Zuckerbrod und Peitsche", gewirkt zu haben schienen. Die Partei nahm innerhalb und außerhalb der Kammern alle ihre Kräfte zusammen, um den Widerstand gegen ihre Absichten gewaltsam zu brechen. Die plötzliche Entlassung Hansemann's als Bankchef und besonders die Art, wie Herr von Bismark-Schönhausen derselben in der Kammer gedachte, zeigte, wie die „kleine aber mächtige Partei" bei dem errungenen Besitze der Macht auch selbst den Genuß der Rache sich nicht mehr versagen wollte. Die Mehrheit der zweiten Kammer sprach recht beweglich gegen diese Partei; aber wenn es zum Abstimmen kam, war das Resultat jedesmal irgend eine — gänzlich wirkungslose Halbheit. Wo waren die Männer hingekommen, welche 1847 die Ostbahn und die Rentenbanken geopfert hatten?! — Die Köln. Zeitung hielt

es aber für Pflicht, sich nicht einschüchtern zu lassen und erst ganz bestimmten Befehlen der Gewalt zu weichen.

Allein — dieser Augenblick rückte sichtlich heran.

Die N. Pr. Ztg. hatte sich berühmt, auch der Prinz von Preußen habe einer Deputation von Pommern gegenüber „Besorgnisse für die Zukunft" geäußert und erklärt, daß „Preßgesetz, Wahlgesetz und Gemeindeordnung" einer „conservativeren Grundlage" bedürften. Die Kölnische Zeitung brachte darauf (19. Februar 1851) einen Artikel: „Der Prinz von Preußen und die Reaction" — in welchem es hieß: „Höchst bedauerlich ist es, daß man es scheint verstanden zu haben, den geraden Sinn des Prinzen über die dabei (d. h. bei Aufstellung solcher Forderungen in der neupreußischen Presse) obwaltenden junkerlichen Tendenzen wirklich zu täuschen." Der Artikel erinnerte dann, wie die Abschaffung der vielen „Obrigkeiten" (d. h. der Dominialpolizei) bereits 1808 durch den Freiherrn vom Stein als ein Mittel der Kräftigung des Staates gefordert worden, und wie man 1848 in Rheinland und Westphalen, wo man die erstrebten conservativen Institutionen nicht besitze, weit bessere Ordnung gehalten und weit conservativere Abgeordnete gewählt habe, als z. B. in Schlesien. Er erinnerte, wie das Wahlgesetz seine „conservativere Grundlage" eben „am besten in Anlehnung an die neuen Gemeindeordnungen" erhalten könne, wie aber die Neupreußen nur den „Widerstreit der Stände" von neuem künstlich restauriren wollten.*) Ob der Artikel vielleicht ein Anlaß geworden ist, das Streben der Köln. Zeitung bei dem Prinzen von Preußen noch besonders zu entstellen, das weiß ich nicht. Im folgenden April aber äußerte Se. Königl. Hoheit der Prinz auf einer Durchreise durch Köln gegen eine zu seinem Empfange erschienene Gemeinderathsdeputation, — dazu veranlaßt durch die Anrede ihres ultramontanen Sprechers, der auf die subversiven Tendenzen der Presse anspielte, (die freilich 1848 die sehr „subversive" Wühlerei seiner Partei in der Rhein- und Moselzeitung gehörig überwacht hatte): — „Ja, die Presse ist schlecht, die Kölnische Presse muß sich bessern; — sie säet Zwietracht und reizt zur Unzufriedenheit."

Mich schmerzte der — meiner besten Ueberzeugung nach — sehr unbegründete Vorwurf heftig und reizte mich zu einer öffentlichen Entgegnung, die, so ehrerbietig sie im Uebrigen auch war, dennoch vielleicht schicklicher unterblieben wäre. Ich war mir zu gewiß bewußt, eher einiges Verdienst um die „Eintracht" zu haben und zwar gerade auch darin, — daß ich den Bestrebungen der Partei, welcher jener unberufene Gemeinderathssprecher — gegen dessen Rede auch der Gemeinderath selber nachträglich protestirte — angehört, den „ultramontanen", stets nach Kräften entgegenwirkte. Und was die andere Partei angeht, die „neupreußische" — so war ich mir bewußt, daß ebenfalls

*) K. Z. 1851. Nr. 43.

allein diese es war, von welcher das „Zwietrachtsäen“ zwischen Ständen und Provinzen ausging, während im Gegentheil unsere „constitutionelle“ Partei es war, welche alle Provinzen und Stände in ein allgemeines preußisches Staatsbürgerthum inniger verschmelzen wollte. Ich schmeichle mir heute mit der Hoffnung, — daß Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen seitdem, durch längeren Aufenthalt am Rheine, bereits einen tieferen Einblick in die wahre Natur und die wahren Tendenzen der in Rede stehenden drei Parteien wird gewonnen haben.

Es folgten alsbald der erzählten Anklage des Prinzen — entsprechende Vermahnungen des hiesigen Herrn Regierungspräsidenten zu „Vorsicht und Mäßigung“. Diese einstweilen mehr freundschaftlich als officiell — fanden deshalb bei mir eine um so willigere Aufnahme. Es konnte mir nicht widersprochen werden, daß die Sprache der Köln. Zeitung gegen die N. Pr. Ztg. schon immer weit anständiger gewesen war, als die der N. Pr. Ztg. gegen die Köln. Zeitung. Ich ging nun sofort daran, den reactivirungslustigen Gegnern mit Mäßigung nochmals die Gründe auseinander zu setzen, welche mir einer Herstellung der ältern Gemeinde- und Kreisordnungen in den östlichen Provinzen entgegen zu stehen schienen, und zugleich einige versöhnliche Vermittlungsvorschläge zu entwickeln, mittels deren den Rittergütern eine gewisse Exemtion, wenigstens vom Schulzenbanne, bleiben könne. Ende April und Anfang Mai brachte die Köln. Ztg. hierüber eine Reihe im höchsten Grade versöhnlich geschriebener Artikel. Aber — die Kreuzzeitung beharrte auf ihrem schlechten Tone des geringschätzigen Hohnes gegen die Köln. Zeitung und die „rheinischen Geldsäcke“! — Da nahte die feierliche Enthüllung des Friedrich-Denkmals — (am 31. Mai 1851) und die N. Pr. Ztg. suchte das Fest im Voraus als ein Fest darzustellen, an welchem den neuerworbenen Provinzen nur eine sehr untergeordnete Theilnahme zustehe. Dies führte dann auch die Köln. Zeitung, — da man ja jenseits von Verständigung und Vermittelung nichts wissen wollte — zu einem etwas heftigeren Gegenartikel. Sollte denn die N. Pr. Ztg. und die sie leitende Coterie ein Privilegium der Unantastbarkeit haben? Es hieß in demselben: „Es muß jedem Unbefangenen als ein lächerliches Beginnen erscheinen, Friedrich II. zu einem Helden des specifischen Neupreußenthums gegenüber dem nationalen Deutschthums erheben zu wollen! Es war ein kindisches Beginnen, wenn die N. Pr. Ztg. sich die letzten Tage über damit abquälte, dem Berliner Kleinbürgerthume des breitesten zu erzählen, wie väterlich der große König insbesondere für seine lieben Berliner gesorgt, wie er so zu sagen unter der Hand und heimlich sie mit manchen Privilegien und Exemtionen begnadigt habe. Auch der kleinste Berliner Bürger, Meister und Geselle, wenn er an seinen „alten Fritzen“ denkt, denkt dann nimmermehr an seine engen Berliner Stadtinteressen; er denkt dann allein an den Mann, der Preußen zur europäischen Großmacht erhob, der dem deutschen Volke zuerst wieder eine allgemeine Standarte des Ruhmes und ein neu erstehendes geistiges Vaterland

zurückgab ....“ Dann die Geschichte von 1792—1808 kurz berührend, fährt der Artikel fort: „Freilich diese Staatsmänner im Geiste Friedrich's haben genug zu kämpfen gehabt mit dem märkischen Junkerthum und hätte es nach dem Sinne der „„Specifischen““ gehen können, ... so regierten jetzt vielleicht die Kinder irgend eines französischen Marschalls an der Stätte, wo sie heute das Denkmal des großen Königs enthüllen! ... Inzwischen der Geist Friedrich's siegte und das kurmärkische Bürgerthum hat bei Großbeeren und an hundert andern Stellen genugsam gezeigt, daß von ihm nicht gilt, was Gneisenau und Stein, allzu schnell generalisirend, auf das ganze Land übertragen hatten. Friedrich's Erbe ist nicht zersplittert, sondern gemehrt worden; unter seinem Denkmal stehen heute die Deputationen treuer, neuerworbener Städte, die nichts, gar nichts gemein haben mit dem specifischen Preußenthume, die aber voll Zuversicht harren des Tages, da ein neuer Friedrich den Rest des angefangenen Werkes vollenden und die 1849 kleinmüthig ausgeschlagene Krone mit fester Heldenhand sich auf's Haupt setzen wird! — Mag Herr von Westphalen die Dominialpolizei und die Kreisstände und die Provinziallandschaften restituiren zu können sich einbilden, — im Angesichte des ehernen Heldenbildes unter den Linden wird jeder Vorübergehende die Achseln zucken über so kindisches Gethue und im Geiste den Tag voraus sehen, wo das Volk des großen Königs, so gut, wie früher die Schmach von Jena, auch die Schmach von der Eider und von Fulda mit treuem Volksblute von seinen Fahnen waschen wird!“ *)

Die eben genannten „westphalen'schen Reactivirungen“ bewegten eben alle Gemüther. In ihnen war die Frage gestellt: Versöhnung und Befestigung der politischen und socialen Verhältnisse auf der am 6. Februar von der Krone und den Kammern beschworenen Grundlage des allgemeinen Staatsbürgerthums, — oder neue Aufwühlung des alten Stände-Streits und neue Versuche, für das platte Land die Reste der schon 1808 aufgehobenen Erbunterthänigkeit fest zu halten und so auch das politische Uebergewicht der Ritter zu organisiren? Noch am 30. April, bei der Schlußberathung des Einkommensteuergesetzes in der zweiten Kammer, hatte der Finanz-Minister v. Rabe auf Befragen erklärt, „daß, so lange, bis die Bezirksvertretung des Gesetzes vom 11. März 1850 definitiv organisirt sein werde, diejenigen Anordnungen maßgebend seien, welche von dem früheren Minister des Innern (durch das Regulativ vom 3. Juni 1850) zur Bildung einer interimistischen Vertretung angeordnet“ sei. Der neue Minister, Herr v. Westfalen, war dieser Erklärung beigetreten. Allein kaum waren die Sitzungen der Kammern am 9. Mai geschlossen worden, — da erschienen die beiden Circular-Erlasse des Herrn v. Westfalen vom 15. und 28. Mai, welche die Einberufung der alten Kreis- und Provinzial-Stände anordneten, sowohl behufs der Ausführung

*) K. Z. 1851. Nr. 131.

des Einkommensteuer-Gesetzes, wie auch zur Begutachtung einer vollständigen Umwandlung der durch Verfügung vom 17. Mai suspendirten Gesetze vom 11. März 1850 —! Hiermit waren die Würfel geworfen. Nicht blos die „Constitutionellen" legten Proteste wegen Untergrabung und Verletzung der Verfassung ein; selbst aus der Mitte der conservativsten Kreise — z. B. vom Grafen v. Fürstenberg-Stammheim und vom Herrn v. Bethmann-Hollweg — wurden eben solche „Proteste" erhoben und das Erscheinen in den reactivirten Versammlungen verweigert. Es war aber nicht mehr daran zu zweifeln, daß auch das Ministerium zu Allem entschlossen sei, und mit der Anwendung von „Zuckerbrod und Peitsche", wie die Kreuzzeitung sich ausdrückte, nicht geizen werde. Und bald zeigte sich, daß man eben so gut, wie gegen höhere und niedere Beamte, die sich „renitent" zeigten, eben so gut auch gegen die Presse mit Strafen und Einschüchterungsmitteln vorgehen werde. Der Trier'schen Zeitung war im Juni bereits der „Postdebit" entzogen worden; am 16. Juli wurde ihrem Verleger die Concession völlig entzogen und ihm die Beschreitung des Rechtswegs über diese Auslegung des Preßgesetzes vom 12. Mai d. J. verschlossen. Die eigentliche Absicht ging aber nicht gegen die Trier'sche, sondern gegen die Köln. Zeitung. Die Kreuzzeitung erklärte gelegentlich schon offen heraus: „Die „„demokratische"" Presse, wie die Trier'sche Zeitung, sei viel minder schädlich, als jene gleißend „„constitutionelle"", welche — wie die Kölnische Zeitung — am Rheine nicht nur „„die Treue gegen Preußen"" untergrabe, sondern auch täglich daran arbeite — alle deutschen Rechtsbegriffe zu verfälschen und zu verwälschen."

Inzwischen war im Juli Herr von Kleist-Retzow zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz ernannt; eine Ernennung, die im ganzen Lande — und über Preußen und Deutschland hinaus — gar nicht mißverstanden werden konnte. Auch die Köln. Zeitung verstand dieselbe. Sie brachte nur Auszüge aus zwei Artikeln des Journal des Debats über diese damals Staunen erregende Ernennung und schloß dann: „Wir haben dem Obigen nichts hinzuzufügen, als daß es doch traurig wäre, wenn wir uns wieder den alten Zeiten nähern sollten, wo der Deutsche die Gedanken, die sich ihm bei Betrachtung seines Vaterlandes aufdrängen, nur in fremder Sprache lesen konnte."*) So viel war klar, — die Regierung war jetzt entschlossen, eine Politik einzuschlagen, bei welcher es ihr unmöglich war, die Preßfreiheit, d. h. eine nur vor den Gerichten verfolgbare, von der Verwaltung aber unabhängige Tagespresse — bestehen zu lassen.

In der That, die Tage der freien Discussion sollten bald für die Köln. Zeitung zu Ende sein! Die N. Pr. Zeitung wiederholte unermüdlich gegen die Köln. Zeitung den Vorwurf einer — blinden „Wuth gegen alles ständische Wesen" und eines aus der Begeisterung

*) K. Z. 1851. Nr. 170.

für den „französischen Kopfzahl-Constitutionalismus" stammenden „fanatischen Hasses gegen alles deutsche Recht", und gab dabei zu verstehen, daß der rechte Mann schon gefunden sei, der es verstehen werde, ihr „tüchtig auf den Mund zu klopfen." Noch einmal wollte ich der ewig wiederholten Entstellung umständlich antworten. Konnte auch die Widerlegung voraussichtlich nichts nützen, so schien sie doch Pflicht zu sein. Unter der Ueberschrift: „Zur Abfertigung" schrieb ich zunächst einen lebhafteren polemischen Artikel, in welchem ich der Kreuzzeitung erklärte, ihr über meinen politischen Haß und meine politische Liebe eine kurze Belehrung zukommen lassen zu wollen. Ich citirte ihr die Beweise dafür, wie ich den „französischen Constitutionalismus" in der Köln. Zeitung schon bekämpft habe, als die Kreuzzeitung noch gar nicht existirte, und sagte dann wörtlich weiter: „Die Köln. Zeitung hat es immer als eine eben so tyrannische wie thörichte Anmaßung verworfen, wenn man aus dürftigen Gleichberechtigungs-Principien dem Staate die Pflicht und die Macht zuschrieb, die gesammte bürgerliche Gesellschaft nach irgend einem idealen Plane kraft souverainer Gesetzgebungsgewalt umzuformen, und hat ihrerseits im Gegentheil dem Staate, neben der überwiegenden Schutzpflicht, höchstens einen sehr bescheidenen Hebammen-Beruf in Bezug auf die naturwüchsige Fortbildung der Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft vindicirt. Freilich das haben wir dem Staate nicht zugemuthet, und dazu allerdings halten wir ihn am allerwenigsten berechtigt, daß er die natürliche Fortbildung der Gesellschaft gewaltsam hemmen, daß er den natürlich entstandenen neuen Verhältnissen und Rechten ihre formelle Anerkennung, ihre legislativen Geburtsurkunden verweigern und dagegen in der Wirklichkeit bereits untergegangenen Verhältnissen, zu Unrecht verkehrten ehemaligen Rechten zu einer künstlichen Lebensfristung — „„Vernunft wird Unsinn, Wohlthat Plage"" — seinen starken Arm leihe. Wie lange würde bei dem Versuche solchen Regiments sein Arm wohl stark bleiben? So absurd die Forderung einer idealistischen Demokratie ist: der Staat solle mit den Kräften der gegenwärtigen Gesellschaft (andere hat er ja nicht) diese zu Gunsten einer bessern zukünftigen bewältigen; eben so absurd, aber viel weniger ideal freilich, ist die Forderung überlebter Privilegien: der Staat solle mit den Kräften der Gegenwart diese Gegenwart unter dem schon halb abgeglittenen und täglich mehr abgleitenden Joche der Vergangenheit festhalten. . . . Wenn wir hiermit die Kreuzzeitung grober Unwahrheit hinsichtlich der uns schuld gegebenen Liebe für den . . . französischen Scheinconstitutionalismus überführt haben, so wollen wir ihr ebenfalls noch in Kürze sagen, was wir — in Wahrheit „„hassen"". Wir hassen — den Egoismus, der mit tönenden Redensarten der Treue, Ehre, Freiheit ꝛc. die Unterdrückung seiner Mitbürger erstrebt und die natürliche Entwicklung und Kräftigung seines Volks auf dem Altare seiner eigenen beschränkten Privatinteressen hinopfern möchte; wir hassen den Unsinn, mit dem ein egoistisches Gelüste einer längst überwundenen Minorität, einer

ohnmächtigen Handvoll Menschen, unter dem Vorwenden tiefsinniger Staatsweisheit, dem Staate zumuthet, die gesammte bürgerliche Gesellschaft gegen deren Willen und mit der eigenen Kraft derselben ihrem Coterie-Interesse unterthänig zu erhalten und seine ganze Macht, ja, seine Existenz für diese hirnverbrannte Forderung einzusetzen. . . . Die Coterie, gegen welche wir neuerdings täglich zu kämpfen hatten, tritt nicht zum ersten Male in der preußischen Geschichte auf und ihre Phrasen sind schon von einem Größeren und Besseren vor uns gekennzeichnet und abgefertigt worden. Schon seit 1807 und 1808 hat sie mit denselben Gründen, wie heute uns, einen Mann bekämpft, der zwar ein „„Rheinländer““, aber wahrlich kein „„verwälschter““ war, und als sie es 1810 seinem Nachfolger und Werkfortsetzer ähnlich machte, und denselben mit Adam-Müller'schem zweideutigem Tiefsinn überschüttete, nur um sich der Steuern zu erwehren und ihre Privilegien und Exemtionen zu erhalten, da schrieb jener Rheinländer (Freiherr vom Stein) an Wilhelm von Humboldt: „„Alles dies ist nichts, als ein verfeinerter Egoismus und die jenseits der Elbe so sehr überhand nehmende Manier, über eine ganz gewöhnliche Handlungsweise eine Sauce hochtönender preciöser Phrasen zu gießen.““*)

Hiermit waren die obersten Principien der „historischen" oder „realen" Politik, wie ich schon in meinem Antritts-Programm von 1846 sie dargelegt hatte, nochmals auseinander gesetzt. Ich wollte nun auf dem Wege der ruhigen und versöhnlichen Erörterung noch ein Uebriges thun und die obigen Gedanken in einer längern Reihe von Artikeln auch in ihren praktischen Folgen weiter ausführen. Von diesen Artikeln besprach der erste, „das alte Preußen" überschrieben, die innere Politik des großen Königs und den politischen Geist des Landrechts,**) der zweite: „die Revolution", den Unsegen einer zu einseitig rationalistischen Rechtsauffassung***), der dritte: „das Programm eines neuen Preußens", das sogenannte Stein'sche Testament****); der vierte: „die Restauration", suchte die Unmöglichkeit zu zeigen, eine reactionaire Politik, die hinter 1808 zurückstrebe, noch wieder zu befestigen,†) was der fünfte: „Deutschland und Preußen seit 1814", noch specieller ausführte.††) Der sechste entwickelte dann, (um das Result des Vorhergegangenen zu ziehen) die wesentlichen heutigen „Forderungen der bürgerlichen Freiheit",†††) der siebente die „Forderungen der politischen Freiheit",††††) und — ein achter sollte die „Forderungen der religiösen und intellectuellen Freiheit" aufstellen, — konnte aber nicht mehr erscheinen!

*) K. Z. 1851. Nr. 177 (25. Juli).
**) K. Z. 1851. Nr. 189.
***) K. Z. 1851. Nr. 190.
****) K. Z. 1851. Nr. 193.
†) K. Z. 1851. Nr. 195.
††) K. Z. 1851. Nr. 196.
†††) K. Z. 1851. Nr. 199.
††††) K. Z. 1851. Nr. 202.

Statt seiner erschien eine Redactions-Erklärung vom 23. August, in welcher es heißt: „Wir sind leider von dem Mißgeschicke betroffen, uns das Mißfallen des gegenwärtigen Ministeriums zugezogen zu haben, dessen Maßregeln wir allerdings häufig und heftig bekämpften. Doch überschritten wir nie die gesetzlichen Schranken... Zwar haben wir in der letzten Zeit versucht, durch den Ton unserer Aufsätze möglichst wenig zu verletzen; es ist uns aber dessen ungeachtet gestern amtlich eröffnet worden, daß wir, wenn wir selbst in der Weise der letzten Tage fortführen, — „„die strengsten administrativen Maßregeln unvermeidlich zu gewärtigen““ hätten. Unter diesen Umständen würde es nicht blos Verkehrtheit, sondern Wahnsinn sein, wenn wir einen Streit fortsetzen wollten, der in wenigen Tagen mit unserm Untergange enden könnte. Unsere Ueberzeugung ist die nämliche, die damals uns beseelte, wo unser Eigenthum und Leben bedroht war, ja, der rohe, gewaltthätige Angriff der Menge schon begonnen hatte; wir können sie heute, wo der Irrthum uns anderswo zu liegen scheint, nicht ändern. Aber die Umstände verhindern uns, rücksichtslos, wie bisher, unsere Ueberzeugung auszusprechen; „Vera loqui timeo, dedignor dicere falsa!“ Wir werden uns daher von nun an fern halten von jeder Beurtheilung der Regierungs-Maßnahmen. Wir ersuchen unsere Herren Correspondenten in Preußen und in Deutschland sich so viel wie möglich auf genaue Angaben der Thatsachen zu beschränken und alles Raisonnements, das mißliebig werden könnte, zu enthalten. Unsere geschätzten Berichterstatter im Auslande mögen vor der Hand fortfahren, sich über auswärtige Zustände mit Freimuth zu äußern, dagegen die Anspielungen auf innere deutsche Angelegenheiten unterlassen.“*)

Es war nämlich Folgendes inzwischen vorgefallen. Se. Majestät der König war am 16. August auf der Rückreise aus den Hohenzollern'schen Landen in Köln eingetroffen und hatte am nächsten Tage an eine gemeinderäthliche Empfangs-Deputation eine sehr ungnädige Ansprache gehalten, welche sich auf die Köln. Zeitung bezog. Se. Majestät sollten, nach Angabe der „rheinischen Volkshalle“, ungefähr also gesprochen haben: „Ich bin nicht gekommen um Komplimente zu machen, sondern um die Wahrheit zu sagen und die ganze Wahrheit. Ich weiß, daß Sie im Punkte Ihrer Presse sehr sensibel sind; aber es ist nöthig, daß die Verblendung aufhöre, die kein Vertrauen und keine Anhänglichkeit aufkommen läßt, sondern nur Zwietracht verursacht in der Stadt und im Staate. Suchen Sie diesen feindseligen Geist zu verbannen; machen Sie, daß es besser werde. Demjenigen, was mein Bruder Wilhelm gesagt hat und der Rath, dem stimme Ich ganz

*) K. Z. 1851. Nr. 203.

bei, und sage siebenzig und wieder siebenzig Mal Amen dazu. Es ist Zeit, daß das bald aufhöre, sonst werde Ich es ändern; ich habe den Willen und die Kraft dazu. Sorgen Sie, daß es besser werde und zwar in kurzer Zeit; sonst können wir keine guten Freunde bleiben, und Ich versichere Sie, es werden die strengsten Maßregeln ergriffen werden."

Es versteht sich von selbst, daß die Köln. Zeitung vor der Majestät nur ehrfurchtsvoll verstummen konnte. Sie mußte es dem Gemeinderathe überlassen, ob derselbe Einiges zu ihren Gunsten und zu seiner Selbstrechtfertigung erwidern wollte. Im Gemeinderathe aber war die Mehrheit gegen eine zu diesem Ende beantragte „Adresse", weil eine mehr demokratische Fraction desselben seit Mai 1849 mehr dem politischen Pessimismus huldigte. Dagegen erhielt der Verleger nach wenigen Tagen durch den Herrn Regierungs-Präsidenten die amtliche Androhung der „strengsten administrativen Maßregeln" (Postdebits-Entziehung oder Concessions-Entziehung blieb zweifelhaft) für den Fall, daß die K. Z. ihre bisherigen Angriffe auf die Maßnahmen der preußischen Regierung nicht einstelle. Eine Tendenz-Aenderung wurde nicht verlangt, nur ein Einstellen der scharfen Polemik — und zwar sollte auch die schon ungemein sanfte „der letzten Tage" noch zu scharf gewesen sein. — Hierauf entschloß sich die Redaction jetzt zu der Haltung, wie sie in den oben mitgetheilten Sätzen ihrer Erklärung vom 23. August angekündigt ist.

Einer aufrichtigen Preßfreiheit hat sich meine Redaction seit jenem Tage (23. August 1851) nie wieder zu erfreuen gehabt. Das Damoclesschwert administrativer Vernichtung schwebte nicht allein fortwährend über dem Unternehmen, — sondern fortwährend sahen und hörten wir auch Parteianstrengungen, welche darauf ausgingen, das Haar, an dem es hing, zu zerreißen!

Zunächst hielt ich mich möglichst strenge an die obige August-Erklärung und ließ über Preußen in der Köln. Zeitung alles eigne Raisonnement schweigen. Nur der erfreuliche Septembervertrag wegen der Vereinigung von Steuerverein und Zollverein führte mich zu Erörterungen und volkswirthschaftlichen Vertheidigungen des Vertrags, die man allerdings wohl auch als eine Besprechung preußischer Politik ansehen konnte, doch jedenfalls nur als eine der Regierung ganz angenehme. Allein — wie strenge auch eigene Besprechungen fern gehalten wurden, — die Tendenz des Blattes zeigte sich ja immerhin noch aus der Auswahl des Stoffes. Die Erklärungen des Grafen von Fürstenberg-Stammheim, Bethmann-Hollweg wirkten auch ohne Zeitungscommentar! Gerade das aber war dem Oberpräsidenten, Herrn v. Kleist-Retzow nicht genehm. Er erstrebte offenbar einen Tendenzwechsel und da er bald begriff, diesen auf anderm Wege nicht erreichen zu können, vor allem einen — Redactionswechsel Indeß, er fand den Verleger und Eigenthümer, Herrn J. Du Mont

der 1848 auch der Demokratie muthig zu trotzen gewußt hatte, auch jetzt bezüglich der Tendenz-Frage — vollkommen fest! Mancherlei unbestimmte Drohungen und Verhandlungen verschiedener Art wurden vergeblich versucht. Dieselben führten schließlich in der ersten Hälfte des November zu persönlichen Verhandlungen des Verlegers mit den höchsten Behörden in Berlin selber. Nach verschiedenem Hin- und Herverhandeln, bei dem zuerst auch eine Erwerbung des Eigenthums der Zeitung für den Staat in Rede gekommen war, blieb das Resultat, zu dessen näherer Feststellung ich natürlich persönlich mit hinzugezogen wurde, im Wesentlichen: — die Kölnische Zeitung darf ihre Tendenz beibehalten und sie wird die Besprechung auch der preußischen Politik allseitig wieder aufnehmen; aber sie soll sich größter Mäßigung und Vorsicht befleißigen, und namentlich weder der Regierung noch den mit ihr stimmenden Kammerparteien „schlechte Motive“ unterlegen. Die Polemik sollte überhaupt alles „persönlich Verletzende“ vermeiden, doch wurde mir als Ausnahme ausdrücklich gestattet, auf etwaige verletzende Angriffe der andern (besonders neupreußischen) Blätter — innerhalb der gesetzlichen Grenzen mit gleicher Münze bezahlen zu dürfen.

Die Besprechung auch der preußischen Politik wurde jetzt allseitig wieder aufgenommen — aber ein sehr unbequemer Dämpfer blieb ihr aufgesetzt. Als ich gleich darauf die Kammereröffnung und die Thronrede zu besprechen hatte, erklärte ich offen: „Von einer eingehenden kritischen Besprechung dieser Rede, so wie überhaupt von der sonst wohl gewohnten lebhafteren Betheiligung an den Kämpfen der Kammerparteien haben wir jetzt Umgang zu nehmen . .“ *) Und dabei blieb es. Mit Freuden begrüßte ich die sich eben bildende „altpreußische Partei“; sie zeigte wenigstens mehr Haltung, als die unglückliche Partei Bodelschwingh-Geppert. Allein die Majorität blieb die alte Alles „nachträglich“ billigende, und die N. Pr. Ztg. konnte insofern von den Kammern mit Recht sagen: „Wenn sie ausgesprochen haben, dann haben sie eben geredet, und wenn man sich nicht darum kümmert, so ist es, als hätten sie nichts gesagt.“ Hätte aber die Köln. Ztg. diesen schönen Satz geschrieben gehabt, — da wäre die administrative Verwarnung gewiß nicht lange ausgeblieben! Denn — alle Augenblicke hatte ich doch wieder der nöthigen „Mäßigung“ vergessen und in meiner Redaction höchst bedenkliche Fehler begangen, wie etwa: — unpatriotischer Weise über die höchst patriotische Kriegslust der Kreuzzeitung gegen Neufchatel gespottet! Einer wirklichen Preßfreiheit, wie die Verfassung sie gewährleisten wollte, genoß die Köln. Zeitung nicht im Mindesten. Eine solche war auch bei der Politik, die bereits in Preußen gesiegt hatte, für die Presse des Bürgerthums unmöglich, und bei dem Mangel an Organisation und Muth, welche das Bürgerthum innerhalb und außerhalb der Kammern zeigte, ergab ich mich in mein Schicksal, d. h. in die — Sourdine!

Schon der „Staatsstreich in Paris“ vom 2. December 1851, durch den Frankreich erst wieder so weit kam, als innerlich geordnete Groß-

macht auch nach Außen wieder in die Wagschale zu fallen, hatte einige Aussicht auf eine nahende Aenderung der Lage auch in Deutschland gegeben; viel näher gerückt wurde dieselbe sodann seit 1853 durch die „orientalische Verwicklung". Mit ihr beginnt auch für meine Redaction einigermaßen ein neuer und zunächst günstiger Abschnitt.

2. Die orientalische Verwicklung. Von 1853 bis Ende März 1855.

Das Frühjahr 1853 schien, mit dem Ultimatum Menschikow's und mit der sich an dasselbe anknüpfenden „orientalischen Verwicklung" eine neue Wendung für die innere Politik Deutschlands und besonders Preußens herbeiführen zu müssen. Auch die Presse konnte hoffen, wieder etwas freier aufathmen zu dürfen. Wie die Köln. Zeitung in dieser Beziehung die Bedeutung der „orientalischen Verwicklung" auffaßte, mag der Sylvesterrückblick von 1853 zeigen. „Deutschland" — heißt es da — „so lange es seiner staatlichen Zerrissenheit nicht besser Meister geworden, folgt in seinen inneren Entwicklungen unvermeidlich der größern europäischen Strömung. Diese über uns herrschende allgemeine Strömung war seit dem Scheitern des Frankfurter Parlaments und vollends seit der Demüthigung Ungarns und Oesterreichs durch Rußland zu Vilagos — eine eisigrussische! Die deutschen, besonders die preußischen Trauertage von Warschau und Olmütz im Herbst und Winter 1850 waren nur die Besiegelungen der in Baden und Ungarn vollbrachten Umwendung, und die Verfassungsrevisionen und Gemeindegesetzabschaffungen in Preußen bis in das letzte Jahr hinein, wie ebenso die verwandten Revisionen und Octroyirungen in vielen andern deutschen Staaten, waren nur die entfernteren Wellenschläge desselben umgewendeten Stromes. Aber gleich nach dem Napoleonischen Staatsstreiche vom 2. December 1851 ließen sich Anfänge einer westlichen Gegenströmung spüren. Was auch an politischer Freiheit Frankreich für den Augenblick mochte eingebüßt haben, — seine Macht und Bedeutung für Europa hob sich von da ab wieder merklich. Einestheils versank das „„rothe Gespenst"", mit welchem man so lange jede freisinnige Regung im Herzen der Mittelstände zu versteinern versucht hatte, und stieg dafür das Gespenst des „„socialistischen Absolutismus"" empor, welcher bei uns alsbald den Junkern alle gute Stimmung auf ihrem vermeintlichen Siegeslaufe verdarb, und anderentheils erkannte England — zumal Palmerston's politischer Scharfblick — an dem neuerstarkten Frankreich die Befähigung zu einer neuen Defensivallianz des Westens gegen den Andrang des erstarrenden russischen Eisstromes. Das scheidende Jahr verflocht die bezeichneten feindlichen Strömungen in einen wahrscheinlich auf lange entscheidenden Kampf." *)

*) K. Z. 1854. Nr. 1.

Im Anfange der Verwicklung schien die Haltung der amtlichen preußischen Politik in Bezug auf dieselbe ganz der vorstehenden Auffassung entsprechend. Nur die Kreuzzeitung erklärte sehr bald: „Preußen und Rußland steht auf unserer Fahne, und diese Fahne werden wir aufrecht erhalten mit eiserner Festigkeit voller Ueberzeugung bis ans Ende. Rußland ist im Recht und Preußen kann nicht wider das Recht." Die Coterie, deren Organ die Kreuzzeitung ist, sah in Rußland den einzigen Damm gegen die von ihr gefürchteten westlichen, oder vielmehr — mit Bezug auf Preußen — gegen die Stein-Hardenberg'schen Reformideen: hierdurch war für sie ihre Parteinahme entschieden. Hatte sie doch auch 1849—1850 sogar gegen die eigene Regierung und besonders gegen Herrn v. Radowitz und die Allerhöchste Proclamation vom 15. Mai 1849 fortwährend in factiösester Weise Partei genommen! Die Regierung dagegen huldigte offenbar einer ganz andern Auffassung. Die für officiös geltende „Zeit" schrieb nicht blos gegen die russische Pfandnahme, sondern auch überhaupt gegen die Privilegien des griechischen Clerus und für die türkischen Reformen. Später traten die Wiener Conferenzen zusammen und Preußen erklärte hier, mit den andern drei Großmächten einig, — Rußland im Unrecht. So fand zwischen den „Neupreußen" und der Regierung die entschiedenste Opposition statt; während im Gegentheil die Kölnische Zeitung, wie ebenso das Preußische Wochenblatt glauben mußten, in dieser Frage das Ministerium nur unterstützen zu dürfen. Daß Preußen, noch vor wenigen Jahren durch Rußland so schwer gekränkt und gedemüthigt, sich nicht gerade vordrängte und nicht nach der Ehre einer kriegerischen Initiative geizte, schien der Köln. Zeitung natürlich und nur zu billigen. In diesem Sinne vertheidigte sie noch im Juli 1853 die Politik der Regierung gegen einen Angriff der in Braunschweig erscheinenden Deutschen Reichszeitung.*) Als Preußen darauf im October die von Oesterreich vorgeschlagene, durch Baron Prokesch-Osten persönlich in Berlin vertretene „deutsche Neutralität" verwarf, bestärkte dies uns in unserer guten Hoffnung. Warum hätte es so unglaublich erscheinen sollen, daß Herr v. Manteuffel suchen werde, die Russen und ihre seit 1830 wiederholt bethätigte Politik der Eifersucht gegen Preußens deutsche Stellung (wegen des Zollvereins wie wegen des Schutzes über die nordelbischen Herzogthümer) für die Zukunft etwas unschädlicher zu machen? Es fehlte bei Einigen nicht viel, so wären sie damals geneigt gewesen, alle Schuld des Tages von Olmütz blos der Uebermacht der Umstände aufzubürden und im Ministerpräsidenten bereits einen zweiten Fabius Cunctator zu erblicken: „unus homo nobis cunctando restituit rem!" Ein Theil der officiösen Presse jubilirte bereits in diesem Sinne. Da plötzlich kam ein — neuer Umschlag der Dinge!

Rußland hatte die von der Conferenz gebilligte türkische Ausglei-

*) K. Z. 1853. Nr. 209.

chungs-Note verworfen, — es war also der Augenblick gekommen, daß die Großmächte ihrem völkerrechtlichen Urtheile die völkerrechtliche Executive folgen ließen. In's Feld rücken konnte die eine der Großmächte früher, die andere später, je nach dem Bedarfe, der strategisch und politisch zu ermessen war; aber rechtlich sich zur Executive verpflichten, das mußten, so schien es billig, alle zugleich. Es hieß Ende Februar 1854, daß nur Preußen zaudere, eine solche Verpflichtung einzugehen, und es erschien ein Artikel im Preußischen Wochenblatte, der, wie es mir schien, nicht blos Preußens einstweilige militärische Inactivität, sondern auch noch die „freie Hand", d. h. auch die Ablehnung aller und jeder solidarischen Verpflichtung empfahl. Auf die Empfehlung einer solchen „freien Hand", die meines Erachtens mit Recht und Ehre im damaligen Stadium der Sache nicht mehr verträglich war, richtete sich am 8. März die Köln. Zeitung in einem Artikel: „Ein neuer Haugwitz" mit lebhafter Indignation.*) Alsbald trafen Reclamationen der „Alt-Preußen" aus Berlin ein: — das Pr. Wochenblatt sei von mir mißverstanden; das Wochenblatt wolle eine solche „freie Hand" nicht; aber Herr v. Manteuffel wolle dieselbe jetzt allerdings; ein völliger Umschlag der officiellen Politik habe soeben stattgefunden und Graf Pourtales habe seine Stellung im Ministerium verlassen.

Damit war also auch in dieser Frage die Kölnische Zeitung wieder in die Opposition geschleudert! Die Kölnische Zeitung hatte sich nun ein Jahr lang in der angenehmen Lage befunden, sich etwas weniger ängstlich bewegen zu können, — kein Wunder, wenn sie einen Augenblick vergaß, sogleich wieder eine ganz genügende Sourdine aufzusetzen. Alsbald, noch im März, kamen erneuerte Verwarnungen und gehäufte Beschlagnahmen. Die erste Verwarnung durch den Herrn Polizeidirector in Köln — bezog sich auf die Opposition gegen das Streben nach Erhaltung und Herstellung der „Dominialpolizei" — welche die Kölnische Zeitung als Herstellung einer „halben Leibeigenschaft" **) bezeichnet hatte. Es wurde mir bedeutet, daß ich überhaupt nicht mehr von „Junkerpartei" sprechen solle, da sonst wegen „Aufreizung der Angehörigen des Staates zum Hasse gegen einander" fortwährend Beschlagnahmen erfolgen würden, wenn auch immerhin die Gerichte freisprechen möchten. Bald folgte eine neue Verwarnung durch den Herrn Regierungs-Präsidenten, wegen Mittheilung des Geheimen Vertrags zwischen Preußen und Oesterreich vom 15. Mai 1851, und wegen Aufnahme gewisser, angeblicher Enthüllungen aus der damals in Leipzig erscheinenden Autographischen Correspondenz. Insbesondere hatte die Aufnahme der Nachricht, daß der preußische Mobilmachungsplan durch hochstehende Personen der Kreuzzeitungs-Partei dem Kaiser von Rußland solle verrathen worden sein

---

*) K. Z. 1854. Nr. 67 (8. März).
**) K. Z. 1854. Nr. 48.

und daß der Kriegsminister deshalb eine Untersuchung veranlaßt habe, böses Blut gemacht — und soll stark zu persönlicher Agitation gegen die Kölnische Zeitung benutzt worden sein, obgleich diese den nicht ganz ehrerbietigen Schlußsatz der Original-Correspondenz gänzlich geändert hatte. Ich habe Gründe zu glauben, daß diese Aenderung des Schlußsatzes dabei verschwiegen und direct mit Lügen gegen die Kölnische Zeitung operirt worden ist: übergehe aber alles Weitere über diese Dinge, die sich der Oeffentlichkeit entziehen, mit Stillschweigen. Jedenfalls war es den Führern und Faiseurs der Junkerpartei sehr erwünscht, daß die Köln. Zeitung nicht mehr blos in Bezug auf die innere, sondern seit März auch wieder in Bezug auf die auswärtige Politik sich in die Opposition gedrängt sah. Bald indeß war ich von neuem gewarnt genug, um alle Mittheilungen, die sich auf den Kampf der Parteien bei Hofe oder im Ministerium bezogen, zu unterdrücken oder doch nur mit äußerster Vorsicht zu benutzen. Insbesondere machte ich mir diese Vorsicht bezüglich aller Nachrichten über die Entlassung des Kriegministers von Bonin und über die gleichzeitige plötzliche Badereise des Prinzen von Preußen (5.—7. Mai 1854) zur Pflicht. Ich ging hierin so weit, daß ich mit Original-Nachrichten zurückhielt und nur die Berichte anderer gemäßigter und ganz vorzugsweise nur preußischer Blätter (mit jedesmaliger Angabe der Quellen) aufnahm und mir die Original-Berichte unserer eigenen Correspondenz nur zur Controle und als Redactions-Hülfsmittel für die Kritik dienen ließ. Allein — alle Vorsicht war umsonst! Im Juni ertheilte der Herr Oberpräsident dem Verleger eine förmliche „Verwarnung im Auftrage des Staatsministeriums", mit Androhung eventueller Concessionsentziehung und mit der Forderung genügender „Garantie", die nach der Meinung des Herrn Oberpräsidenten nur durch einen Redactions-Wechsel zu geben sei.

Der Redactions-Wechsel trat um so weniger ein, da der Herr Oberpräsident nicht blos für eine noch größere Zurückhaltung der Zeitung, sondern auch für einen Tendenz-Wechsel „Garantie" suchte, und die Wahl des — neupreußischen? — Redacteurs eigentlich für sich beanspruchte. Solchen Bedingungen zog Herr Du Mont die einfache administrative Unterdrückung des Blattes weit vor. So blieb diese „Bürgschafts-Frage" einstweilen schweben, während es unsere — aufrichtige Absicht war, jede verlangte Beschränkung und „Maßhaltung" bereitwillig zu beobachten. Allein — wenn wir nur gewußt hätten, welches Maß der Rede man uns gestatten wollte! Ihren Maßstab aus der Haltung anderer preußischen Blätter, z. B. des Pr. Wochenblatts hernehmen zu wollen, darauf mußte die Köln. Zeitung längst verzichten. Schon seit Herbst 1851 hatte sie sich zur Regel machen müssen, nicht das Ministerium in seiner Zusammensetzung anzugreifen, blos „sachlich und nicht persönlich" zu polemisiren, und ich glaubte, das gethan zu haben, so wunderlich es auch ist, in der Tagespolitik Sachen und Personen so völlig trennen zu wollen. Und doch

sollte die Köln. Zeitung feindselig gegen die Personen des Ministeriums aufgetreten sein! Ja die Köln. Zeitung sollte ferner sogar die „Ehrfurcht gegen die Majestät" nicht beobachtet, und dieselbe noch kürzlich durch Aufnahme eines Artikels aus der Augsb. A. Z., welche einige Details über die Entlassung v. Bonin's enthielt, verletzt haben. Der angeblich verletzende Satz lautet: „Wie man erfährt, hatte der Minister (auf Ankündigung seiner Versetzung nach Schlesien) so viel würdige Fassung behalten, daß er nicht nur auf diese Ankündigung des Königs sich einfach verbeugte und die Worte sprach: „„Ich werde meine Kräfte dem Dienste widmen, an welchen Ew. Majestät es befehlen"", sondern daß er sogar an demselben Mittag noch bei der königlichen Tafel, wozu er geladen war, erschien — und sein freies geselliges Benehmen nicht das Mindeste von dem Vergangenen verrieth"*). Der Leser wird es wohl glauben, daß es mir, selbst nachdem ich durch den harten Vorwurf aufmerksam gemacht worden und außerdem die Erläuterung gehört hatte: daß Se. Maj. nicht „zur Tafel laden", sondern „zur Tafel befehlen" — dennoch kaum möglich war, nur ungefähr zu ahnen, was man in den Satz Arges hineinlegen wollte! Endlich sollte die K. Z. in unzulässiger leidenschaftlicher Weise „Rußland angegriffen" haben, wofür z. B. der — nur auf die russische Politik, keineswegs auf eine bestimmte Person bezogene — Ausdruck: „moskowitische Verlogenheit" angeführt wurde.

Ein Maßstab des Zulässigen zu finden, war schwer; — ich begnügte mich, jede etwa als „persönlich" zu deutende Polemik gegen die immermehr in die „Isolirung" hineinsteuernde preußische Politik zu vermeiden und in der sachlichen Polemik nicht über die Grenze hinauszugehen, welche den Berliner Blättern — wie der Voß. und Spen. Zeitung unangefochten gestattet schienen. Als nach dem Abschlusse des Wiener December-Vertrages die Gefahr einer völligen „Isolirung" für Preußen immer näher rückte, glaubte ich in die Vergangenheit flüchten und einen lehrreichen Abschnitt aus Preußens Geschichte mit etwas wärmern Farben wohl darstellen zu dürfen, sofern nur die allzu directe Nutzanwendung dabei unterlassen würde. So gab ich unter der Gesammt-Aufschrift: „Das Jahr 1805" in fünf Artikeln**) eine kurze Darstellung der europäischen Geschichte vom Frieden von Amiens bis zum Frieden von Tilsit, wobei ich besonders Pitt's großen Plan einer europäischen Conföderation für das Völkerrecht und das Scheitern desselben an der preußischen Neutralitäts-Politik mit deren Folgen für Preußen selber hervorhob, und ließ unter der Gesammt-Aufschrift: „Die Wiedergeburt des Vaterlandes" die Berufung Stein's zum Haupt des Ministeriums in Preußen und die Vorbereitung auf das Jahr 1813 in vier Artikeln***) folgen, wobei besonders auch der factiöse Widerstand

---

*) K. Z. 1854. Nr. 155.

**) K. Z. 1855. Nr. 35, 38, 40, 43 und 45 (4.—14. Februar).

***) K. Z. 1855. Nr. 48, 52, 58 und 62 (17. Februar bis 3. März).

dargelegt wurde, mit welchem Stein und Hardenberg damals zu kämpfen hatten. Aber — ich hatte wiederum das „zuläſſige Maß“ verfehlt!

Am 10. März wurde der Eigenthümer und Verleger der Zeitung, Herr Joſeph Du Mont, zum Herrn Regierungspräſidenten beſchieden und ihm hier der Beſchluß der höheren Behörde mitgetheilt — wonach er nur noch zwiſchen der Alternative eines Redactionswechſels und der gewerblichen Conceſſionsentziehung zu wählen habe. Die Anklage lautete nur im Allgemeinen auf — „Mangel an Maßhaltung“, wobei die eben genannten hiſtoriſchen Leit-Artikel nur beiſpielsweiſe angezogen wurden. Der Redactionswechſel war erforderlich befunden, da alle wiederholten Warnungen bei mir nicht gefruchtet hätten. Dagegen wurde auf die beſtimmte Erklärung des Herrn Du Mont, daß er das Blatt lieber werde unterdrücken, als ſich einen Tendenzwechſel aufdrängen laſſen, diesmal dieſe Abſicht auch ſogleich in Abrede geſtellt, und nur noch verlangt, daß der bisherige „zu ſcharfe Ton des rheiniſchen Liberalismus“ vermieden werde. Zugleich wurde von der Behörde geſtattet, daß ich bis zum Quartalwechſel, alſo bis zum 31. März die verantwortliche Redaction fortführen möge, jedoch unter der Bedingung, daß ich mich während dieſer drei Wochen alles eigenen oppoſitionellen Raiſonnements begebe und namentlich im „*Berlin“ rein referirend verhalten werde.

Ich enthalte mich jeder Kritik über die Geſetzlichkeit des vom Miniſterium gefaßten Beſchluſſes wie auch aller — immerhin unbeweislichen Enthüllungen über die Kunſtgriffe und Werkzeuge, mittels deren der ſeit März und Mai 1851 unabläſſig erſtrebte nächſte Erfolg nun endlich im März 1855 ſo weit wirklich erreicht worden iſt. In Betreff der wahren Motive aber, welche der Kölniſchen Zeitung eine ſo erbitterte Verfolgung zugezogen haben, wage ich mit aller Zuverſicht zu behaupten, daß nicht ein „Mangel an Maßhaltung“ im Ausdruck, ſondern ein Ueberfluß an Conſequenz und Wachſamkeit in der Tendenz, daß nicht meine Stellung zur orientaliſchen Frage für ſich, ſondern meine Stellung zum Artikel 42 der V.-U., d. h. zur Dominialpolizei und was mit dieſer zuſammenhängt, die wahren Gründe des Haſſes geweſen ſind. Wenn in den oben genannten jüngſten Artikeln irgend etwas heftig gereizt hat, ſo iſt es wohl die Erzählung der Umtriebe geweſen, die 1808 Stein's Sturz und Aechtung vorhergingen, beſonders die Erzählung, wie Herr v. Voß 1808 von Berlin aus durch die dortigen Franzoſen über Paris auf den Hof in Königsberg zu wirken ſuchte und zuletzt dem Könige durch den Kammerjunker D'Aubrie den weiſen Rath ſchriftlich zuſandte: Der König dürfe den Franzoſen, die er — Herr v. Voß — völlig durchſchaue, ganz und gar vertrauen; Preußen müſſe nur die Rüſtungen und das Geldſammeln ſo wie die Wiedereroberungsplane aufgeben und vor allem — müſſe Stein fort! Stein wolle eine „Revolutionirung des ganzen Staats nach dem Muſter der franzöſiſchen Nationalverſammlung; er

wolle das Unheil der Volksherrschaft, von dem der große Kaiser Frankreich soeben befreit habe, über Preußen verhängen, — das könne Napoleon eben um Preußens selber willen niemals zugeben." Diese Erzählung mochte wohl getroffen haben, zumal ich hinzugesetzt hatte: — „Kurz, Herr v. Voß schrieb 1808 gerade so über Napoleon, wie — die Kreuzzeitung 1850 über die Verdienste, die der Kaiser von Rußland damals zu Warschau sich durch die Beseitigung der Union, Kurhessens und Schleswig-Holsteins „„um Preußen selber"" erworben habe." *)

*) K. Z. 1855. Nr. 58.

Schluß.

Ohne mehrdeutige Phrasen und immer nur mit den urkundlichen Beweisen aus den entsprechenden Jahrgängen der Kölnischen Zeitung selber habe ich jene Tendenzen dargelegt, welche meine Redaction durch die wechselnden Krisen der letzten zehn Jahre verfolgt hat, und eben so — so weit der Raum das gestattete — die Art und Weise, wie sie dabei zu Werke gegangen ist. Geirrt in Bezug auf die Mittel zum Ziele mag ich öfter haben; die Festigkeit und Redlichkeit patriotischer Gesinnung aber läßt sich, so hoffe ich, nicht mit gutem Gewissen bestreiten, und die näher articulirten Anklagen der Gegner auf: — fortwährenden „Haß gegen alles deutsche Recht" und Schwärmerei für den „französischen Constitutionalismus" 2c. 2c. und auf eine verbitterte „Preußenfeindlichkeit", welche sich 1848 durch Entfernung des „Preußischen Adlers" vom Titelkopfe und 1849 durch offene „Abfalldrohung" kund gegeben habe, sind nachgewiesener Maßen insgesammt nur — dreiste Unwahrheiten! Eben in jenen Tagen, wo die Aufrichtigkeit preußischer und monarchischer (freilich nur constitutionell-monarchischer) Gesinnung sich zeigen mußte, weil ihre Aeußerung gefährlich war und entgegengesetzte Ueberzeugungen die augenblickliche Ueberhand zu haben schienen, eben vom März bis November 1848 — da hat die Farbe der Kölnischen Zeitung sich als ächt erwiesen. Es war ein feiner Dank, der dafür seit 1851 ihr abgestattet ist! Und warum das? Blos deshalb, weil sie zu wachsam den unseligen Versuchen sich widersetzte, die Zustände Preußens bis hinter 1808 wieder zurückzuschrauben! Die Art und Weise aber unsers Kampfes war nicht allein äußerlich durchweg milder, als bei den neupreußischen Gegnern und nur hart auf unmittelbare Provocation; sondern es geht auch im tieferen Grunde überall eine sichtliche Neigung zur Verständigung und Ausgleichung hindurch, welche bei der K. Z. aus ihren obersten

Principien selber folgt, dagegen gerade bei den neupreußischen Gegnern gänzlich vermißt wird.

Hier muß ich aus dem Angeklagten entschieden zum Ankläger werden! Ich verdenke es der ritterschaftlichen Partei nicht, ich rühme es an ihr, daß sie für die wirksamere Vertretung ihrer Interessen sich fest zusammenschließt, und in der Presse, wie bei den Wahlen zu allen Anstrengungen und zu oft erheblichen pecuniairen Opfern ziemlich einmüthig bereit ist. Dies kann ich, von meinem Standpunkte aus nur loben. Das wahre Recht auf Erden entwickelt sich — nach meiner Auffassung — immer nur durch Rede und Gegenrede, durch Anstrengung und Gegenanstrengung. Aber das bedauere ich, daß ein so erheblicher Theil der ehrenwerthen Partei dabei von einer fanatischen Coterie sich leiten läßt, welche die bescheidne menschliche Auffassung vom historischen Werden des Rechtes aus dem Streite und Vergleiche dadurch völlig verläugnet, daß sie überall ihre eignen Auffassungen ohne weiteres für die absolute Wahrheit nimmt und damit ihre Gegner frischweg für — Gegner Gottes erklärt. Bei dem Herrschen solcher unseligen Auffassung — (die ich zugleich für entschieden unchristlich halte, wie sehr auch gerade ihre Hauptwortführer sich mit dem Christenthum brüsten mögen), ist ein wahrhaft befriedeter Zustand auf Erden undenkbar. Denn eben diese Auffassung führt im Leben mit Nothwendigkeit dazu, daß ihre Anhänger jeden ihrer Gegner, der ja doch einmal kein Körnlein Wahrheit mehr auf seiner Seite hat, für durchaus rechtlos und darum jedes Mittel gegen denselben für erlaubt halten. Wenn diese fanatische Coterie in ihrer Presse die Kölnische Zeitung vielfach mit Lügen und Verläumdungen verfolgt hat, wissend, daß es Lügen und Verläumdungen waren, — so ist das leider nicht eine vereinzelte Erscheinung, nicht ein durch Leidenschaft bewirkter Abfall von der besseren sittlichen Ueberzeugung, — es ist eine einfache praktische Consequenz eben jener fanatischen Ueberzeugungen, zu welchen die Koryphäen sich offen bekennen. Wie oft hat Herr von Gerlach vor den Kammern offen bekannt: bei den Wahlen darf und soll die Regierung auch Zwang ausüben, denn der „Zwang zum Rechten" ist ein „Verhelfen zur Freiheit!" Die preußische ritterschaftliche Partei in ihrer Masse kann unmöglich schon so fanatisirt sein, daß in ihrem Gewissen gar keine Stimme mehr vernehmlich sein sollte für die tiefe Unsittlichkeit und in ihrem Verstande gar kein Verständniß mehr, für die revolutionaire Verderblichkeit eines solchen „contre-revolutionairen" Fanatismus. Die erste Bedingung alles Friedens und Rechtes auf Erden ist die: „ehrliches Spiel und ehrliche Waffen!" Wir Menschen werden wahrscheinlich irren und kämpfen müssen, so lange wir hinnieden zu wandeln haben, — aber einen höheren Frieden über dem Streite und ein Kriegsrecht ehrlicher Waffen auch mitten im heißesten Kampfe, diese Güter können und sollen wir uns bewahren!

Von der andern Seite aber habe ich über die stumpfe Gleichgültigkeit des Bürgerthums zu klagen, welches das Kampffeld

den Gegnern fast ohne Widerstand überläßt. Es fügt damit sich selber und dem ganzen Staate ein schweres Unrecht zu. Es hat den Ehrgeiz gehabt, eine Verfassung und eine Volksvertretung zu fordern, und jetzt, da es sie hat, erfüllt es nicht die Pflichten, auf deren Erfüllung gerechnet werden mußte, wenn man nicht als die nächste Folge der errungenen Repräsentation nur eine Hemmung des bürgerlichen Fortschritts sollte voraussehen müssen. In Preußen waren durch kräftige Monarchen und ein intelligentes Beamtenthum Fortschritte in Gesetzgebung und Verwaltung gemacht, welche auf anderem Wege die Stände der östlichen Provinzen sich wohl noch nicht würden errungen haben. Die volle Macht der absoluten Regierung und ihres gebildeten und moralisch gehobenen Beamtenthums war nothwendig, um zwischen den in ihren socialen Grundlagen so verschiedenen östlichen und westlichen Landeshälften fortschritts-freundlich zu vermitteln und so Preußen zugleich geistig im Niveau mit der Civilisation des Westens und an der Spitze Deutschlands zu erhalten. Allein die Forderung „politischer Freiheit“ drang allgewaltig auch bei uns ein — und die bisherige absolute Regierungsform war nicht mehr haltbar. Das „liberale Bürgerthum“ hat am Einreißen der alten Form ebenso eifrig gearbeitet, wie die privilegirten Stände. Jetzt aber, nachdem die „Verfassung“ errungen, nachdem bereits in Folge dessen das ehrenfeste alte Beamtenthum durch „Zuckerbrod und Peitsche“ desorganisirt ist, jetzt legt unser ehrgeiziges „Bürgerthum“ (ich meine natürlich eben die Spitzen, die eigentliche Aristokratie des Mittelstandes —) die Hände in den Schooß und — schilt auf die „Regierung“, daß sie der „kleinen aber mächtigen Partei“ nicht besser die Stange halte! Es ist dies wahrlich eben so unwürdig, wie es unvernünftig ist! Warum ist die „große Partei“ nicht mächtiger, als die „kleine“? Warum organisirt sie sich nicht, und bringt dieselben Opfer an Arbeit und Geld, wie jene? Sorgen die Herrn, welche auf den Wahleinfluß neupreußischer Landräthe in den östlichen Provinzen schelten, dafür, daß gemäßigte aber bürgerfreundliche Kreis- und Volksblätter in den betreffenden Gegenden gegründet werden? Sorgen sie für Wahlcomité's u. dgl.? Ja, weigern sich nicht oft die Angesehensten und Reichsten, eine Wahl in die Kammern anzunehmen, weil — sie sich nicht „nutzlos ärgern“ mögen? Ja — noch mehr — wenn die Köln. Zeitung von den Gegnern verläumdet und in Folge dessen aller freien Bewegung beraubt wird, — wie Viele denken wohl daran, geeigneten Ortes, wenn sie die Gelegenheit haben, den Verläumdungen entgegen zu treten und damit für ihre eigne Sache ein freimüthiges und männliches Wort zu sprechen? Es ist nicht genug, daß die Geschäfte noch leidlich gehen und daß das wachsende National-Kapital eine sichere Bürgschaft für das schließliche Scheitern der Junker-Projecte enthält: — es fragt sich, was Alles dazwischen liegen, von was für Leiden später dies „Scheitern“ begleitet werden soll! Es ist auch nicht genug, um ein „Aristokrat des Bürgerthums“ zu sein, daß man Diners und Bälle giebt, auch nicht, daß

man die Künste beschützt und seine Söhne durch leibliche und geistige Gymnastik edel ausbilden läßt: — die erste Bedingung jeder wahren Aristokratie ist, daß man sich auch seiner politischen Pflichten stets bewußt bleibe und mit mannhaftem Charakter ihnen unverbrüchlich genüge!

Druck von C. E. Elbert in Leipzig.

Brüggemann, Karl Heinrich,

Meine Leitung der Kölnischen Zeitung und die Krisen der preussischen Politik von 1846 - 1855

Leipzig 1855